

**DIE WETTBEWERBSLAGE DEUTSCHER UND
AMERIKANISCHER KAPITALGESELLSCHAFTEN
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UNTER DEM GESICHTSPUNKT DER
ERTRAGSTEUERN**

nach dem Stand vom 31.12.1967

Inaugural-Dissertation

zur

**Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin**

vorgelegt von

Dipl.-Kfm. Winfried Schreblowski
aus Tilsit

Berlin 1969

Druck:
ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
der Förderer und Freunde der Freien Universität Berlin e. V.
DISSERTATIONS-DRUCKSTELLE
1 Berlin 33, Garystr. 45

**DIE WETTBEWERBSLAGE DEUTSCHER UND
AMERIKANISCHER KAPITALGESELLSCHAFTEN
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UNTER DEM GESICHTSPUNKT DER
ERTRAGSTEUERN**

nach dem Stand vom 31.12.1967

Inaugural-Dissertation

zur

**Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin**

vorgelegt von

Dipl.-Kfm. Winfried Schreblowski

aus Tilsit

Berlin 1969



Dekan: Professor Dr. Dr. Wolfram Fischer
Referent: Professor Dr. Heinz Langen
Korreferent: Professor Dr. Heinrich Kloidt

Tag der mündlichen Prüfung: 30. April 1969

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<u>ERSTES KAPITEL: EINFÜHRUNG</u>	1
A. Das Erscheinungsbild der US-Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland	1
B. Das Thema im Spiegel der Literatur	4
C. Die Ziele der Arbeit	5
I. Diskussionsbeitrag für die vom Bundesfinanz- ministerium angestrebte Änderung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsab- kommens in bezug auf die Dividendenbeste- uerung	5
II. Unterlage für weitere Steuerbelastungsver- gleiche zwischen in- und ausländischen Ka- pitalgesellschaften	6
D. Begriffserklärung und die Grundannahmen der Untersuchung	7
I. Die ertragsteuerliche Wettbewerbslage und der Maßstab für ihre Feststellung	7
II. Ertragsteuern und Steuerbelastungseinheiten	8
a) Ertragsteuern	8
b) Steuerbelastungseinheiten	9
E. Das methodische Vorgehen	11
<u>ZWEITES KAPITEL: DIE ERTRAGSBESTEuerung ALS GRUND- LAGE FÜR DAS VERSTÄNDNIS DER MODELLANALYSE</u>	13
A. Die Bezugsbasis der Ertragsteuern	13
B. Die Ertragsteuern auf die Gewinne deutscher Kapitalgesellschaften	14
I. Die Einzelkapitalgesellschaft	14
a) Körperschaftsteuer	14
b) Gewerbeertragsteuer	16
c) Formeln zur Berechnung der Körperschaft- und Gewerbeertragsteuerbelastung	16

	<u>Seite</u>
II. Der Konzern	17
a) Organschaft	17
b) Schachtelprivileg	18
c) Formeln zur Berechnung der Körperschaft-, Gewerbeertrag- und Nachsteuerbelastung	19
C. Die Ertragsteuern auf die Gewinne amerikani- scher Kapitalgesellschaften	21
I. Deutsche Körperschaft-, Gewerbeertrag- und Kapitalertragsteuer	21
a) Körperschaft- und Gewerbeertragsteuer	21
b) Kapitalertragsteuer	21
1) 15 Prozent Kapitalertragsteuer	21
2) 25 Prozent Kapitalertragsteuer	22
3) Zahlenbeispiel für die Ermittlung der Kapitalertragsteuer	23
II. Amerikanische Körperschaftsteuer	25
a) Körperschaftsteuersatz und Steuerbe- messungsgrundlage	25
b) Berücksichtigung ausländischer Steuern	26
1) Kürzungs- und Anrechnungsmethode	26
2) "Foreign Tax Credit"	26
20) Zusammensetzung und Berechnung des "Foreign Tax Credit"	26
21) Begrenzung des in einem Jahr anre- chenbaren "Foreign Tax Credit"	28
210) "Per-Country Limitation"	28
211) "Over-All Limitation"	30
212) Vor- und Nachteil der "Per- Country Limitation" gegenüber der "Over-All Limitation"	31
22) "Carry-Over Process"	32
23) Einfluß des Ausschüttungsdatums auf die Höhe und das Jahr der An- rechenbarkeit des "Foreign Tax Credit"	34
III. Formeln zur Berechnung der gesamten Ertrag- steuerbelastung	37

	<u>Seite</u>
<u>DRITTES KAPITEL: DIE MODELLANALYSE</u>	39
A. Prämissen	39
B. Belastungsdifferenzen bei einem einjährigen Betrachtungszeitraum (Fall 1 und 2)	41
I. Volle Gewinnthesaurierung der Steuerbelastungseinheiten (Fall 1)	41
a) Erläuterung des Kurvendiagramms 1	41
b) Ergebnisse	45
II. Gewinnausschüttung der Steuerbelastungseinheiten (Fall 2)	49
a) Erläuterung des Kurvendiagramms 2	49
b) Ergebnisse	51
C. Belastungsdifferenzen bei einem mehrjährigen Betrachtungszeitraum (Fall 3)	54
I. Anfall von "Excess Tax" und "Excess Limitation" bei Variation der Ausschüttung und Reinvestitionsquote	54
II. Der "Carry-Over Process" in der Praxis und seine ertragsteuerlichen Folgen	59
<u>VIERTES KAPITEL: AUSSCHÜTTUNGS- UND ZUFÜHRUNGSPOLITIK DER FORD-WERKE AG UND DER ADAM OPEL AG IN DEN JAHREN 1958 BIS 1966</u>	58
A. Ford-Werke AG	59
I. Ausschüttungen	59
II. Zuführungen	59
B. Adam Opel AG	60
I. Ausschüttungen	60
II. Zuführungen	60
C. Zusammenfassung	60

	<u>Seite</u>
<u>FÜNFTES KAPITEL: DIE NEUREGELUNG DER DIVIDENDEN- BESTEUERUNG UND IHRE AUSWIRKUNG AUF DIE ERTRAGSTEUERBELASTUNG DES US-KONZERNES</u>	62
A. Möglichkeiten zur Vermeidung der 25 %igen Kapitalertragsteuer	62
I. Dividenden-, Steuerbilanz- und Zufüh- rungstaktik	62
a) Zeitliche und betragsmäßige Konzentra- tion der Zuführungen	62
b) Zeitliche Verlagerung von Ausschüt- tungen und Steuerbilanzgewinnen	65
c) Steuerung der Dividendenfälligkeit	66
d) Zusammenfassung	68
II. Darlehensgewährung auf Grund einer Bürg- schaft der Muttergesellschaft	68
III. Nichterfüllung der Beteiligungsbedingung	69
IV. Verdeckte Zuführungen	70
B. Auswirkung des Verrechnungsverfahrens	73
C. Zusammenfassung	76
<u>SECHSTES KAPITEL: GESICHTSPUNKTE FÜR DIE AUSWAHL DER FÜR DIE WETTBEWERBSLAGE AUSSCHLAG- GEBENDEN BELASTUNGSDIFFERENZEN</u>	78
A. Gewinnthesaurierung und begrenzte Ausschüttung bei der deutschen Einzelkapitalgesellschaft	79
B. Voller Nachsteueranfall beim deutschen Konzern	82
C. Steuerlich optimale Gewinnverwendung beim US- Konzern	83
<u>SIEBENTES KAPITEL: DIE WIRKUNG UNTERSCHIEDLICH HOHER ERTRAGSTEUERN AUF DAS WACHSTUM DER UNTERNEHMEN</u>	86

	<u>Seite</u>
<u>ACHTES KAPITEL: ZUSAMMENFASSENDES ERGEBNIS</u> <u>DER UNTERSUCHUNG</u>	89
<u>NEUNTES KAPITEL: ÄNDERUNGSVORSCHLAG FÜR DIE</u> <u>DIVIDENDENBESTEUERUNG</u>	94
A n h a n g	96
Literaturverzeichnis	111
Abkürzungsverzeichnis	123

Verzeichnis der Tabellen, Abbildungen und
Kurvendiagramme im Text

I. Tabellen

Tabelle 1:	Marktanteile amerikanischer Firmen in der Bundesrepublik Deutschland	3
Tabelle 2:	Zahlenbeispiel für die Ermittlung der Kapitalertragsteuer	23
Tabelle 3:	Vergrößerung der Anrechnungsgrenze durch zeitliche Zusammenfassung der Dividendenausschüttung	30
Tabelle 4:	Vergrößerung der Anrechnungsgrenze durch die Wahl der "over-all limita- tion"	32
Tabelle 5:	Verrechnung überschüssiger Steuergut- schriften mit überschüssigen Anrech- nungsgrenzen	33
Tabelle 6:	Beeinflussung der Höhe und des Anrech- nungszeitpunktes des "foreign tax cre- dit" durch die Wahl des Ausschüttungs- datums	36
Tabelle 7:	Die optimalen Ausschüttungshöhen für verschieden hohe Reinvestitionsquoten	46
Tabelle 8:	Ertragsteuerlasten und Belastungsdiffe- renzen für verschiedene Ausschüttungen	46
Tabelle 9:	Auswirkung einer Zunahme der Reinvesti- tionsquote und der Ausschüttung auf die Ertragsteuerbelastung in der Aus- schüttungsphase (1)	47

	<u>Seite</u>
Tabelle 10: Auswirkung einer Reinvestitionsquote von 50 % und 75 % bei zunehmender Ausschüttung auf die Ertragsteuerbelastung in der Ausschüttungsphase (2)	48
Tabelle 11: Ertragsteuerlasten und Belastungsdifferenzen im Nachsteuerbereich 2	53
Tabelle 12: Einfluß der Zuführungsgestaltung auf die Kapitalertragsteuerlast	63
Tabelle 13: Einfluß der Verlagerung von Ausschüttungen und Steuerbilanzgewinnen auf die Kapitalertragsteuerlast	66

II. Abbildungen

Abbildung 1: Steuerbelastungseinheiten	10
Abbildung 2: Die Zusammensetzung des Bezugsgewinnes	13
Abbildung 3: Verbundene Unternehmen der General Motors Company, Detroit	70

III. Kurvendiagramme

Kurvendiagramm 1: Ertragsteuerlasten und Belastungsdifferenzen bei voller Gewinnthesaurierung der Steuerbelastungseinheiten (Fall 1)	42
Kurvendiagramm 2: Ertragsteuerlasten und Belastungsdifferenzen bei Gewinnausschüttung der Steuerbelastungseinheiten (Fall 2)	50
Kurvendiagramm 3: Auswirkung des Verrechnungsverfahrens auf den Kapitalertragsteuerzuschlag	74

	<u>Seite</u>
<u>Verzeichnis der Tabellen und der Erläuterungen</u> <u>zu einzelnen Rechenergebnissen im Anhang</u>	
1. Die Ermittlung der Zahlen der Tabelle 3	96
2. Die Ermittlung der Zahlen der Tabelle 6	97
3. Tabelle 14: Zahlenangaben zum Kurvendiagramm 1	98
4. Die Ermittlung der Zahlen der Tabelle 14	101
5. Die Ermittlung der optimalen Ausschüttungshöhen	104
6. Tabelle 15: Zahlenangaben zum Kurvendiagramm 2	107
7. Tabelle 16: Zahlen zur Ausschüttungs- und Zu- führungspolitik der Ford-Werke AG in den Jahren 1958 bis 1966	108
8. Tabelle 17: Zahlen zur Ausschüttungs- und Zu- führungspolitik der Adam Opel AG in den Jahren 1958 bis 1966	109
9. Tabelle 18: Zahlenangaben zum Kurvendiagramm 3	110

ERSTES KAPITEL: EINFÜHRUNG

A. Das Erscheinungsbild der US-Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1957 führte zu einem starken Anstieg der US-Investitionen in den EWG-Ländern¹⁾, besonders aber - wegen des günstigen politischen Klimas und der hohen Wachstumsraten - in der Bundesrepublik Deutschland²⁾.

Die folgenden Zahlen geben Aufschluß über Höhe und Art der amerikanischen Investitionen³⁾.

- 1) Vgl. K.-H. Standke, Amerikanische Investitionspolitik in der EWG, Köln, Berlin, Frankfurt (Main) 1965, S. 15; R. Hellmann, Amerika auf dem Europamarkt, Baden-Baden 1966, S. 43ff.
- 2) Vgl. R. Henzler, Der Zustrom fremden Kapitals nach Europa, besonders in die Bundesrepublik, in: Der Betrieb, 20. Jg. (1967), S. 1097.
- 3) Bei Zahlenangaben über US-Investitionen in den EWG-Ländern muß darauf geachtet werden, daß sie sich teilweise auf unterschiedlich weite Begriffe beziehen. Den hier angegebenen Zahlen liegt die Definition der Deutschen Bundesbank zugrunde (O.V., Die Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 18. Jg. (1966), Nr. 11, S. 15). Nach ihr umfassen die Auslandsinvestitionen "das von ausländischen Unternehmen in inländischen Tochtergesellschaften investierte Beteiligungskapital, die sonstigen Mehrheitsbeteiligungen des Auslands an inländischen Firmen aller Rechtsformen sowie die ausländischen Minderheitsbeteiligungen an deutschen Wirtschaftsunternehmen". Hinzu kommt "die Kapitalausstattung rechtlich unselbständiger Zweigniederlassungen und Betriebsstätten, die ausländische Unternehmen im Inland errichtet haben ... Nicht berücksichtigt ist dagegen der ausländische Streubesitz an inländischen Aktien ... Die Wertangaben über die Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals beziehen sich... auf Nominalwerte. Bei Kapitalgesellschaften... ergeben sie sich aus der Höhe des in der Bilanz ausgewiesenen Grund- oder Stammkapitals ohne Rücklagen; bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen wurden die Guthaben der Eigentümer auf Kapitalkonten, bei rechtlich unselbständigen Zweigniederlassungen und Betriebsstätten wurde das Dotations- oder Betriebskapital zugrunde gelegt".

Ende des Jahres 1965 wurde das Nominalkapital aller gewerblichen Unternehmen in der Bundesrepublik auf 150 bis 170 Mrd. DM geschätzt¹⁾. An ihm beteiligt war das Ausland mit 13 Mrd. DM²⁾, von denen 5 Mrd. DM auf die USA entfielen³⁾. Die Vereinigten Staaten waren also nur mit einem Anteil beteiligt, der sich zwischen 2,9 und 3,3 Prozent bewegte. Diese Zahlen könnten die Annahme stützen, der Einfluß des amerikanischen Kapitals sei nur gering. Eine solche Mutmaßung läßt sich jedoch nicht aufrechterhalten, wenn die Art der Investitionen betrachtet wird.

Ende 1965 konzentrierten sich 80 % des ausländischen Beteiligungskapitals auf Unternehmen, deren Nominalkapital mindestens 10 Mill. DM betrug, und 47 % auf solche Unternehmungen, deren Nominalkapital sich auf mindestens 100 Mill. DM belief⁴⁾. Über 88 % der ausländischen Beteiligungen waren Mehrheitsbeteiligungen (Beteiligungen von mehr als 50 v.H. einschließlich Alleineigentum)⁵⁾. Über 90 v.H. der ausländischen Beteiligungen waren in Unternehmungen angelegt, welche die Rechtsform der GmbH oder AG hatten⁶⁾.

Aus diesen Angaben kann gefolgert werden: Auch die US-Beteiligungen, die schließlich rund 37 v.H. der Auslandsbeteiligungen betragen, waren vorwiegend Mehrheitsbeteiligungen an großen Unternehmungen in der Rechtsform der GmbH oder AG. Dieser Schluß wird durch andere Untersuchungen bestätigt⁷⁾.

1) O. V., Die Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals, a.a.O., S. 18

2) ebenda, S. 18

3) ebenda, S. 21

4) ebenda, S. 18

5) ebenda, S. 18

6) ebenda, S. 15f.

7) Vgl. The Chase Manhattan Bank, Report on Western Europe, Nr. 23/1963, S. 4 und Nr. 28/1964, S. 4, zitiert nach K.-H. Standke, a.a.O., S. 19; US Department of Commerce, US-Business Investments in Foreign Countries, Washington 1960, S. 33, zitiert nach K.-H. Standke, a.a.O., S. 21; R. Henzler, a.a.O., S. 1098.

Neben dem maßgeblichen Einfluß des US-Kapitals auf große Unternehmungen ist vor allem dessen Konzentration auf Wachstumsbranchen beachtlich, also auf Wirtschaftszweige, "deren Anteil an der Gesamtproduktion überdurchschnittlich steigt und von denen die entscheidenden Impulse für den technischen Fortschritt auch in anderen Wirtschaftsbereichen ausgehen, die also Schlüsselstellungen einnehmen"¹⁾.

Der Nominalwert von 5 Mrd. DM US-Beteiligungen konzentrierte sich Ende 1965 vor allem auf: Fahrzeugbau- und Maschinenbau (1,4 Mrd. DM), Mineralölverarbeitung (0,9 Mrd. DM), Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (0,7 Mrd. DM) und Chemie (0,6 Mrd. DM)²⁾.

Welche Marktstellung die amerikanisch beherrschten Unternehmungen auf deutschen Märkten innehaben, verdeutlicht die folgende Übersicht³⁾.

Tabelle 1: Marktanteile amerikanischer Firmen in der Bundesrepublik Deutschland

Branche	Marktanteile
Glas-Herstellung	rd. 40 %
Automobilbau	30 % - 40 %
Mineralölverarbeitung	30 % - 35 %
Elektrotechnik	10 % - 20 %
Elektronik, Regeltechnik, Datenverarbeitung	85 % - 90 %
Gummiverarbeitung	rd. 20 %
Papierverarbeitung	rd. 20 %
Chemische Industrie	10 % - 20 %
Kosmetik	rd. 20 %
Pharmazie	10 % - 15 %

Quelle: P. Baum, Elektronik, Autos und Benzin, in: Der Arbeitgeber, 18. Jg. (1966), S. 641.

- 1) R. Henzler, a.a.O., S. 1097.
- 2) O.V., Die Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals, a.a.O., S. 21f.
- 3) Vgl. bestätigende Angaben zu den Marktanteilen bei: K. Blauhorn, Ausverkauf in Germany?, München 1966, S. 30f.

Das dargestellte Erscheinungsbild der US-Investitionen macht es verständlich, daß oft die Frage diskutiert worden ist, ob US-Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland steuerliche Vorteile im Vergleich zu deutschen Kapitalgesellschaften genießen. Welche Antworten hierauf in der Literatur zu finden sind, wird im folgenden kurz zusammengefaßt aufgezeigt.

B. Das Thema im Spiegel der Literatur

Die Meinungen in der Literatur in bezug auf ertragsteuerliche Wettbewerbsvorteile der zu vergleichenden Unternehmen weichen erheblich voneinander ab: Einige Autoren vertreten die Ansicht, die US-Kapitalgesellschaften sind steuerlich benachteiligt¹⁾, andere dagegen rechnen für sie nicht unbedeutende steuerliche Vorteile aus²⁾.

1) Vgl. u.a. P.G. Baudler, Die Besteuerung von amerikanischen Tochtergesellschaften in der Bundesrepublik, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 6. Jg. (1960), S. 171ff.; W. Sommer, Genießen US-Muttergesellschaften in bezug auf die ausgeschütteten Gewinne ihrer deutschen Tochtergesellschaften Steuervorteile?, in: Die Wirtschaftsprüfung, 13. Jg. (1960), S. 581ff.; H.C. Wallich, Die Frage der Startbedingungen - Haben amerikanische Unternehmen in Deutschland Steuervorteile?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.2.1963, Nr. 46, S. 5; O.V., US-Firmen genießen keine Vorteile - Ford-Köln nimmt Stellung zur Diskussion über die Besteuerung, in: Die Welt vom 5.8.1964, Nr. 180, S. 12.

2) Vgl. u.a. G. Schmelz und G. Eichmann, Genießen US-Muttergesellschaften deutscher Tochter-Gesellschaften Wettbewerbsvorteile auf Grund steuerlicher Vorschriften?, in: Die Wirtschaftsprüfung, 14. Jg. (1961), S. 148ff.; H. Hofmann, Die steuerlich bedingte Wettbewerbssituation von US-Konzernen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Der Betrieb, 18. Jg. (1965), S. 673ff.; H. Debatin, Die Wettbewerbsstellung der amerikanischen Konzerne in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 10. Jg. (1964), S. 284ff., im folgenden zitiert als: Wettbewerbsstellung der amerikanischen Konzerne.

Die Gründe für die ungleichen Standpunkte sind vor allem: unterschiedliche Auffassungen über die Art der Gewinnverwendung, von der bei Belastungsvergleichen ausgegangen werden muß, um zu praxisnahen Ergebnissen zu kommen, die Zahl der gebildeten Belastungsvergleiche, deren Ergebnisse zu verallgemeinernden Schlüssen benutzt werden, sowie die verschieden starken Vereinfachungen bei der Wahl und Variation der Prämissen¹⁾.

Aus diesem gerafften Überblick über das vorliegende Schrifttum ergeben sich zwei Ziele für diese Untersuchung, die im folgenden erläutert werden.

C. Die Ziele der Arbeit

I. Diskussionsbeitrag für die vom Bundesfinanzministerium angestrebte Änderung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens in bezug auf die Dividendenbesteuerung

Nach jahrelangem Bemühen ist es der deutschen Finanzverwaltung gelungen, die Dividendenbesteuerung nach dem deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen von 1954 neu zu regeln. Der Anstoß für die Verhandlungen erfolgte durch das deutsche Steueränderungsgesetz 1958. Es veränderte die Körperschaftsteuersätze und damit auch nicht unerheblich die Ertragsteuerlast der US-Tochtergesellschaften in der Bundesrepublik gegenüber deutschen Kapitalgesellschaften²⁾.

Die Neuregelung der Dividendenbesteuerung wird im Bundesfinanzministerium aber nicht als endgültige Lösung betrachtet³⁾, so daß damit zu rechnen ist, daß früher

1) Besonders im Hinblick auf die recht komplizierte Besteuerung der Dividenden in den USA werden teilweise zu starke Vereinfachungen vorgenommen. Das geht soweit, daß die US-Körperschaftsteuer überhaupt nicht berücksichtigt wird, wie es beispielsweise R. Hellmann (a.a.O., S. 159ff.) tut.

2) Vgl. u.a. G. Schmelz und G. Eichmann, a.a.O., S. 149f.

3) Vgl. Brief von H. Debatin aus dem Bundesfinanzministerium vom 27. Mai 1966.

oder später neue Verhandlungen stattfinden werden. Diese Gespräche neu zu beleben und dazu beizutragen, eine für beide Vertragsparteien befriedigende Lösung zu finden, ist das vorrangige Ziel dieser Arbeit.

Um es zu erreichen, wird möglichst praxisnah bei der Untersuchung vorgegangen, außerdem wird versucht, für das Thema wesentliche Fragen zu beantworten, die bisher lückenhaft oder überhaupt nicht beantwortet worden sind, etwa die Frage, wie sich die recht komplizierte Neuregelung der Dividendenbesteuerung auf die Ertragsteuerbelastung des US-Konzerns auswirkt.

II. Unterlage für weitere Steuerbelastungsvergleiche zwischen in- und ausländischen Kapitalgesellschaften

"Die Bundesregierung wird ersucht, die Frage der Besteuerung ausländischer Inhaber von Anteilen an unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften... zu prüfen und Maßnahmen zu treffen, durch die eine Verschiebung der Wettbewerbslage der unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften vermieden wird"¹⁾. Aus dieser im Bundestag gestellten Anfrage geht hervor, daß das Problem der steuerlich bedingten Wettbewerbslage nicht nur im Hinblick auf amerikanische, sondern auch im Hinblick auf andere ausländische Tochtergesellschaften besteht.

Ob und in welcher Höhe ertragsteuerliche Wettbewerbsverzerrungen gegenüber ausländischen Kapitalgesellschaften im Inland bestehen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um diese gegebenenfalls zu beseitigen, sind Fragen, deren Beantwortung umfassende und systematische Analysen voraussetzt. Sie zu erleichtern, ist ein weiteres Ziel der vorliegenden Arbeit. Die Art, in der methodisch vorgegangen wird, kann als Anregung dienen, so oder ähnlich zu verfahren. Einige Ergebnisse sind von grundsätzlicher Bedeutung und können übernommen werden.

¹⁾ Bundestags-Drucksache Nr. 448, 3. Wahlperiode, Niederschrift über die 33. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 20.6.1958, S. 2.

D. Begriffsklärung und die Grundannahmen der Untersuchung

I. Die ertragsteuerliche Wettbewerbslage und der Maßstab für ihre Feststellung

Der Begriff der Wettbewerbslage setzt sich zusammen aus Wettbewerb und Lage. Unter Wettbewerb¹⁾ wird dabei das Streben von Unternehmungen verstanden, auf einem gemeinsamen Markt²⁾ ihre Ziele - etwa das des maximalen oder des angemessenen Gewinns - zu erreichen. Die Summe aller Faktoren in ihrer speziellen Ausprägung, welche die Eigenschaft haben, die von der Unternehmung angestrebten Ziele zu beeinflussen, wird als Wettbewerbslage bezeichnet. Die ertragsteuerliche Wettbewerbslage ist wiederum jene, die durch den Faktor Ertragsteuern bedingt wird. Wegen seiner Höhe gehört dieser Faktor zu den bedeutsamsten Einflußgrößen. Er wirkt direkt und indirekt auf das der Unternehmung zur Verfügung stehende Kapital, dem Geld also zur Finanzierung von Investitionen³⁾.

Maßstab, um die unterschiedliche Wettbewerbslage unter dem Gesichtspunkt der Ertragsteuern festzustellen, ist die prozentuale Differenz, die sich ergibt, wenn die Ertragsteuerlasten deutscher und amerikanischer Steuerbelastungseinheiten unter vergleichbaren Bedingungen gegenübergestellt werden. Oder anders ausgedrückt: Maßstab ist der prozentuale Mehrgewinn, den die eine Steuerbelastungseinheit gegenüber der anderen nach Abzug der Ertragsteuern zurückbehält, und zwar unter vergleichbaren Bedingungen.

- 1) Vgl. W. Hefermehl, Wettbewerbsrecht, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, 12. Band, S. 49f.; W. Röpke, Wettbewerb, (II) Ideengeschichte und ordnungspolitische Stellung, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, 12. Band, S. 31.
- 2) Nähere Ausführungen zu dem Begriff des Marktes vgl. bei H. Jacob, Preispolitik, Wiesbaden 1963, S. 27ff.
- 3) Vgl. J. Fettel, Kapital, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Hrsg. F. Seischab und K. Schwantag, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 2959ff.

II. Ertragsteuern und Steuerbelastungseinheiten

a) Ertragsteuern

Folgende deutsche Steuern werden unter dem Begriff Ertragsteuern zusammengefaßt und in die Untersuchung einbezogen: die Körperschaftsteuer, die Gewerbebeertragsteuer, die Nachsteuer sowie die Kapitalertragsteuer.

Von den amerikanischen Steuern wird nur die Körperschaftsteuer¹⁾ des Bundes mitberücksichtigt, nicht dagegen die der Einzelstaaten und Gemeinden²⁾. Ihre Einbeziehung in die Untersuchung würde die Darstellung erheblich komplizieren³⁾, ohne zu wesentlich anderen Ergebnissen zu führen, und zwar deshalb, weil einmal nicht alle Einzelstaaten und Gemeinden Körperschaftsteuer erheben. Dort, wo dies aber geschieht, ist die Körperschaftsteuer in der Regel nur von geringer Bedeutung⁴⁾.

- 1) Die US-Steuergezetgebung kennt - im Gegensatz zur deutschen - kein eigenes KSt-Gesetz. Die Körperschaften werden wie die natürlichen Personen nach dem ESt-Gesetz besteuert, allerdings mit besonderen Steuersätzen, vgl. J. Eßer und I. Merten, Steuern in den USA, Bonn 1956, S. 16. Deshalb kann im strengen Sinne auch nicht von einer Körperschaftsteuer gesprochen werden, sondern von der Einkommensteuer für Körperschaften, der "corporation income tax". Da es aber in der deutschen Literatur üblich ist, diese Steuer als Körperschaftsteuer zu bezeichnen, wird sich dem hier angeschlossen.
- 2) So verfahren auch die übrigen Untersuchungen auf diesem Gebiet, vgl. u.a.: R. Kraushaar, Die steuerlichen Vorteile ausländischer Kapitalgesellschaften gegenüber inländischen bei Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des gespaltenen Körperschaftsteuersatzes, Diss. Mannheim 1966, S. 25; H.C. Wallich, a.a.O., S. 5.
- 3) Die Ausgestaltung der KSt-Erhebung hinsichtlich der Steuersätze und der Steuerbemessungsgrundlage weicht in den Einzelstaaten und Gemeinden erheblich voneinander ab.
- 4) Vgl. G. Leipoldt, Die Gewinnverwendung bei der Körperschaftsteuer in Deutschland, den USA und Großbritannien, Stuttgart 1963, S. 126. - Nach einer Untersuchung aus dem Jahre 1964 (The Advisory Commission on the Intergovernmental Relations, Tax Overlapping in the United States 1964, Washington 1964, S. 141ff.) ergab sich: 37 Staaten und der District von Columbien erhoben eine Körperschaftsteuer. Die Steuersätze schwankten zwischen 1,75 und 10,5 Pro-

b) Steuerbelastungseinheiten

Unter einer Steuerbelastungseinheit wird eine Unternehmung oder die Zusammenfassung mehrerer verstanden, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die Ertragsteuern, die bei ihr auf einen bestimmten Gewinn anfallen, zusammengezählt und als einheitliche Steuerlast behandelt werden. Bei der Bildung von Steuerbelastungseinheiten wird dabei nicht auf die rechtliche Selbständigkeit, sondern auf die wirtschaftliche Bindung abgestellt, die zwischen den Unternehmungen besteht, und zwar in dieser Arbeit ausschließlich auf die kapitalmäßige Beteiligung.

In dieser Untersuchung bestehen die Steuerbelastungseinheiten nur aus Kapitalgesellschaften¹⁾. Aus dem Kreis der deutschen Rechtsformen dieser Art werden dabei die Aktiengesellschaft und die Gesellschaft mit beschränkter Haftung ausgewählt. In dem Rechtskleid anderer Kapitalgesellschaften sind US-Tochtergesell-

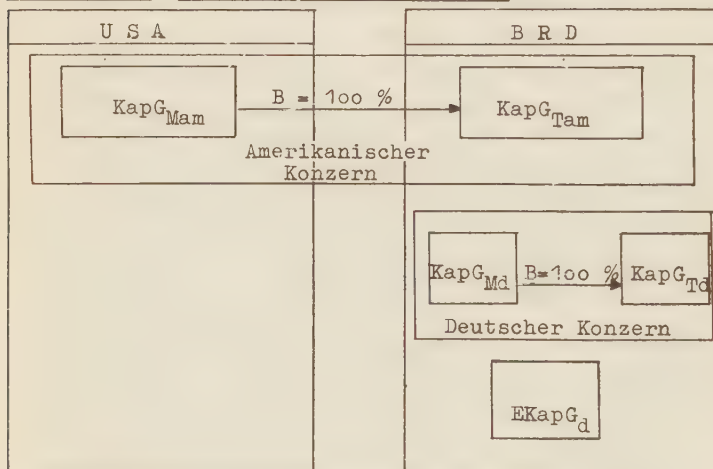
zent. Der am häufigsten vorkommende Steuersatz betrug 4 und 5 Prozent. Die effektive Belastung war aber geringer, da die KSt der Einzelstaaten die Steuerbemessungsgrundlage für die US-Bundes-KSt kürzte, außerdem konnte die Besteuerungsgrundlage für die KSt der Einzelstaaten in 14 der 37 Staaten um die US-Bundes-KSt und in 9 um die KSt der Einzelstaaten selbst gekürzt werden. In diesem Zusammenhang ist die Beobachtung Gregoires (Das amerikanische Gesellschaftsrecht, in: IWB, Fach 8 USA Gruppe 3, S. 15) über den Staat Delaware bemerkenswert: "Delaware ist zwar der zweitkleinste Staat der Union; er ist aber der juristische Sitz von Tausenden von Gesellschaften, die ihre Tätigkeit tatsächlich anderswo ausüben, jedoch durch die überaus liberalen Gesetze und die besonders geringen Staatssteuern dieses Lilliput-Staates angezogen wurden."

- 1) Das bedeutet, daß die Einkommensteuer der natürlichen Personen, welche die Anteile an den Kapitalgesellschaften besitzen, nicht berücksichtigt wird. Dies ist bei der Erörterung der vorliegenden Frage in der Literatur üblich. Für eine auf der vorliegenden Untersuchung aufbauende Arbeit, welche die natürlichen Personen in die Steuerbelastungseinheiten einbezieht, könnte der Aufsatz von H. Stehle, Vergleich der Einkommensteuer-Belastung in den USA und in der Bundesrepublik, in: Die Wirtschaftsprüfung, 18. Jg. (1965), S. 342ff., die Grundlage bilden.

schaften in der Bundesrepublik fast überhaupt nicht zu finden¹⁾. Auch auf deutscher Seite spielen die Sonderformen - Reederei, Kolonialgesellschaft, Bohrergesellschaft - sowie die Bergrechtliche Gewerkschaft und die Kommanditgesellschaft auf Aktien nur eine geringe Rolle²⁾, so daß sie vernachlässigt werden. Bei den US-Muttergesellschaften wird davon ausgegangen, daß sie die Rechtsform der "corporation" innehaben, weil in den USA "etwa 90 % aller kaufmännischen und industriellen Betriebe und so gut wie 100 % aller größeren Unternehmen" diese Rechtsform gewählt haben³⁾.

Es werden, wie auch aus Abbildung 1 hervorgeht, drei Steuerbelastungseinheiten unterschieden, deren Ertragsteuerlasten erarbeitet und miteinander verglichen werden.

Abbildung 1: Steuerbelastungseinheiten



Bezeichnungen:

KapG = Kapitalgesellschaft
B = Beteiligung
am = amerikanisch
d = deutsch

M = Muttergesellschaft
T = Tochtergesellschaft
EKapG = Einzelkapitalgesellschaft

- 1) Vgl. O.V., Die Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals, a.a.O., S. 15f.; K.-H. Standke, a.a.O. S. 22f.
- 2) Vgl. G. Wöhe, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7. Aufl., Berlin und Frankfurt a. M., S. 118ff.
- 3) Vgl. A. Gregoire, a.a.O., S. 15.

- (1) Der amerikanische Konzern. Er besteht aus einer Kapitalgesellschaft mit Sitz und Geschäftsleitung in der Bundesrepublik (amerikanische Tochtergesellschaft), an deren Grund- bzw. Stammkapital eine Kapitalgesellschaft, die Sitz und Geschäftsleitung in den USA hat (amerikanische Muttergesellschaft), zu 100 % beteiligt ist.
- (2) Der deutsche Konzern. Er besteht aus zwei Kapitalgesellschaften, die beide ihren Sitz und ihre Geschäftsleitung in der Bundesrepublik haben, wobei die eine an dem Grund- bzw. Stammkapital der anderen zu 100 % beteiligt ist.
- (3) Deutsche Einzelkapitalgesellschaft. Es handelt sich hierbei um eine Kapitalgesellschaft mit Sitz und Geschäftsleitung in der Bundesrepublik, an deren Grund- bzw. Stammkapital zu 100 % natürliche Personen beteiligt sind, die in der Bundesrepublik wohnen und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

E. Das methodische Vorgehen

Welch Vorgehen am zweckmäßigsten ist, hängt von der Art des zu lösenden Problems ab¹⁾. Die hier vorliegende Aufgabenstellung kann kurz so gekennzeichnet werden: Es geht grundsätzlich darum, quantitative Größen - die Ertragsteuerlasten - festzustellen und sie miteinander zu vergleichen. Dabei kommt es darauf an, daß jene Belastungsdifferenzen aufgezeigt werden, die für die Praxis wesentlich sind.

Es liegt nahe, von den Ertragsteuerlasten auszugehen, die in der Wirklichkeit bei den hier im Blickfeld stehenden Unternehmen tatsächlich angefallen sind, und sie gegenüberzustellen. Dieser Weg ist aber nicht gangbar.

1) Vgl. E. Kosiol, Modellanalyse als Grundlage unternehmerischer Entscheidungen, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung. 13. Jg. (1961), S. 319; E. Gutenberg, Zum "Methodenstreit", in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 5. Jg. (1953), S. 346.

Einmal ist das notwendige Zahlenmaterial überhaupt nicht oder nur äußerst schwierig zu erhalten, zum anderen könnten die prozentualen Ertragsteuerlasten der deutschen und amerikanischen Kapitalgesellschaften nicht ohne weiteres miteinander verglichen werden, da sie von Faktoren beeinflußt worden sind, die bei einer Gegenüberstellung in ihrer Höhe übereinstimmen müßten, es aber in der Regel nicht tun, beispielsweise die Gewerbesteuerhebesätze.

Zweckmäßig ist es, so vorzugehen: Rein gedanklich wird ein Modell gebildet, dessen Prämissen variiert werden. Auf diesem Wege ist es möglich, unter gleichen Bedingungen die Belastungsdifferenzen zwischen deutschen und amerikanischen Steuerbelastungseinheiten zu ermitteln sowie festzustellen, wie sich die einzelnen Bestimmungsfaktoren - etwa die Höhe der zurückgeführten Dividenden an die US-Tochtergesellschaften - auf die Steuerlast auswirken.

Nachdem auf diese Weise die Skala der grundsätzlich möglichen Belastungsdifferenzen aufgezeigt worden ist, wird ein weiterer Schritt getan. Es wird versucht, von allen möglichen Belastungsunterschieden jene herauszuarbeiten, die für die Antwort auf die Frage nach der ertragsteuerlichen Wettbewerbslage maßgebend sind.

Die Ertragsteuerlasten, ihre Zusammensetzung aus den einzelnen Steuerarten sowie die Belastungsdifferenzen werden in Kurvendiagrammen dargestellt. Die graphischen Darstellungen dienen nicht nur dazu, die rechnerischen Ergebnisse zu veranschaulichen, sondern auch - und insoweit geht diese Darstellungsmethode in eine Untersuchungsmethode über¹⁾ -, um zu einigen Erkenntnissen zu kommen, die aus den Tabellen allein nicht herauszulesen wären.

1) C. Sandig, Betriebswirtschaftliche Methodenprobleme, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Hrsg. F. Seischab und K. Schwantag, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 3967.

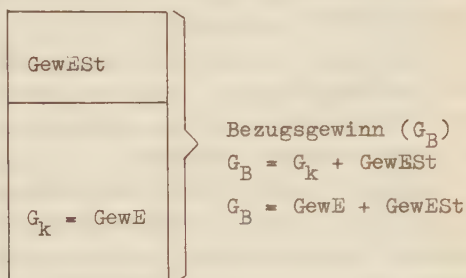
ZWEITES KAPITEL: DIE ERTRAGSBESTEuerung ALS GRUNDLAGE
FÜR DAS VERSTÄNDNIS DER MODELLANALYSE

A. Die Bezugsbasis der Ertragsteuern

Die Steuersätze, welche für die Ertragsteuern gelten, beziehen sich in der Regel auf unterschiedliche Bemessungsgrundlagen, so daß die sich ergebenden prozentualen Belastungen nicht zusammenzählbar sind. Um Prozentzahlen zu erhalten, die addierbar und vergleichbar sind, ist es daher erforderlich, alle absoluten Steuerbeträge auf eine einheitliche Bezugsbasis zu beziehen. Diese Bezugsbasis wird im folgenden der körperschaftsteuerpflichtige Gewinn (G_k) vor Abzug der Gewerbeertragsteuer (GewEst) sein¹⁾. Diese Größe wird als Bezugsgewinn (G_B) bezeichnet.

Um die Berechnungen zu vereinfachen, wird angenommen: Kürzungen und Hinzurechnungen nach § 8 und § 9 GewStG gleichen sich in ihrer Höhe aus, so daß der Gewerbeertrag (GewE) betragsmäßig dem körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn entspricht. Abbildung 2 verdeutlicht diese Festsetzungen.

Abbildung 2: Die Zusammensetzung des Bezugsgewinnes



1) Von dieser Bezugsgrundlage gehen auch die meisten der übrigen Autoren aus, vgl. u.a. H. Debatin, Wettbewerbsstellung der amerikanischen Konzerne, a.a.O., S. 284ff.; H. Hofmann, a.a.O., S. 673ff.

B. Die Ertragsteuern auf die Gewinne deutscher Kapitalgesellschaften

I. Die Einzelkapitalgesellschaft

a) Körperschaftsteuer

Der körperschaftsteuerpflichtige Gewinn unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtiger Kapitalgesellschaften unterliegt einer Körperschaftsteuer in Höhe von 51 %, für berücksichtigungsfähige Ausschüttungen ermäßigt sie sich auf 15 %¹⁾. Berücksichtigungsfähige Ausschüttungen sind solche, die auf einem Gewinnverteilungsbeschuß beruhen, welcher den gesellschaftsrechtlichen Vorschriften entspricht²⁾. Die Grundlage für diese Beschlüsse stellt der in der Handelsbilanz ausgewiesene Gewinn dar.

In der Literatur³⁾ werden in der Regel Belastungsvergleiche durchgeführt, die sich nur mit den Belastungen beschäftigen, die bis zu der maximal möglichen Ausschüttung (A_m) anfallen. Unter A_m wird die prozentuale Ausschüttung des Steuerbilanzgewinnes verstanden, die zusammen mit der Körperschaftsteuer, die mit ihr verbunden ist, genau den körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn ausmacht.

In der Praxis ist es aber durchaus möglich, daß der Handelsbilanzgewinn so groß ist, daß die Gesellschafter Ausschüttungen beschließen, welche die maximal mögliche Ausschüttung des Steuerbilanzgewinnes überschreiten. Dies kann zum Beispiel dann eintreten, wenn im Handelsbilanzgewinn hohe Schachtelerträge enthalten sind. Besonders im vorliegenden Fall kann angenommen werden, daß die US-Tochtergesellschaften Ausschüttungen vorgenommen haben, welche A_m überstiegen⁴⁾.

1) § 19 Abs. 1 Ziff. 1 KStG.

2) § 19 Abs. 3 KStG. Einzelheiten zu dem Begriff der berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen vgl. bei W. Blümich, O. Klein, W. Steinbring, H. Stutz, Körperschaftsteuergesetz, 4. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1965, S. 1087ff.

3) Vgl. u.a. H. Debatin, Wettbewerbsstellung der amerikanischen Konzerne, a.a.O., S. 288ff.; H. Hofmann, a.a.O., S. 673ff.; R. Kraushaar, a.a.O. S. 94ff.

4) Vgl. im Anhang die Tabellen 16 und 17.

Es wird deshalb in dieser Arbeit über den üblicherweise betrachteten Ausschüttungsbereich hinausgegangen, indem auch solche Ausschüttungen in die Überlegungen einbezogen werden, welche in ihrer Höhe bis an den körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn heranreichen. Aus systematischen Gründen werden die beiden folgenden Ausschüttungsbereiche unterschieden.

Ausschüttungsbereich I: $0 \text{ v.H. } G_k \leq A \leq 0,7656 G_k$
Die obere Grenze dieses Ausschüttungsbereiches ist die maximale Ausschüttung. Sie läßt sich so errechnen:

$$A_m = G_k - 0,15 A_m - 0,51 (G_k - A_m)$$

$$A_m = 0,7656 G_k.$$

Die gesamte KSt-Last ergibt sich aus Formel (1) bzw. (2).

$$(1) \text{ KSt} = 0,15 A + 0,51 (G_k - A).$$

$$(2) \text{ KSt} = 0,51 G_k - 0,36 A.$$

Erfolgen keine berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen, beträgt die KSt-Last 51 v.H. des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns. Werden Ausschüttungen vorgenommen, sinkt die KSt-Belastung um 36 % der jeweiligen Ausschüttung. Bei der maximalen Ausschüttung von $0,7656 G_k$ ergibt sich eine KSt-Last von 23,44 v.H. des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns. Diese Zahl zeigt, daß die effektive KSt-Belastung des ausgeschütteten Gewinns größer ist als die nominelle, denn 15 % KSt auf die maximale Ausschüttung ergäbe nur eine Belastung von rund 11,5 v.H. des Gewinns¹⁾. Der Grund für die Abweichung der nominellen von der effektiven Belastung ist der, daß die Körperschaftsteuer auf die Ausschüt-

1) Die effektive KSt-Belastung des ausgeschütteten Gewinns beträgt 30,6 %, sofern sie auf den Ausschüttungsbetrag bezogen wird. Stellt dagegen der körperschaftsteuerpflichtige Gewinn die Bezugsgrundlage dar, beträgt die effektive KSt-Last je nach Ausschüttungshöhe 0 bis 23,44 %, vgl. die ausführlichen Ableitungen bei H.-H. Otte, Die Möglichkeiten von Dividendenausschüttungen, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 14. Jg. (1962), S. 301ff.

tung nicht zu den berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen gehört und deshalb selbst der 51 %igen KSt unterliegt, der sich daraus ergebende KSt-Betrag wird wiederum der 51 %igen KSt unterworfen usw.

Ausschüttungsbereich II: $0,7656 G_K < A \leq G_K$

Formel (1) bzw. (2) sind anwendbar. Werden die Ausschüttungen dieses Bereiches in die Formeln eingesetzt, ergibt sich eine sinkende KSt-Last von unter 23,44 v.H. G_K bis zu 15 v.H. G_K .

b) Gewerbeertragsteuer

In dieser Arbeit wird von einer Steuermeßzahl (m) von 5 %¹⁾ und einem Hebesatz (h) von 300 %²⁾ ausgegangen. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich folgende Belastung des Bezugsgewinnes mit Gewerbeertragsteuer:

$$(3) \quad \text{GewEST} = \frac{m \cdot h}{100} (G_B - \text{GewEST})$$

$$(4) \quad \text{GewEST} = \frac{15}{100} (G_B - \text{GewEST})$$

$$(5) \quad \text{GewEST} = \frac{15}{115} G_B$$

$$(6) \quad \text{GewEST} = 0,1304 G_B.$$

Der Bezugsgewinn wird also mit einer Gewerbeertragsteuer in Höhe von 13 v.H. belastet.

c) Formeln zur Berechnung der Körperschaft- und Gewerbeertragsteuerbelastung

Um die Formeln zu gewinnen, mit deren Hilfe die Belastung des Bezugsgewinnes (EGB) mit KSt und GewEST errechnet werden kann, und zwar in absoluten (a) und prozentualen (p) Ziffern, wird von den folgenden

1) § 11 Abs. 2 Ziff. 2 GewStG.

2) Dieser Hebesatz wird häufig von den Gemeinden des Bundesgebietes erhoben, vgl. Statistisches Bundesamt, Realsteuervergleich 1961, S. 76f., zitiert nach G. Wöhe, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, Berlin und Frankfurt a.M. 1963, S. 274.

Angaben ausgegangen:

$$(2) \text{ KSt} = 0,51 G_k - 0,36 A$$

$$(6) \text{ GewEst} = 0,13 G_B$$

$$(7) G_k = G_B - 0,13 G_B$$

$$(8) G_k = 0,87 G_B.$$

Daraus ergibt sich:

$$(9) \text{ KSt} + \text{GewEst} = 0,51 \times 0,87 G_B - 0,36 A + 0,13 G_B$$

$$(10) \text{ EGB}_a = 0,5735 G_B - 0,36 A.$$

$$(11) \text{ EGB}_p = 57,37 - 36 \frac{A}{G_B}.$$

II. Der Konzern

Für den Fall des deutschen Konzerns - eine Kapitalgesellschaft ist an einer anderen zu 100 % beteiligt - wird untersucht, wie sich das Rechtsinstitut der Organschaft und das des Schachtelprivilegs auf die Ertragsteuerlast auswirken.

a) Organschaft

Das Rechtsinstitut der Organschaft bezweckt, Gewinne bestimmter rechtlich selbständiger Unternehmungen, die wirtschaftlich eine Einheit bilden, nicht doppelt zu besteuern.

Für die körperschaft- und gewerbebeertragsteuerliche Organschaft ist es erforderlich, daß die Tochtergesellschaft (Organ) derart der Muttergesellschaft (Organtträger) untergeordnet ist, daß sie keinen eigenen Willen mehr hat. Dies ist nach ständiger Rechtsprechung gegeben, wenn das Organ nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in die Muttergesellschaft eingegliedert ist¹⁾.

Während diese Voraussetzungen zwangsläufig die Folgen der Organschaft bei der Gewerbebeertragsteuer nach sich ziehen, ist dies bei der Körperschaftsteuer nicht der

1) Vgl. ausführliche Einzelheiten zur Organschaft bei W. Blümich und anderen, a.a.O., S. 857ff.

Fall. Bei dieser Steuer treten die Wirkungen der Organshaft erst ein, wenn zwischen Organ und Organträger ein Ergebnisabführungsvertrag mit dem Inhalt abgeschlossen worden ist, daß Gewinne und Verluste des Organs vom Organträger übernommen werden. Diese Voraussetzung wird hier als erfüllt angesehen.

Gewerbsteuerlich wird das Organ als Betriebsstätte der Obergesellschaft betrachtet¹⁾. Körperschaftsteuerlich wird der Gewinn des Organs - vom "eigenen Einkommen" abgesehen - der Muttergesellschaft zugerechnet²⁾.

Grundsätzlich kann also gesagt werden, die steuerliche Belastung des Gewinns der Tochtergesellschaft ist so hoch, wie wenn sie eine rechtlich unselbständige Zweigniederlassung der Muttergesellschaft wäre. Es kann deshalb in dieser Untersuchung der Fall der Organshaft mit dem der Einzelkapitalgesellschaft gleichgesetzt werden.

b) Schachtelprivileg

Das Schachtelprivileg verhindert eine zweifache Besteuerung von Gewinnanteilen mit Körperschaft- und Gewerbebeertragsteuer. Nach § 9 Abs. 1 KStG bleiben Ausschüttungen bei der empfangenden Kapitalgesellschaft außer Ansatz, also körperschaftsteuerfrei, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind³⁾:

(1) Sowohl das ausschüttende als auch das empfangende Unternehmen müssen unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtige Kapitalgesellschaften sein. Für ausländische Kapitalgesellschaften kommt das Schachtelprivileg also nicht in Frage, da sie nur beschränkt körperschaftsteuerpflichtig sind.

1) § 2 Abs. 2 Ziff. 2 GewStG.

2) Vgl. nähere Einzelheiten zu der Übertragung des Gewinns an den Organträger bei W. Blümich und anderen, a.a.O., S. 872ff.

3) Vgl. ebenda, S. 930ff.

(2) Die Obergesellschaft muß an der Untergesellschaft zu mindestens 25 Prozent an Grund- oder Stammkapital beteiligt sein.

(3) Es muß sich um eine unmittelbare Beteiligung handeln, die ununterbrochen seit mindestens 12 Monaten vor dem für die Ermittlung des Gewinns maßgebenden Schlußstichtage bestanden hat.

Um zu vermeiden, daß Schachtelgewinne, welche die Obergesellschaft nicht verlassen, steuerlich niedriger belastet werden als die Gewinne von Einzelkapitalgesellschaften oder Unternehmen, zwischen denen eine körperschaftsteuerliche Organschaft besteht, ist die Nachsteuer eingeführt worden. Sie beträgt nach § 19 Abs. 5 Ziff. 1 KStG 36 % der Schachtelgewinne, sofern es sich bei ihnen um berücksichtigungsfähige Ausschüttungen im Sinne des § 19 Abs. 3 KStG handelt.

Die Schachtelgewinne unterliegen nach § 9 Abs. 3 KStG nur insoweit nicht der Nachsteuer, wie die Obergesellschaft berücksichtigungsfähige Ausschüttungen vornimmt, welche nicht dem ermäßigten 15 %igen KSt-Satz unterworfen werden.

Eine doppelte Besteuerung der Schachtelgewinne mit Gewerbeertragsteuer wird dadurch vermieden, daß die Beteiligungsgewinne nicht zum körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn gehören und auch nicht nach § 8 GewStG hinzugerechnet werden müssen.

c) Formeln zur Berechnung der Körperschaft-, Gewerbe-
ertrag- und Nachsteuerbelastung

Die für die Ertragsteuerbelastung der Einzelkapitalgesellschaft geltenden Formeln (10) und (11) werden ergänzt. Hinzugefügt wird die Nachsteuerbelastung der Muttergesellschaft für Schachtelgewinne. Der Index M bezeichnet dabei Größen der Muttergesellschaft¹⁾. Es werden zwei Fälle unterschieden.

1) Größen ohne Index sind wie bisher solche der Tochtergesellschaft.

Fall 1: $A_M \leq G_{kM}$

Die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen der Muttergesellschaft (A_M) sind gleich ihrem körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn oder kleiner als er, so daß die Ausschüttungen der Tochtergesellschaft jeweils in voller Höhe der Nachsteuer unterliegen.

Es gilt:

$$(12) \text{ EGB}_a = 0,5737 G_B - 0,36 A + 0,36 A$$

$$(13) \text{ EGB}_a = 0,5737 G_B .$$

$$(14) \text{ EGB}_p = 57,37 .$$

Gleich wie hoch die Gewinnausschüttung der Tochtergesellschaft ist, die Belastung beträgt stets 57,37 % des Bezugsgewinnes.

Fall 2: $A_M > G_{kM}$

Die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen der Muttergesellschaft übersteigen ihren körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn. Je nachdem, in welchem Umfange dies der Fall ist und in welcher Höhe die Tochtergesellschaft Ausschüttungen vornimmt, entfällt Nachsteuer ganz oder teilweise.

Es gilt:

$$(15) \text{ EGB}_a = 0,5737 G_B - 0,36 A + 0,36 A - 0,36 (A_M - G_{kM})$$

unter der Voraussetzung, daß die Differenz zwischen den berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen der Muttergesellschaft und ihrem körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn höchstens mit dem Betrag angesetzt werden kann, welcher der jeweiligen Ausschüttung der Tochtergesellschaft entspricht, d.h. $(A_M - G_{kM}) \leq A$.

$$(16) \text{ EGB}_a = 0,5737 G_B - 0,36 (A_M - G_{kM}) .$$

$$(17) \text{ EGB}_p = 57,37 - \frac{36}{G_B} (A_M - G_{kM}) .$$

C. Die Ertragsteuern auf die Gewinne amerikanischer Kapitalgesellschaften

I. Deutsche Körperschaft-, Gewerbeertrag- und Kapitalertragsteuer

a) Körperschaft- und Gewerbeertragsteuer

Amerikanische Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik werden körperschaft- und gewerbeertragsteuerlich grundsätzlich wie andere deutsche Kapitalgesellschaften behandelt¹⁾, so daß auf die vorangegangenen Ausführungen²⁾ verwiesen werden kann.

b) Kapitalertragsteuer

1) 15 Prozent Kapitalertragsteuer

Die amerikanische Muttergesellschaft ist mit ihren Einkünften aus der Bundesrepublik, zu denen auch die Dividenden gehören, die sie von ihrer Tochtergesellschaft bezieht³⁾, beschränkt körperschaftsteuerpflichtig⁴⁾. Die Körperschaftsteuer auf die Dividenden wird durch die Kapitalertragsteuer erhoben⁵⁾, wodurch sie als abgegolten gilt⁶⁾.

Der Kapitalertragsteuersatz beträgt grundsätzlich 15 v.H. der Bruttodividende⁷⁾. Im Gegensatz zur früheren Regelung⁸⁾ ist dafür eine mindestens 10 %ige Be-

1) Vgl. W. Mersmann, Die Ertragsbesteuerung inländischer Betriebsstätten und Tochtergesellschaften ausländischer Kapitalgesellschaften, Heidelberg 1966, S. 156ff. und S. 183f.; H. Debatin, Wettbewerbsstellung der amerikanischen Konzerne, a.a.O., S. 287.

2) Vgl. S. 14ff.

3) § 49 Abs. 1 Ziff. 5 EStG, § 20 Abs. 1 Ziff. 1 EStG in Verbindung mit § 15 KStDV.

4) § 2 Abs. 1 Ziff. 1 KStG.

5) § 43 Abs. 1 Ziff. 1 EStG in Verbindung mit § 15 KStDV.

6) § 50 Abs. 4 EStG in Verbindung mit § 15 KStDV.

7) Art. VI Abs. 2 des Doppelbesteuerungsabkommens in der Fassung des Protokolls zur Änderung des Abkommens vom 22.7.1954 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, im folgenden zitiert als Revisionsabkommen, R. Korn und G. Dietz, Doppelbesteuerung - Sammlung der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland bestehenden Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung, München und Berlin o.J.

8) Art. VI Abs. 2 des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von

teilung an den stimmberechtigten Anteilen der ausschüttenden Gesellschaft nicht mehr Voraussetzung.

2) 25 Prozent Kapitalertragsteuer

Mit zu den wichtigsten Regelungen des Revisionsprotokolls gehören die Absätze drei und fünf des Artikels VI. Sie regeln die Bedingungen, unter denen die Dividenden der Tochtergesellschaft dem erhöhten Kapitalertragsteuersatz von 25 Prozent unterliegen.

Eine höhere Kapitalertragsteuer wurde bereits seit Jahren vom Bundesfinanzministerium angestrebt, doch konnte sie erst 1965 nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen unter den folgenden einschränkenden Bedingungen¹⁾ durchgesetzt werden:

- (1) Die Kapitalgesellschaft in den USA muß mit mindestens 10 v.H. der stimmberechtigten Anteile an der Kapitalgesellschaft in der Bundesrepublik unmittelbar beteiligt sein.

- (2) Die Dividenden müssen als reinvestiert gelten.

Dividenden gelten als reinvestiert, wenn es möglich ist, den Ausschüttungen Zuführungen an die dividendenausschüttende Kapitalgesellschaft gegenüberzustellen, die innerhalb eines Dreijahreszeitraumes von der beteiligten Kapitalgesellschaft in den USA mittelbar oder unmittelbar vorgenommen worden sind²⁾.

Die Gegenüberstellung geschieht so: Zuerst werden die Dividenden mit den Zuführungen des Kalenderjahres verrechnet, welches dem Jahr der Dividendenausschüttung vorangegangen ist, danach mit den Zuführungen des Kalenderjahres, in dem die Ausschüttungen stattgefunden haben, und schließlich mit den Zuführungen des Kalenderjahres, welches dem der Ausschüttung gefolgt ist³⁾.

Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen vom 22. Juli 1954, R. Korn und G. Dietz, a.a.O.

- 1) Art. VI Abs. 3 des Doppelbesteuerungsabkommens in der Fassung des Revisionsabkommens.
- 2) Art. VI Abs. 5 des Doppelbesteuerungsabkommens in der Fassung des Revisionsabkommens.
- 3) ebenda.

Zweierlei muß außerdem beachtet werden:

(1) Zuführungen eines Jahres, die 7,5 Prozent der Dividenden desselben Jahres nicht überschreiten, scheiden für eine Verrechnung aus. Es handelt sich um eine Freigrenze, nicht um einen Freibetrag.

(2) Verrechenbare Zuführungen können nur einmal die 25 %ige Kapitalertragsteuer für entsprechend hohe Dividenden auslösen.

Das folgende Zahlenbeispiel veranschaulicht die Berechnung der Kapitalertragsteuer.

3. Zahlenbeispiel für die Ermittlung der Kapitalertragsteuer

Welche Ausschüttungen unterliegen der 15 %igen und welche der 25 %igen Kapitalertragsteuer unter den angenommenen Bedingungen der Spalten (2) und (3)?

Tabelle 2: Zahlenbeispiel für die Ermittlung der Kapitalertragsteuer

Jahr	Dividende	Kapital- zufüh- rung	Kapitalertrag- steuerpflichtige Dividenden		Erläute- rungen
			15 %	25 %	
	i. 1000 DM	i. 1000 DM	i. 1000 DM	i. 1000 DM	
1	2	3	4	5	6
1966	-	10	-	-	(1)
1967	110	40	-	110	(2)
1968	200	200	20	180	(3)
1969	20	40	20	-	(4)
1970	80	5	60	20	(5)
1971	150	20	100	50	(6)
1972	-	50	-	-	(7)

Erläuterungen:

Es wird davon ausgegangen, daß 1965 und 1973 keine Ausschüttungen und Zuführungen erfolgen.

(1) und (7) 1966 und 1972 erfolgen keine Ausschüttungen, so daß auch keine Kapitalertragsteuer anfällt.

(2) Für eine Verrechnung der Dividenden von 1967 kommen die Zuführungen der drei Jahre 1966, 1967 und

1968 in Frage, da sie jeweils die 7,5 %ige Freigrenze übersteigen. 10.000 DM Dividenden aus 1967 werden mit den Zuführungen des davorliegenden Jahres, 40.000 DM Ausschüttungen mit den Zuführungen desselben Jahres und die übriggebliebenen 60.000 DM mit den Reinvestitionen des nachfolgenden Jahres verrechnet. Folglich unterliegen die gesamten Dividenden in Höhe von 110.000 DM der 25 %igen KapEST.

(3) Der Teilbetrag der Dividenden des Jahres 1968 in Höhe von 140.000 DM wird mit den noch nicht verrechneten Zuführungen desselben Jahres von 140.000 DM verrechnet und 40.000 DM der Ausschüttungen mit den Dividenden des nachfolgenden Jahres 1969, so daß insgesamt 180.000 DM der Dividenden der 25 %igen und 20.000 DM der 15 %igen KapEST unterliegen. Eine Gegenüberstellung der Ausschüttungen von 1968 mit den Zuführungen des davorliegenden Jahres 1967 scheidet aus, da diese bereits voll mit den Ausschüttungen von 1967 verrechnet worden sind.

(4) Da die Zuführungen der Jahre 1968 und 1969 verrechnungsmäßig verbraucht sind, könnten die Dividenden von 1969 nur noch mit den Zuführungen des Jahres 1970 verrechnet werden. Diese bleiben aber unterhalb der Freigrenze, d.h. sie übersteigen nicht 7,5 % der Dividenden desselben Jahres (1970), so daß sie für eine Verrechnung ausscheiden. Folglich werden die gesamten Dividenden von 1969 nur mit 15 % KapEST belastet.

(5) 20.000 DM der Ausschüttungen des Jahres 1970 werden mit den Zuführungen des nachfolgenden Jahres 1971 verrechnet und deshalb mit 25 % KapEST belastet, 60.000 DM der Dividenden bleiben verrechnungsfrei und unterliegen dem niedrigeren KapEST-Satz.

(6) 50.000 DM der Dividenden von 1971 werden den Reinvestitionen von 1972 gegenübergestellt und mit 25 % KapEST belastet. 100.000 DM der Ausschüttungen können nicht mit entsprechenden Zuführungen verrechnet werden und unterliegen dem 15 %igen KapEST-Satz.

II. Amerikanische Körperschaftsteuer

a) Körperschaftsteuersatz und Steuerbemessungs- grundlage

Die Steuerbemessungsgrundlage, nach der sich die Höhe der US-Körperschaftsteuer richtet, welche die amerikanische Muttergesellschaft zahlen muß, umfaßt nach dem Prinzip der Besteuerung des Welteinkommens auch die Dividenden, die sie von ihrer Tochtergesellschaft in der Bundesrepublik erhält¹⁾. Sie umschließt ebenfalls seit dem Steuerreformgesetz 1962, sofern die Muttergesellschaft eine Beteiligung von mindestens 10 % der stimmberechtigten Anteile besitzt und sich für die Anrechnungsmethode entscheidet, den "gross-up"-Betrag²⁾. Dieser Betrag setzt sich aus ausländischen Ertragsteuern zusammen, die den Dividenden nach einer bestimmten Formel zugerechnet werden.

Das steuerpflichtige Einkommen der US-Muttergesellschaft unterliegt zwei Arten der Körperschaftsteuer: der Normalsteuer ("normal tax"), die 22 % des steuerpflichtigen Gewinns beträgt, und der Übersteuer ("surtax"), die in Höhe von 26 % zusätzlich auf Gewinne von über 25.000 \$ erhoben wird³⁾. In der Regel sind die Dividenden der Tochtergesellschaft bei der US-Muttergesellschaft Teil eines so hohen Einkommens, daß sich die KSt-Ermäßigung auf die ersten 25.000 \$ so gut wie überhaupt nicht auf die prozentuale Durchschnittsbelastung auswirkt. Deshalb wird in den folgenden Betrachtungen nur von dem 48 %igen KSt-Satz ausgegangen⁴⁾.

- 1) Sections 61ff. I.R.C.; Art. XV Abs. 1 des Doppelbesteuerungsabkommens in der Fassung des Revisionsabkommens; E.A. Owens, The Foreign Tax Credit, Cambridge 1961, S. 2.
- 2) Vgl. R.H. Newmark, "Gross-up" of Foreign Dividends, in: Management Accounting, Januar 1966, S. 47ff. Der "gross-up"-Betrag entspricht in seiner Höhe dem "indirect foreign tax credit", vgl. S. 27f.
- 3) Section 11 I.R.C.
- 4) Diese Vereinfachung wird sowohl in der amerikanischen als auch in der deutschen Literatur vorgenommen, vgl. u.a. H.M. Schneider und P.H. Lengemann, Optimal Dividend Distribution by German Companies to Their U.S. Parent Corporations, in: Management Accounting, Februar 1967, S. 15; H. Hofmann, a.a.O., S. 673ff.

b) Berücksichtigung ausländischer Steuern

1) Kürzungs- und Anrechnungsmethode

Um die doppelte Besteuerung der Dividenden aus der Bundesrepublik zu vermeiden, kann die US-Muttergesellschaft zwischen der Kürzungs- und der Anrechnungsmethode wählen, und zwar jährlich ohne Bindung für die Zukunft. Bei der Kürzungsmethode wird die Steuerbemessungsgrundlage um die von der Muttergesellschaft zu zahlenden ausländischen Steuern gekürzt¹⁾. Bei der Anrechnungsmethode werden ausländische Ertragsteuern auf die US-KSt-Schuld als Gutschrift angerechnet²⁾.

Grundsätzlich ist die Anrechnungsmethode für den Steuerpflichtigen günstiger³⁾, so daß die folgende Betrachtung sich auf sie beschränkt.

2) "Foreign Tax Credit"

2a) Zusammensetzung und Berechnung des "Foreign Tax Credit"

Die ausländische Steuergutschrift, der "foreign tax credit", der Betrag also, der von der US-KSt-Schuld abgezogen werden kann, setzt sich aus zwei Teilen zusammen: dem "direct foreign tax credit"⁴⁾ und dem "indirect foreign tax credit"⁵⁾.

Der "direct foreign tax credit" entspricht in seiner Höhe der Kapitalertragsteuer.

1) Section 164 I.R.C.

2) Sections 901ff. I.R.C.

3) Vgl. R.H. Newmark, a.a.O., S. 50; E.A. Owens, a.a.O., S. 3; J. Strobl, Zur Auslegung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens durch amerikanische Stellen, insbesondere die Anrechnung der deutschen Gewerbesteuer auf die US-Steuerschuld, in: Steuer und Wirtschaft, 37. Jg. (1960), Sp. 274.

4) Section 901 I.R.C.

5) Section 902 I.R.C. - Damit der "indirect foreign tax credit" geltend gemacht werden kann, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Bei dem Steuerpflichtigen muß es sich um eine "domestic corporation" handeln, diese muß mit mindestens 10 v.H. am stimmberechtigten Grund- oder Stammkapital der Kapitalgesellschaft in der Bundesrepublik beteiligt sein. Beide Voraussetzungen treffen für die vorliegende Untersuchung zu.

Der "indirect foreign tax credit" ist aus Section 902 (a) I.R.C. ableitbar, wo unterstellt wird, daß die US-Muttergesellschaft die anteilig auf die Dividenden entfallenden Ertragsteuern gezahlt hat. Im Falle der Bundesrepublik handelt es sich dabei um die Körperschaft- und Gewerbebeertragsteuer¹⁾. Formelmäßig ist der "indirect foreign tax credit" so zu errechnen^{2) 3)}:

$$(18) \quad \begin{array}{l} \text{"indirect fo-} \\ \text{reign tax} \\ \text{credit"} \end{array} = \frac{\text{Ausschüttungen} \times (\text{KSt} + \text{GewEST})}{\text{Bezugsgewinn} \cdot / \cdot (\text{KSt} + \text{GewEST})} \cdot$$

- 1) Vgl. A.J. Rädler, Steueränderungen durch das Steuergesetz 1962 der USA, in: IWB, Fach 8 USA Gruppe 2, S. 73. - Die Frage, welche ausländischen Steuerarten der US-Muttergesellschaft zugerechnet werden können, ist nicht immer einfach zu entscheiden. So war zum Beispiel lange Zeit strittig, ob die Gewerbebeertragsteuer bei der Berechnung des "indirect foreign tax credit" mitberücksichtigt werden konnte, vgl. dazu J. Strobl, a.a.O., Sp. 273ff. Grundsätzliche Ausführungen zu dieser Frage sind zu finden bei E.A. Owens, a.a.O., S. 4 und S. 26ff.
- 2) Vgl. R.H. Newmark, a.a.O., S. 51; H. Debatin, Wettbewerbsstellung der amerikanischen Konzerne, a.a.O., S. 288.
- 3) Die Höhe des Bezugsgewinnes ist problematisch, da sie übereinstimmen muß mit dem, was in den USA unter "accumulated profits" zu verstehen ist. Die "accumulated profits" stellen einen Gewinn dar, der nach amerikanischen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften ermittelt wird, vgl. J. Strobl, a.a.O., Sp. 277ff.; M.A. Chirelstein, L. Day, E.A. Owens, Taxation in the United States, World Tax Series, Harvard Law School, Chicago 1963, S. 1015. Da diese Vorschriften von den deutschen verschieden sind, können sich Abweichungen ergeben. Um die Darstellung nicht noch mehr zu komplizieren, wird von einer solchen Möglichkeit abgesehen. So wird auch in den übrigen Untersuchungen verfahren, vgl. u.a. H. Debatin, Wettbewerbsstellung der amerikanischen Konzerne, a.a.O., S. 284ff.; H. Hofmann, a.a.O., S. 673ff.; R. Kraushaar, a.a.O., S. 78. Diese Vereinfachung ist zumindestens teilweise dadurch gerechtfertigt, daß sich in der Praxis wegfallende deutsche und mögliche amerikanische Steuervorteile ausgleichen können. - Erst seit dem amerikanischen Steuerreformgesetz 1962 wurden vom Bezugsgewinn bzw. den "accumulated profits" die KSt und GewEST abgezogen. Davor bildete den Divisor der Bezugsgewinn vor Abzug dieser Steuern, vgl. H. Debatin, Wettbewerbsstellung der amerikanischen Konzerne, a.a.O., S. 288f.

Das Ergebnis ist auch für die Ermittlung der US-KSt-Bemessungsgrundlage bedeutsam, da der "indirect foreign tax credit" gleichzeitig den auf die Dividenden aufzustockenden "gross-up"-Betrag darstellt.

21) Begrenzung des in einem Jahr anrechenbaren
"Foreign Tax Credit"

Beansprucht die US-Muttergesellschaft in einem bestimmten Jahr einen "foreign tax credit", ist es möglich, daß er nicht in voller Höhe ihre US-KSt-Schuld mindert, da für seinen Abzug Anrechnungsgrenzen bestehen: die "per-country limitation" und die "over-all limitation".

Solange sich der Steuerpflichtige nicht für die "over-all limitation" entschieden hat, wird die "per-country limitation" angewandt. Ist die "over-all limitation" jedoch gewählt worden, gilt sie für alle folgenden Jahre. Jeder Wechsel ist nur noch mit Zustimmung der Finanzverwaltung möglich¹⁾.

Wie die beiden Anrechnungsgrenzen ermittelt werden, wann welche vorzuziehen ist, wird im folgenden dargestellt.

21a) "Per-Country Limitation"

Die US-Muttergesellschaft kann bei der "per-country limitation" den "foreign tax credit" eines bestimmten Staates in der Höhe mit US-KSt verrechnen, in der US-KSt auf die empfangenen Dividenden zuzüglich des "gross-up"-Betrages anfällt²⁾. Mit folgender Formel läßt sich die Anrechnungsgrenze errechnen³⁾:

1) Section 904 (b) I.R.C.; vgl. E.A. Owens, a.a.O., S. 595; M.A. Chirelstein, L. Day, E.A. Owens, a.a.O., S. 1019.

2) Section 904 (a) I.R.C.

3) Vgl. E.A. Owens, a.a.O., S. 6; A.J. Rädler, Wichtige Änderungen im Außensteuerrecht der USA im Jahre 1960, in: IWB, Fach 8 USA Gruppe 2, S. 54.

$$(19) \quad \begin{array}{l} \text{Anrechnungsgren-} \\ \text{ze des "foreign} \\ \text{tax credit" eines} \\ \text{Staates auf die} \\ \text{US-KSt ("per-} \\ \text{country limi-} \\ \text{tation") } \end{array} = \frac{\begin{array}{l} \text{Steuerpflichti-} \\ \text{ges Einkommen} \\ \text{aus diesem aus-} \\ \text{ländischen Staat} \\ \text{Steuerpflichti-} \\ \text{ges Gesamtein-} \\ \text{kommen} \end{array}}{\begin{array}{l} \text{US-KSt auf} \\ \text{steuer-} \\ \text{pflichtiges} \\ \text{Gesamtein-} \\ \text{kommen} \end{array}} \times$$

Bezieht die Muttergesellschaft aus verschiedenen Ländern Dividenden, wird die Anrechnungsgrenze für jedes Land getrennt ermittelt.

Die ermittelte Anrechnungsgrenze eines Jahres gilt für die Summe aller ausländischen Steuern, die in diesem Jahr an einen Staat gezahlt oder als anrechnungsfähig anerkannt worden sind¹⁾. Sie wird für jede anrechnungsfähige Steuer also nicht getrennt ermittelt. Außerdem ist zu beachten, die drei Zahlen, mit deren Hilfe die Anrechnungsgrenze festgelegt wird, beziehen sich alle auf dasselbe Jahr, nämlich auf das, in dem die Steuergutschrift beansprucht wird²⁾.

Werden Dividenden aus mehreren Jahren zusammen in einem Jahr ausgeschüttet, wird die Anrechnungsgrenze nicht für den "foreign tax credit" jedes Jahres gesondert berechnet, sondern nur einmal für das Jahr, in dem die gesamten Dividenden der US-KSt unterliegen³⁾. Dadurch ist es möglich, daß sich Über- und Unterdeckungen des "foreign tax credit" in bezug auf die jeweilige Anrechnungsgrenze ausgleichen und ein Verlust der ausländischen Steuergutschrift vermieden wird.

Das nachfolgende Beispiel⁴⁾ veranschaulicht, wie über die zeitliche Beeinflussung der Dividendenausschüttung die Anrechnungsgrenze vergrößert werden kann.

1) Vgl. E.A. Owens, a.a.O., S. 203f.

2) ebenda, S. 202f.

3) ebenda, S. 204ff. und S. 269f.

4) Es gelten diese Annahmen: $G_B = 100.000 \text{ M}$, $G_K = 90.000 \text{ M}$, $\text{GewEst} = 10.000 \text{ M}$, $\text{KapEst-Satz} = 15 \%$.
Zu der Ermittlung der Zahlen vgl. im Anhang:
1. Die Ermittlung der Zahlen der Tabelle 3.

Tabelle 3: Vergrößerung der Anrechnungsgrenze durch zeitliche Zusammenfassung der Dividendenausschüttung

Jahr	Bezugs- gewinn in DM	Dividen- den in DM	"foreign tax cre- dit" in DM	Anrechnungsgrenze in DM bei Dividen- denausschüttung	
				in 1961 u. 1962	nur in 1962
1	2	3	4	5	6
1960	100.000	10.000	12.464	10.062	53.898
1961	100.000	60.000	40.324	43.836	

Werden die aus den Gewinnen der Jahre 1960 und 1961 vorgesehenen Dividenden getrennt jeweils in dem darauffolgenden Jahr ausgeschüttet, ergibt sich: 1961 geht eine Gutschrift von 2.402 DM verloren, da in dieser Höhe der "foreign tax credit" die Anrechnungsgrenze übersteigt, 1962 wird sie dagegen um 3.512 DM von der ausländischen Steuergutschrift unterschritten. Werden die Dividenden beider Jahre 1962 ausgeschüttet, kann die Summe des "foreign tax credit" in voller Höhe von 52.788 DM auf US-KSt gutgeschrieben werden, da die für sie geltende Anrechnungsgrenze 53.898 DM beträgt.

211) "Over-All Limitation"

Bei der Ermittlung der "over-all limitation" werden die Einkünfte aus allen ausländischen Staaten zusammenge-rechnet. Die auf diesen Gesamtbetrag anfallende US-KSt gibt die Grenze an, bis zu der die Summe der ausländischen Steuergutschriften in dem betreffenden Jahr auf die US-KSt-Schuld angerechnet werden kann¹⁾.

Die "over-all limitation" kann mit Hilfe der folgenden Formel errechnet werden²⁾:

$$\begin{array}{lcl}
 \text{Anrechnungsgrenze} & & \text{Steuerpflichtiges} \\
 \text{für die Steuergut-} & & \text{Einkommen aus al-} \\
 \text{schriften aller aus-} & & \text{len ausländischen} \\
 \text{(20)ländischen Staaten} & = & \text{Staaten} \\
 \text{("over-all limita-} & & \text{Steuerpflichtiges} \\
 \text{tion")} & & \text{Gesamteinkommen}
 \end{array} \times \begin{array}{l} \text{US-KSt} \\ \text{auf steu-} \\ \text{erpflich-} \\ \text{tiges Ge-} \\ \text{samtein-} \\ \text{kommen} \end{array}$$

1) Section 904 (a) I.R.C.

2) Vgl. E.A. Owens, a.a.O., S. 8; A.J. Rädler, Wichtige Änderungen im Außensteuerrecht der USA im Jahre 1960, a.a.O., 54; M.A. Chirelstein, L. Day, E.A. Owens, a.a.O., S. 1019.

Bei der Berechnung wird also so verfahren, wie wenn Einkünfte und Steuergutschriften der verschiedenen Staaten nur aus einem Lande stammen.

212) Vor- und Nachteil der "Per-Country Limitation" gegenüber der "Over-All Limitation"

Unter welchen Umständen ist die "per-country limitation" vorteilhaft und unter welchen die "over-all limitation"¹⁾?

Die "per-country-limitation" empfiehlt sich, wenn der Gesellschaft in den USA aus den einzelnen ausländischen Staaten, in denen sie tätig ist, Gewinne und Verluste zugerechnet werden²⁾. Warum, zeigt das folgende Beispiel. In einem Jahr entstehen der Muttergesellschaft im Lande A Gewinne in Höhe von 100.000 \$, in den Ländern B und C Verluste von je 30.000 und 70.000 \$, der "foreign tax credit" des Landes A beträgt 50.000 \$. Gilt die "over-all limitation", müssen die positiven und negativen Einkünfte zusammengezählt werden. Ihre Summe ist null, so daß sich daraus eine Anrechnungsgrenze von ebenfalls null ergibt. Folglich kann die Steuergutschrift von 50.000 \$ in dem betreffenden Jahr nicht angerechnet werden.

Die US-Muttergesellschaft wird die "over-all limitation" wählen, wenn sie Einkünfte aus mindestens zwei Staaten bezieht, in denen die Steuersätze nach oben und unten vom US-KSt-Satz abweichen³⁾. In einem solchen Fall gleichen sich die Steuergutschriften, welche die Anrechnungsgrenze überschreiten, mit jenen aus, die sie unterschreiten. Das folgende Beispiel verdeutlicht es.

-
- 1) Ausführliche Einzelheiten zu dieser Frage vgl. bei E.A. Owens, a.a.O., S. 602ff.
 - 2) Vgl. A.J. Rädler, Wichtige Änderungen im Außensteuerrecht der USA im Jahre 1960, a.a.O., S. 56.
 - 3) Vgl. A.J. Rädler, Wichtige Änderungen im Außensteuerrecht der USA im Jahre 1960, a.a.O., S. 55.

Tabelle 4: Vergrößerung der Anrechnungsgrenze durch die Wahl der "over-all limitation" (Angaben in 1.000 \$)

Länder	A	B	C
Dividenden der Tochtergesellschaft	100	400	300
"foreign tax credit"	60	120	180
"per-country limitation" ("p.-c. l.")	48	192	144
Unter- (./.) und Überschreiten (+) der Grenzen bei der "p.-c. l."	+ 12	./.. 72	+ 36
"over-all limitation" ("o.-a. l.")	384		
Unter- (./.) oder Überschreiten (+) d. Grenze bei der "o.-a. l."	./.. 24		

Gilt die "per-country limitation", ist ein "foreign tax credit" von 48.000 \$ in dem betreffenden Jahr nicht anrechenbar (Summe der überschießenden Steuergutschriften der Länder A und B über die für sie geltenden Anrechnungsgrenzen), andererseits wird die Anrechnungsgrenze für die Steuergutschrift aus Land B um 72.000 \$ unterschritten.

Gilt die "over-all limitation", ergibt sich eine Anrechnungsgrenze für die Summe der Steuergutschriften aus den drei Ländern von 384.000 \$, so daß die gesamte Summe der drei Steuergutschriften in Höhe von 360.000 \$ die US-KSt kürzt.

22) "Carry-Over Process"

Nach Section 904 (d) und (e) I.R.C. kann der "foreign tax credit", soweit er die Anrechnungsgrenze eines Jahres überschreitet, die in ihrer Höhe mit der anfallenden US-KSt übereinstimmt, mit Anrechnungsgrenzen der zwei davorliegenden und der fünf folgenden Jahre verrechnet werden, die noch nicht in den betreffenden Jahren voll ausgenutzt worden sind.

Die Verrechnung einer "excess tax"¹⁾ (Überschuß des "foreign tax credit" über die Anrechnungsgrenze) mit einer "excess limitation"²⁾ (Überschuß der Anrechnungsgrenze über den "foreign tax credit") muß in folgender Reihenfolge vorgenommen werden: Zuerst wird die "excess tax" eines Jahres mit der "excess limitation" des zweiten vorangegangenen Jahres, dann mit der des ersten vorangegangenen Jahres verrechnet, anschließend mit der "excess limitation" des ersten folgenden Jahres, des zweiten folgenden Jahres usw. bis zum fünften folgenden Jahr.

Dieser "carry-over process" kann bei der "per-country limitation" und bei der "over-all limitation" angewandt werden. Bei einem Wechsel zwischen den Anrechnungsgrenzen ist jedoch zu beachten: Es ist nicht möglich, eine "excess tax", die bei der Anwendung der einen Grenze entstanden ist, mit einer "excess limitation" auszugleichen, die bei der Benutzung der anderen Grenze errechnet worden ist³⁾.

Das folgende Beispiel veranschaulicht den "carry-over process".

Tabelle 5: Verrechnung überschüssiger Steuergutschriften mit überschüssigen Anrechnungsgrenzen

Jahr	Anrechnungsgrenze in 1000 \$	"foreign tax credit" in 1000 \$	"excess limitation" in 1000 \$	"excess tax" in 1000 \$	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
1958	500	400	100	-	(1)
1959	750	550	200	-	(2)
1960	400	800	-	400	(3)
1961	300	300	-	-	(4)
1962	600	520	80	-	(5)
1963	300	400	-	100	(6)
1964	500	300	200	-	(7)
1965	320	400	-	80	(8)

1) Vgl. E.A. Owens, a.a.O., S. 7.

2) ebenda.

3) Section 904 (e) (2) I.R.C.

Erläuterungen

- (1) und (2) 1958 überschreitet die Anrechnungsgrenze die ausländische Steuergutschrift um 100.000 \$, 1959 um 200.000 \$, so daß in Höhe von 300.000 \$ Verrechnungsmöglichkeiten mit überschüssigen Steuergutschriften der folgenden Jahre vorhanden sind.
- (3) Die "excess tax" beträgt 400.000 \$. 100.000 \$ dieser Summe werden zuerst mit der "excess limitation" von 1958 und dann 200.000 \$ mit der des Jahres 1959 verrechnet, so daß nur ein "foreign tax credit" von 100.000 \$ übrigbleibt, der Ende 1960 noch nicht auf US-KSt gutgeschrieben worden ist.
- (4) "Excess limitation" und "excess tax" gleichen sich in ihrer Höhe aus.
- (5) Die in 1962 entstehende "excess limitation" in Höhe von 80.000 \$ wird ausgenutzt durch einen entsprechend hohen Vortrag der "excess tax" aus 1960.
- (6) 1963 entsteht eine "excess tax" von 100.000 \$, so daß am Ende dieses Jahres - einschließlich des noch nicht gutgeschriebenen "foreign tax credit" von 20.000 \$ aus 1960 - eine Steuergutschrift von 120.000 \$ zur Verrechnung aussteht.
- (7) Zuerst werden die 20.000 \$ "excess tax" aus 1960, dann die 100.000 \$ aus 1963 mit der "excess limitation" von 200.000 \$ verrechnet.
- (8) 1965 entsteht eine "excess tax" von 80.000 \$. Sie wird verrechnet mit der "excess limitation" des Jahres 1964, die in dieser Höhe noch vorhanden ist.
- 23) Einfluß des Ausschüttungsdatums auf die Höhe und das Jahr der Anrechenbarkeit des "Foreign Tax Credit"

Wird ein Zeitraum betrachtet, der aus mehreren Jahren besteht, wobei die Höhe der Gewinne und der Ausschüttungen feststehen, kann durch die Wahl des Ausschüttungszeitpunktes zweierlei beeinflußt werden: das Jahr, in dem der "foreign tax credit" auf die US-KSt anrechenbar ist und die Höhe des "foreign tax credit" selbst.

Der "foreign tax credit" ist grundsätzlich in dem Jahr auf die US-KSt anrechenbar, in dem die Dividenden der Muttergesellschaft zufließen^{1) 2)}.

Die Höhe des "direct foreign tax credit" (Kapitalertragsteuer) ist, soweit es sich um die 15 %ige Belastung handelt, durch Ausschüttungsverschiebungen nicht beeinflussbar, wohl aber soweit es den KapEst-Aufschlag bis zu 10 %, bedingt durch entsprechende Zuführungen, betrifft. Diese mögliche Beeinflussbarkeit wird aber hier nicht erörtert, da sie sich sachlich in einen anderen Zusammenhang besser einordnen läßt³⁾.

Die Höhe des "indirect foreign tax credit" hängt davon ab, den Gewinnen welcher Jahre die ausgeschütteten Dividenden von der US-Finanzverwaltung zugerechnet werden. Nach Section 902 (c) (1) I.R.C. gilt folgende Regelung, sofern der Finanzverwaltung nicht etwas anderes überzeugend nachgewiesen wird⁴⁾.

(1) Dividenden, die während der ersten 60 Tage eines Kalenderjahres der Muttergesellschaft zufließen, gelten aus dem Gewinn des Vorjahres stammend. Erfolgt die Auszahlung nach der Zweimonatsfrist, wird unterstellt, die Dividenden sind aus dem Gewinn des Auszahlungsjahres ausgeschüttet worden.

(2) Übersteigen die Dividenden die "accumulated profits", den Bezugsgewinn nach Abzug der Körperschaft-

1) Vgl. E.A. Owens, a.a.O., S. 12 und S. 337ff.; M.A. Chirelstein, L. Day, E.A. Owens, a.a.O., S. 1024f.

2) Von dieser grundsätzlichen Regelung, die vor allem auf größere Gesellschaften zutrifft, wie sie hier im Blickfeld stehen, gibt es eine Ausnahme: Kleine Gesellschaften, die ihren steuerpflichtigen Gewinn auf Grund der "cash basis" (Sections 446ff. I.R.C.) ermitteln, können den "direct foreign tax credit", die Kapitalertragsteuer, in dem Jahr von der US-KSt abziehen, in dem die Steuer an die deutsche Finanzverwaltung gezahlt worden ist, unabhängig vom Jahr des Dividendenzuflusses. Wegen der geringen praktischen Bedeutung bleibt diese Ausnahmeregelung aber im folgenden unberücksichtigt.

3) Vgl. die Ausführungen auf S. 62ff.

4) Vgl. E.A. Owens, a.a.O., S. 102ff.; R.H. Newmark, a.a.O., S. 52.

und Gewerbeertragsteuer, wird angenommen, der überschüssige Betrag stammt aus den Gewinnen der am kürzesten zurückliegenden Jahre. Es gilt also das Lifo-Prinzip¹⁾.

Das folgende einfache Beispiel verdeutlicht die Ausführungen²⁾.

Es wird von diesen Daten ausgegangen (Angaben in 1.000 DM):

Jahr	1964	1965
Gewinn vor Abzug der KSt und GewEST	1.100	660
KSt	330	306
GewEST	100	60
KapEST	75	-
Gewinn nach Abzug der KSt und GewEST	670	294
Dividenden	500	-

Tabelle 6: Beeinflussung der Höhe und des Anrechnungszeitpunktes des "foreign tax credit" durch die Wahl des Ausschüttungsdatums³⁾ (Angaben in 1.000 DM)

Ausschüttungszeitraum der Dividenden	"foreign tax credit"	Zeitliche Anrechenbarkeit auf US-KSt		
		1964	1965	1966
1	2	3	4	5
1) bis 31.12.1964	395	395		
2) 1.1.65- 1.3.65	395		395	
3) 2.3.65-31.12.65	573		573	
4) 1.1.66- 1.3.66	573			573

Werden die Dividenden 1964 oder innerhalb der ersten 60 Tage des folgenden Jahres ausgeschüttet, werden sie aus dem Gewinn des Jahres 1964 als ausgeschüttet betrachtet, so daß allein die Zahlen dieses Jahres für die Berechnung des "foreign tax credit" maßgebend sind.

Erfolgt die Ausschüttung dagegen vom 2.3.65 bis 31.12.65 oder in den ersten 60 Tagen des Jahres 1966, wird von der

- 1) Vgl. R.H. Newmark, a.a.O., S. 52.
- 2) Das im Beispiel angewandte Verfahren zur Errechnung des "indirect foreign tax credit" ist durch die Praxis bestätigt worden, vgl. Brief von H. Mellicke, Bonn, vom 2.8.1968.
- 3) Vgl. im Anhang: 2. Die Ermittlung der Zahlen der Tabelle 6.

US-Finanzverwaltung angenommen: 294.000 von den insgesamt 500.000 M Dividenden rühren aus dem Gewinn des Jahres 1965 und der Rest von 206.000 M aus dem Gewinn des davorliegenden Jahres. Unter Zugrundelegung dieser Dividendenzurechnung und der angegebenen Daten ergibt sich für 1964 ein "indirect foreign tax credit" in Höhe von 132.000 und für 1965 einer in Höhe von 366.000 M, hinzukommen 75.000 M als "direct foreign tax credit", so daß der "foreign tax credit" insgesamt 573.000 M beträgt.

Die Jahre, welche für die Berechnung des "indirect foreign tax credit" maßgebend sind, decken sich nicht immer mit jenen, die für die Anrechnung ausschlaggebend sind. So spielt es für die Anrechnung des "foreign tax credit" auf die US-KSt keine Rolle, in welchen Jahren die der US-Muttergesellschaft zugerechneten Ertragsteuerlasten entstanden sind. Allein entscheidend ist das Jahr der Dividendenauszahlung.

Zusammengefaßt kann aus dem Beispiel der Schluß gezogen werden: Durch eine geschickte Wahl des Ausschüttungszeitpunktes können steuerliche Vorteile erzielt werden. Aus der Praxis ist bekannt, daß diese Möglichkeit genutzt wird¹⁾.

III. Formeln zur Berechnung der gesamten Ertragsteuerbelastung

Die gesamte Ertragsteuerbelastung des US-Konzerns setzt sich zusammen aus den deutschen Steuern (KSt, GewEST, KapEST) und der US-Körperschaftsteuer, sofern der "foreign tax credit" kleiner als diese Steuer ist.

Daraus ergibt sich der Ansatz:

$$(21) \text{ EGB}_a = [\text{KSt}_B + \text{GewEST} + \text{KapEST}] + [\text{KSt}_U - (\text{B}_g + \text{KapEST})].$$

Es gilt die Bedingung:

$(\text{B}_g + \text{KapEST}) \leq \text{KSt}_U$, d.h. der "foreign tax credit" ("gross-up"-Betrag - abgekürzt B_g - und die Kapitalertrag-

1) Vgl. R. Kraushaar, a.a.O., S. 84.

steuer) kann nur mit einem Betrag angesetzt werden, der gleich der US-Körperschaftsteuer oder kleiner als diese ist, denn sonst würde der "foreign tax credit" sich auch auf die deutsche Steuerlast auswirken.

Ausführlicher lautet die Formel, wobei A_r die Abkürzung für reinvestierte Ausschüttungen darstellt:

$$\begin{aligned}
 (22) \text{ EGB}_a = & \underbrace{\left[0,5737 G_B - 0,36 A + 0,15 (A - A_r) + 0,25 A_r \right]}_{\text{deutsche Steuern}} \\
 & + \underbrace{\left[0,48 \left(A + \frac{A(\text{GewEST} + \text{KSt})}{G_B - \text{GewEST} - \text{KSt}} \right) \right]}_{\text{US-KSt vor Abzug des "foreign tax credit"}} \\
 & - \underbrace{\left[0,15 (A - A_r) + 0,25 A_r + \frac{A(\text{GewEST} + \text{KSt})}{G_B - \text{GewEST} - \text{KSt}} \right]}_{\text{"foreign tax credit"}}.
 \end{aligned}$$

Wird diese Formel vereinfacht, ergibt sich:

$$\begin{aligned}
 (23) \text{ EGB}_a = & \underbrace{(0,5737 G_B - 0,21 A + 0,10 A_r)}_{\text{deutsche Steuern}} \\
 & + \underbrace{(0,33 A - 0,52 \frac{A(\text{GewEST} + \text{KSt})}{G_B - \text{GewEST} - \text{KSt}} - 0,10 A_r)}_{\text{US-KSt nach Abzug des "foreign tax credit"}}.
 \end{aligned}$$

Formel (23) gilt unter der Bedingung:

$$(0,33 A - 0,52 \frac{A(\text{GewEST} + \text{KSt})}{G_B - \text{GewEST} - \text{KSt}} - 0,10 A_r) \geq 0.$$

Wird der linke Klammerausdruck negativ, ist "excess tax" entstanden. Sie beeinflusst die ertragsteuerliche Gesamtbelastung desselben Jahres nicht, es sei denn im Rahmen der "over-all limitation".

$$(24) \text{ EGB}_p = \text{EGB}_a \frac{100}{G_B}.$$

DRITTES KAPITEL: DIE MODELLANALYSE

Die ertragsteuerliche Wettbewerbslage hängt, wie bereits ausgeführt worden ist, von den prozentualen Belastungsunterschieden ab, die sich ergeben, wenn die Steuerlasten der Steuerbelastungseinheiten miteinander verglichen werden. Ausschlaggebend für die Ergebnisse sind Gewinnverwendung und Länge des Betrachtungszeitraumes. Hieraus ergibt sich das weitere Vorgehen.

Zuerst wird von einem einjährigen Betrachtungszeitraum ausgegangen. Unter diesem Gesichtspunkt gilt einmal die Prämisse, die Gewinne verlassen nicht die Steuerbelastungseinheiten. Dabei ist es unerheblich, ob Gewinnverschiebungen von der Tochter- an die Muttergesellschaft und zurück stattfinden. Entscheidend ist nur, daß der Gewinn der Steuerbelastungseinheit zur Verfügung steht. Zum anderen wird der Fall untersucht, daß die Gewinne in unterschiedlicher Höhe an die Anteilsinhaber der Einzelkapitalgesellschaft sowie an die der Muttergesellschaften ausgeschüttet werden. Anschließend wird geprüft, welche Veränderungen sich ergeben, wenn - wie es den praktischen Gegebenheiten entspricht - von einem mehrjährigen Betrachtungszeitraum ausgegangen wird.

A. Prämissen

Die Prämissen können in solche eingeteilt werden, die in der Modellanalyse unverändert bleiben, und in jene, die variiert werden.

Unveränderliche Annahmen

Steuerbelastungseinheiten:	amerikanischer Konzern
	deutscher Konzern (Schachtelprivileg)
	deutsche Einzelkapitalgesellschaft

Gewinn der Einzelkapital-	Bezugsgewinn: 100.000.000 DM
gesellschaft bzw. der	körperschaftsteuerpflichtiger
Tochtergesellschaften:	Gewinn: 87.000.000 DM

Steuerarten und	KSt der BRD: 15 %, 51 %
Steuersätze:	Nachsteuer: 36 %
	Kapitalertragsteuer: 15%, 25%
	Gewerbeertragsteuer: 13 %
	des Bezugsgewinnes
	KSt der USA: 48 %

Veränderliche Annahmen

Gewinnverwendung:	Einmal wird der körperschaftsteuerpflichtige Gewinn in den Steuerbelastungseinheiten thesauriert, wobei dies Gewinnverlagerungen innerhalb der Konzerne mit einschließt, zum anderen wird er in unterschiedlicher Höhe an die Gesellschafter der Einzelkapitalgesellschaft und an die der Muttergesellschaften ausgeschüttet.
-------------------	---

Betrachtungszeitraum:	einjährig
	mehrfährig

Anrechnungsgrenze:	"per-country limitation"
	"over-all limitation"

Es werden drei Fälle unterschieden. Für sie gelten im einzelnen die folgenden variablen Annahmen.

Fall 1: Es wird von einem einjährigen Betrachtungszeitraum ausgegangen. Die "per-country limitation" kommt zur Anwendung. Die Einzelkapitalgesellschaft thesauriert zu 100 % den körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn. Die Muttergesellschaft des deutschen Konzerns nimmt ebenfalls keine Ausschüttungen vor, so daß die empfangenen Schachteldividenden voll der Nachsteuer unterworfen werden¹⁾. Die US-

¹⁾ Wenn unterstellt wird, daß die deutsche Tochtergesellschaft überhaupt keine Ausschüttungen an ihre Mutter-

Tochtergesellschaft schüttet an ihre Muttergesellschaft bis zu 100 % des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns aus, die jeweiligen Dividenden werden zu 0 %, 25 %, 50 %, 75 % und 100 % zurückgeführt, wobei die Zuführungen so vorgenommen werden, daß sie die höhere Kapitalertragsteuer auslösen. Der Betrag, der die Zuführungen übersteigt, bleibt bei der Muttergesellschaft.

Fall 2: Auch hier umfaßt der Betrachtungszeitraum nur ein Jahr, es gilt die "per-country limitation". Hinsichtlich der Gewinnverwendung wird angenommen: Die Einzelkapitalgesellschaft schüttet bis zu 100 % ihres körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns aus. Die Muttergesellschaft des US-Konzerns empfängt von ihrer Tochtergesellschaft bis zu 100 % des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns, den sie jeweils an ihre Gesellschafter weiterleitet. Dies gilt auch für die Muttergesellschaft des deutschen Konzerns, dabei sind die jeweiligen Dividenden in unterschiedlicher Höhe nachsteuerpflichtig (0 %; 41,67 %; 50 %; 75 %; 82,45 %; 100 %).

Fall 3: Es gelten die Prämissen des Falles 1 und 2 mit zwei Änderungen. Einmal umfaßt der Betrachtungszeitraum mehrere Jahre, zum anderen wird neben der "per-country limitation" auch die "over-all limitation" mit in die Betrachtung einbezogen.

B. Belastungsdifferenzen bei einem einjährigen Betrachtungszeitraum (Fall 1 und 2)

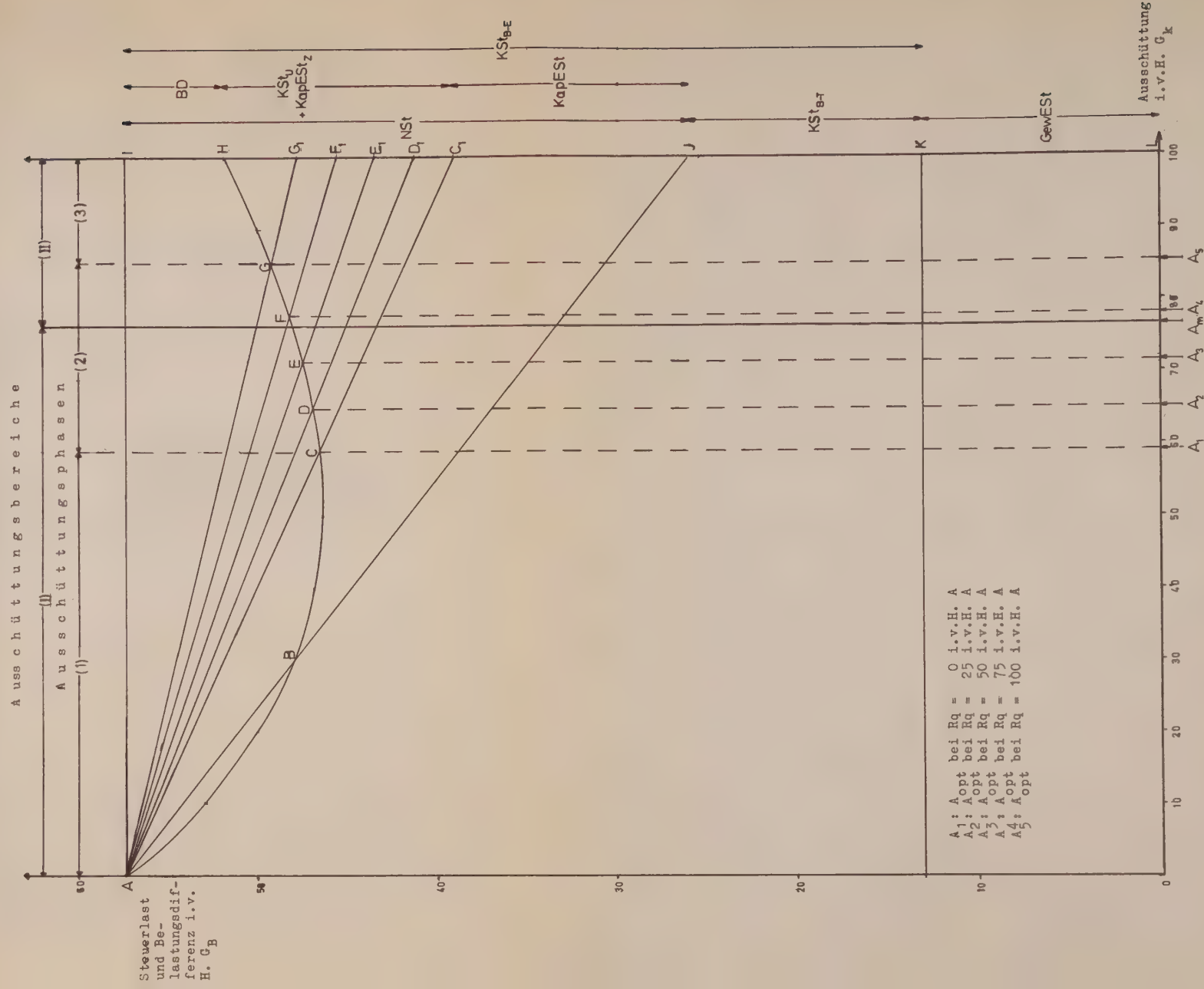
I. Volle Gewinnthesaurierung der Steuerbelastungseinheiten (Fall 1)

a) Erläuterung des Kurvendiagramms 1

Das Kurvendiagramm zeigt unter der Annahme der vollen Gewinnthesaurierung der Steuerbelastungseinheiten und bei Variation der Reinvestitionsquoten der Ausschüttungen für

gesellschaft vornimmt, ändert das nichts an der Höhe der steuerlichen Gesamtbelastung des deutschen Konzerns, da in diesem Fall statt Nachsteuer Körperschaftsteuer anfällt.

KURVENDIAGRAMM 1: ERTRAGSTEUERLASTEN UND BELASTUNGSDIFFERENZEN BEI VOLLER GEWINN-
THESAURIERUNG DER STEUERBELASTUNGSEINHEITEN (Fall 1)



die Ausschüttungsbereiche I und II zweierlei: (1) Die Höhe der Belastungsdifferenzen zwischen dem US-Konzern auf der einen Seite und dem deutschen Konzern bzw. der deutschen Einzelkapitalgesellschaft auf der anderen Seite. (2) Die Zusammensetzung der Steuerlasten aus den einzelnen Steuerarten.

Die Belastung der Einzelkapitalgesellschaft besteht aus der Gewerbeertragsteuer in Höhe von 13 % (KL)¹⁾ und der Körperschaftsteuer in Höhe von 44,37 % (IK), so daß die Gesamtbelastung stets 57,37 % (IL) ausmacht. Genauso hoch ist auch die Steuergesamtlast des deutschen Konzerns. Nur die Zusammensetzung ist anders: 13 % Gewerbeertragsteuer (KL), zu der mit zunehmender Ausschüttung eine sinkende Körperschaftsteuer von 44,37 % bis 13,05 % (JK) sowie eine steigende Nachsteuer von 0 % bis 31,32 % (IJ) hinzukommt.

Die Belastung des US-Konzerns besteht aus einer Grundbelastung und gegebenenfalls - je nach Ausschüttung und Reinvestitionsquote - aus einem Kapitalertragsteuer-Zuschlag und der amerikanischen Körperschaftsteuer. Die Grundbelastung setzt sich aus drei Steuern zusammen: der 13 %igen Gewerbeertragsteuer (KL), der Körperschaftsteuer, die je nach Ausschüttungshöhe 44,37 bis 13,05 % (JK) beträgt, sowie der 15 %igen Kapitalertragsteuer (C₁J).

Beträgt die Reinvestitionsquote 0 % der Ausschüttung, gibt die Kurve ACH die Gesamtbelastung des US-Konzerns an, wobei das Minimum bei der Ausschüttung A₁ (59,21 %) liegt. Wird die ertragsteuerlich optimale Ausschüttung überschritten, tritt zu der Grundbelastung US-Körperschaftsteuer hinzu, und zwar in einer Höhe, die jeweils durch das Lot von der Kurve CH auf die Gerade CC₁ feststellbar ist.

1) Angegebene Prozentsätze beziehen sich auf den Bezugsge-
winn (G_B), sofern es sich um folgende Größen handelt:
Steuerlasten, Belastungsdifferenzen, Überschüsse des
"foreign tax credit" über die Anrechnungsgrenze ("excess
taxes") und Überschüsse der Anrechnungsgrenze über den
"foreign tax credit" ("excess limitations"). Werden Aus-
schüttungen in Prozentsätzen angegeben, beziehen diese
sich stets auf den körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn
(G_k), bei prozentualen Angaben von Reinvestitionsquoten
bzw. Zuführungen der US-Muttergesellschaft an ihre Toch-
tergesellschaft ist die Bezugsgrundlage die entsprechen-
de Ausschüttung.

Bei einer Reinvestitionsquote von 25 % der Ausschüttung wird die Ertragsteuerlast durch die Kurve ADH dargestellt, bei A_2 (65,13 %) liegt die steuerlich optimale Ausschüttung. Die Gesamtbelastung setzt sich zusammen aus der Grundbelastung, dem Kapitalertragsteuer-Zuschlag in Höhe von $D_1 C_1$ sowie der US-Körperschaftsteuer, die allerdings erst anfällt, wenn über A_2 hinausgegangen wird. Die Höhe der amerikanischen Körperschaftsteuer ist ablesbar am Lot von der Kurve DH auf die Gerade DD_1 .

Für den Fall, daß jeweils 50 % der Ausschüttung der Tochtergesellschaft ihr wieder zugeführt werden, zeigt die Kurve AEH die ertragsteuerliche Gesamtbelastung, deren Minimum bei A_3 (71,43 %) liegt. Zur Grundbelastung tritt der Kapitalertragsteuer-Zuschlag $E_1 C_1$ hinzu sowie von A_3 ab US-Körperschaftsteuer, deren Höhe feststellbar ist durch das Lot von der Kurve EH auf die Gerade EE_1 .

Die Kurve AFH zeigt die Steuerbelastung für die 75 %ige Reinvestitionsquote. Die ertragsteuerlich optimale Ausschüttung liegt bei A_4 (78,12 %). Die Gesamtbelastung besteht neben der Grundbelastung aus dem Kapitalertragsteuer-Zuschlag $F_1 C_1$ sowie von A_4 ab aus der US-Körperschaftsteuer, deren Höhe das Lot von FH auf die Gerade FF_1 angibt.

Werden schließlich die gesamten Dividenden reinvestiert ($R_q = 100$ %), zeigt die Kurve AGH die Gesamtbelastung. Bei A_5 (85,26 %) liegt die Minimumbelastung. Die Gesamtbelastung setzt sich aus der Grundbelastung, dem Kapitalertragsteuer-Zuschlag $G_1 C_1$ sowie - von A_5 ab - der US-Körperschaftsteuer zusammen, deren Höhe ablesbar ist am Lot von GH auf GG_1 .

Die Belastungsdifferenzen zwischen den deutschen Steuerbelastungseinheiten und dem US-Konzern sind feststellbar, wenn von der Geraden AJ das Lot auf die einzelnen Steuerbelastungskurven des US-Konzerns (ACH, ADH, AEH, AFH, AGH) gefällt wird.

Um den unterschiedlichen Einfluß der verschieden hohen Reinvestitionsquoten auf die Gesamtbelastung besser er-

kennen zu können, sind die Ausschüttungsbereiche I und II in die Ausschüttungsphasen (1), (2) und (3) unterteilt worden.

Aus dem Kurvendiagramm geht auch hervor, was für den mehrjährigen Betrachtungszeitraum bedeutsam ist, wie hoch bei jeder Ausschüttungshöhe und den einzelnen Reinvestitionsquoten die "excess tax" bzw. die "excess limitation" ist. Die "excess limitation" entspricht betragsmäßig der anfallenden US-Körperschaftsteuer. Wie hoch diese bei den verschiedenen Reinvestitionsquoten ist, wurde bereits erläutert. Die "excess tax" ist für die verschiedenen Reinvestitionsquoten feststellbar, wenn von den folgenden Geraden auf die folgenden Kurven das Lot gefällt wird: von AG auf ABG bei $R_q = 100\%$, von AF auf ABF bei $R_q = 75\%$, von AE auf ABE bei $R_q = 50\%$, von AD auf ABD bei $R_q = 25\%$ und von AC auf ABC bei $R_q = 0\%$.

b) Ergebnisse

(1) Schüttet die US-Tochtergesellschaft keine Dividenden aus, beträgt ihre ertragsteuerliche Gesamtbelastung 57,37%, so daß gegenüber den deutschen Steuerbelastungseinheiten keine Belastungsdifferenzen entstehen.

(2) Werden Ausschüttungen an die US-Muttergesellschaft vorgenommen, hat der US-Konzern stets niedrigere Steuerlasten als die deutschen Kapitalgesellschaften zu tragen. In welchem Umfang dies der Fall ist, hängt von der Ausschüttungshöhe und der Reinvestitionsquote ab. Gleich wie hoch die reinvestierte Dividende in den Ausschüttungsbereichen I und II ist, stets steigt der Belastungsunterschied bis zu einer bestimmten Ausschüttung an, wird diese überschritten, nimmt er ab.

(3) Für jede Reinvestitionsquote gibt es eine Ausschüttungshöhe (A_{opt}), bei der die Ertragsteuerbelastung minimal und die Belastungsdifferenz dementsprechend maximal ist. Wie hoch die optimalen Ausschüttungen für die verschiedenen Reinvestitionsquoten sind, zeigt Tabelle 7.

Tabelle 7: Die optimalen Ausschüttungshöhen für verschieden hohe Reinvestitionsquoten 1)

Rq i.v.H.A	0	25	50	75	100
A _{opt} i.v.H.G _k	59,21	65,13	71,43	78,12	85,26

Quelle: Tabelle 14 im Anhang

Je höher also die Reinvestitionsquote ist, um so höher liegt die optimale Ausschüttung.

(4) Tabelle 8 enthält für die Entwicklung der Minderbelastung kennzeichnende Angaben.

Tabelle 8: Ertragsteuerlasten und Belastungsdifferenzen für verschiedene Ausschüttungen

A	EGB _B	EGB _U	BD Sp. 2 ./. 3
i.v.H.G _k	i.v.H.G _B	i.v.H.G _B	i.v.H.G _B
1	2	3	4
0	57,37	57,37	0
59,21 (A _{opt} für Rq _{opt} = 0 i.v.H. A)	57,37	46,55	10,82
65,13 (A _{opt} für Rq _{opt} = 25 i.v.H. A)	57,37	46,89	18,48
71,43 (A _{opt} für Rq _{opt} = 50 i.v.H. A)	57,37	47,43	9,94
78,12 (A _{opt} für Rq _{opt} = 75 i.v.H. A)	57,37	48,20	9,17
85,26 (A _{opt} für Rq _{opt} = 100 i.v.H.A)	57,37	49,21	8,16
100	57,37	51,87	5,50

Quelle: Tabelle 14 im Anhang

1) Vgl. im Anhang: 5. Die Ermittlung der optimalen Ausschüttungshöhen.

Die Belastungskurven des US-Konzerns beginnen bei einer Steuerlast von 57,37 % (BD = 0 %) und enden bei einer von 51,87 % (BD = 5,5 %). Mit zunehmender Reinvestitionsquote steigt die ertragsteuerliche Minimumbelastung an und nimmt die Belastungsdifferenz entsprechend ab. Bei der Reinvestitionsquote von 0 % und der dazugehörigen optimalen Ausschüttung von 59,21 % liegt das absolute Minimum der Ertragsteuerbelastung in Höhe von 46,55 % und somit die höchste Belastungsdifferenz von 10,82 %.

(5) Eine bestimmte prozentuale Rückführung der jeweiligen Ausschüttung wirkt sich auf die Ertragsteuerlast des US-Konzerns je nach Ausschüttungsphase unterschiedlich aus. Folgende Aussagen lassen sich aus dem Kurvendiagramm herauslesen.

Ausschüttungsphase (1): $0 \text{ v.H. } G_k \leq A \leq 59,21 \text{ v.H. } G_k$

Phase (1) beginnt bei der Ausschüttung von 0 % und endet bei der für die Reinvestitionsquote von 0 % optimalen Ausschüttung. In dieser Phase bewirkt, wie auch aus Tab. 9 hervorgeht, eine steigende Reinvestitionsquote eine Zunahme der Ertragsteuerbelastung und damit eine Abnahme der Minderbelastung, wobei die Zunahme um so größer ausfällt, je höher die Ausschüttung ist.

Tabelle 9: Auswirkung einer Zunahme der Reinvestitionsquote und der Ausschüttung auf die Ertragsteuerbelastung in der Ausschüttungsphase (1)

Rq i.v.H. A	EGB _U	
	A i.v.H. G_k 30	A i.v.H. G_k 59,21
0	51,89	46,55
25	52,54	47,84
50	53,19	49,13
75	53,85	50,42
100	54,50	51,70

Quelle: Tabelle 14 im Anhang

Ausschüttungsphase (2): $59,21 \text{ v.H. } G_k < A \leq 85,26 \text{ v.H. } G_k$

Diese Phase beginnt also nach der optimalen Ausschüttung für die Reinvestitionsquote von 0 % und endet bei der optimalen Ausschüttung für die Reinvestitionsquote von

100 %, so daß innerhalb dieser Ausschüttungsphase alle optimalen Ausschüttungshöhen für Wiederzuführungen an die Tochtergesellschaft bis zu einer Höhe von 100 % liegen.

In der Phase (2) wirkt sich eine Wiederzuführung auf die Ertragsteuerlast unterschiedlich aus¹⁾. Zuerst führt sie zu einer Mehrbelastung im Vergleich zu dem Fall, daß auf eine kapitalertragsteuererhöhende Zuführung verzichtet wird, allerdings nimmt sie mit steigender Ausschüttung ab. Ist jene Ausschüttung erreicht, die für die betreffende Reinvestitionsquote optimal ist, entfällt sogar ein ertragsteuererhöhender Einfluß. Tabelle 10 veranschaulicht diese Aussage.

So wird beispielsweise bei der Ausschüttung von 65,13 % durch die 75 %ige Rückführung der Dividende eine Mehrbelastung von 2,83 % ausgelöst, diese sinkt auf 1,55 % bei einer Ausschüttung von 71,43 % und beträgt von der Ausschüttung in Höhe von 78,12 % (A_{opt} bei $R_q = 75\%$) an aufwärts 0 %.

Tabelle 10: Auswirkung einer Reinvestitionsquote von 50 % und 75 % bei zunehmender Ausschüttung auf die Ertragsteuerbelastung in der Ausschüttungsphase (2)

A i.v.H. G_k	EGB _U i.v.H. G_B für $R_q = 0$ i.v.H.A	EGB _U i.v.H. G_B für $R_q = 50$ i.v.H.A	EGB _U i.v.H. G_B für $R_q = 75$ i.v.H.A	Mehrbelastung gegenüber Sp. 2	
				$R_q = 50$	$R_q = 75$
				i.v.H.A Sp.3./2	i.v.H.A Sp.4./2
1	2	3	4	5	6
65,13	46,89	48,30	49,72	1,41	2,83
71,43	47,43	47,43	48,98	0,00	1,55
76,56	48,00	48,00	48,38	0,00	0,38
78,12	48,19	48,19	48,19	0,00	0,00
80,00	48,44	48,44	48,44	0,00	0,00
85,26	49,21	49,21	49,21	0,00	0,00

Quelle: Tabelle 14 im Anhang

1) Eine Ausnahme von dieser Aussage gilt nur für die Wiederzuführung von 100 % der Ausschüttung an die Tochtergesellschaft. Bei ihr entsteht in der Ausschüttungsphase (2), von der Ausschüttung in Höhe von 85,26 % abgesehen, stets eine Mehrbelastung gegenüber einer Wiederzuführung von null Prozent.

Aus allem läßt sich die für das Thema wichtige Erkenntnis ableiten: Innerhalb der Ausschüttungsphase (2) ist es möglich, bei jeder Ausschüttung Reinvestitionen vorzunehmen, die sich innerhalb eines bestimmten Zuführungsspielraumes bewegen, ohne daß dadurch die gesamte Ertragsteuerlast größer wäre als bei einer Reinvestitionsquote von 0 %¹⁾. Der Umfang des Zuführungsspielraumes richtet sich dabei nach der Höhe der Ausschüttung. Je größer diese ist, um so höher liegt seine obere Grenze. So können beispielsweise bei einer Ausschüttung von 71,43 % Reinvestitionen bis zu 50 % der Dividende vorgenommen werden, bei einer Ausschüttung von 78,12 % sogar Zuführungen, die bis zu 75 % der Ausschüttung betragen, ohne daß eine Mehrbelastung entsteht.

Ausschüttungsphase (3): $85,26 \text{ v.H.G.}_K < A \leq 100 \text{ v.H.G.}_K$

In der Ausschüttungsphase (2) hängen die Reinvestitionen, die vorgenommen werden können, ohne daß sich die gesamte Ertragsteuerlast vergrößert, von der Höhe der Ausschüttung ab. Dies ist nicht so in der Ausschüttungsphase (3). Hier können die Ausschüttungen jeweils in voller Höhe zurückgeführt werden, ohne daß sich dies auf die gesamte Ertragsteuerbelastung auswirkt.

II. Gewinnausschüttung der Steuerbelastungseinheiten (Fall 2)

a) Erläuterung des Kurvendiagramms 2

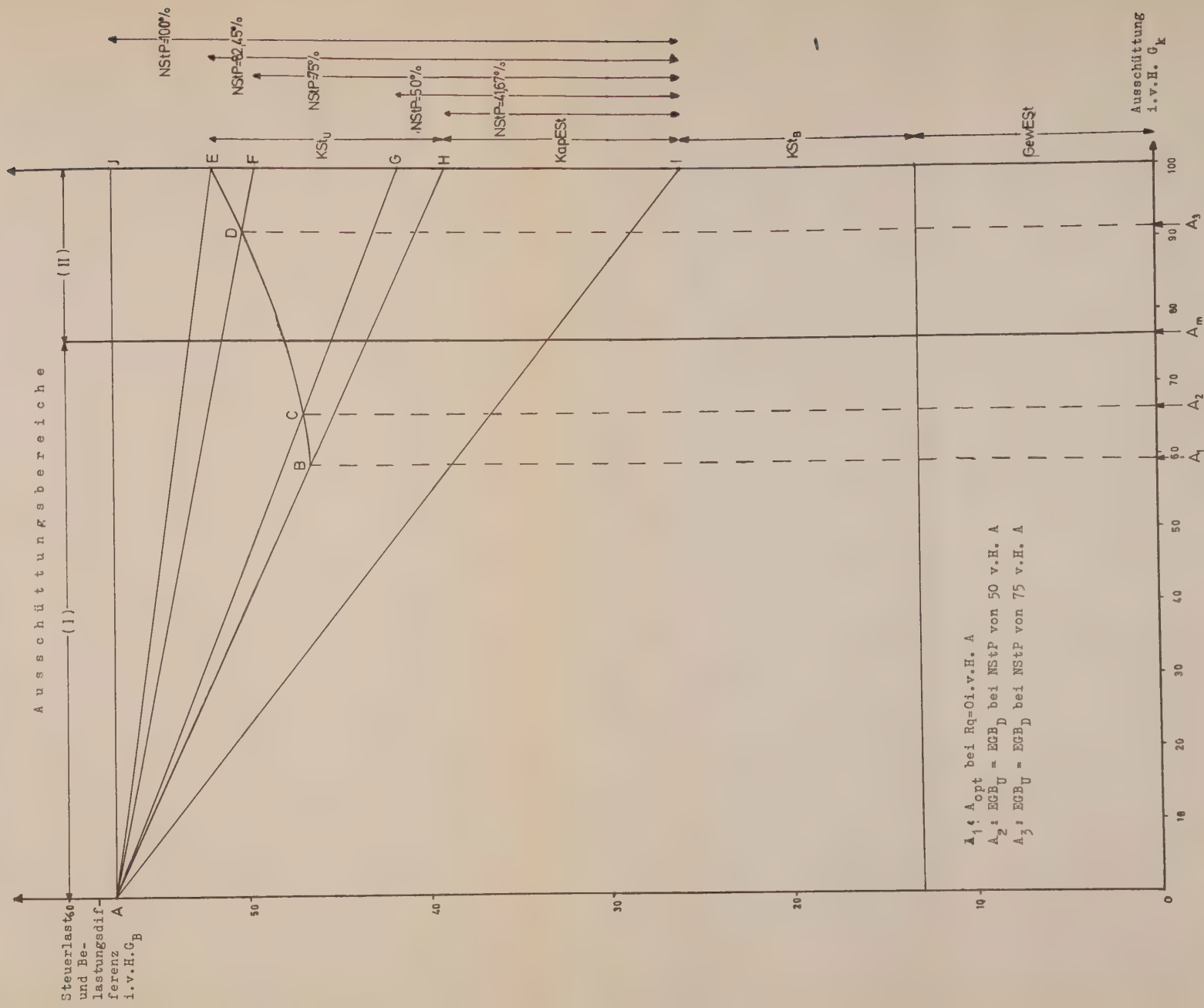
Das Kurvendiagramm zeigt Höhe und Zusammensetzung der Ertragsteuerlasten der drei Steuerbelastungseinheiten sowie die sich daraus ergebenden Belastungsdifferenzen.

Die Belastung der Einzelkapitalgesellschaft wird durch die Gerade AI wiedergegeben. Sie setzt sich aus Gewerbeertrag- und Körperschaftsteuer zusammen.

Die Steuerlast des deutschen Konzerns ist ablesbar - je nachdem in welchem Umfang die Schachteldividenden nach-

1) Diese Einsicht ist für die Ausführungen über die Neuregelung der Dividendenbesteuerung und ihre Auswirkung auf die Ertragsteuerbelastung höchst bedeutsam.

KURVENDIAGRAMM 2: ERTRAGSTEUERLASTEN UND BELASTUNGSDIFFERENZEN BEI GEWINNAUSSCHÜTTUNG DER STEUERBELASTUNGSEINHEITEN (Fall 2)



steuerpflichtig sind - von den Geraden AI (NStP = 0 %), AH (NStP = 41,67 %), AG (NStP = 50 %), AF (NStP = 75 %), AE (NStP = 82,45 %) und schließlich AJ (NStP = 100 %).

Die Belastung besteht aus der Steuerlast der Einzelkapitalgesellschaft zuzüglich der entsprechenden Nachsteuer.

Die Kurve ABE zeigt die Belastung des US-Konzerns. Sie entspricht in ihrer Höhe, da es in den USA keinen gespaltenen KSt-Satz gibt, der Belastungskurve ACH im Kurvendiagramm 1. Die Gesamtsteuerlast ist aufteilbar in Gewerbebeertrag- und deutsche Körperschaftsteuer, in Kapitalertragsteuer und - von A₁ ab - in amerikanische Körperschaftsteuer.

Die Belastungsunterschiede zwischen dem US-Konzern und der deutschen Einzelkapitalgesellschaft sind feststellbar, wenn von der Kurve ABE das Lot auf die Gerade AI gefällt wird.

Die Belastungsdifferenzen zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Konzern ergeben sich aus dem senkrechten Abstand der Kurve ABE einerseits und den Geraden AJ, AE, AF, AG, AH und AI andererseits.

b) Ergebnisse

(1) Steuerbelastungsvergleich zwischen US-Konzern und Einzelkapitalgesellschaft

Hinsichtlich der Höhe der Steuerlasten des US-Konzerns kann auf die Ausführungen verwiesen werden, die zur Kurve ACH des Kurvendiagramms 1 gemacht worden sind. Die Belastung der Einzelkapitalgesellschaft sinkt von 57,37 % bei der Ausschüttung von 0 % linear bis auf 33,39 % bei der Ausschüttung von 76,56 % und dann weiter bis auf 26,05 % bei der Ausschüttung von 100 % des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns.

Aus dem Vergleich der Belastungskurven ABE und AI ergibt sich deshalb: Der US-Konzern ist bei jeder Ausschüttung höher als die Einzelkapitalgesellschaft belastet, und zwar in einem um so größeren Umfange, je höher die Ausschüttung ist. Besonders nach Überschreiten der steuerlich

optimalen Ausschüttung A_1 in Höhe von 59,21 % nimmt die Mehrbelastung durch das Hinzutreten der US-Körperschaftsteuer stark zu. Während sie bei A_1 7,73 % ausmacht, beträgt sie am Ende des Ausschüttungsbereiches (I) 14,61 % und am Ende des Ausschüttungsbereiches (II) sogar 25,82 %.

(2) Steuerbelastungsvergleich zwischen dem amerikanischen und deutschen Konzern

Um die Belastungsdifferenzen besser erläutern zu können, werden drei Nachsteuerbereiche gebildet, die sich in der Höhe unterscheiden, in der die jeweiligen Dividenden nachsteuerpflichtig sind.

Nachsteuerbereich 1: 100 v.H. $A \geq \text{NStP} > 82,45 \text{ v.H. } A$

Fällt die Belastung der Schachteldividenden mit Nachsteuer in diesen Bereich, ist der deutsche Konzern bei jeder Ausschüttung seiner Tochtergesellschaft höher als der amerikanische belastet, wobei die Mehrbelastung mit steigender Ausschüttung bis A_1 ansteigt und sich danach verringert.

Nachsteuerbereich 2: $82,45 \text{ v.H. } A \geq \text{NStP} > 41,67 \text{ v.H. } A$

Sind 82,45 % der jeweiligen Schachtelausschüttungen nachsteuerpflichtig, stimmt die Belastung des US-Konzerns nur bei der Ausschüttung von 100 % des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns mit der Steuerlast des deutschen Konzerns überein. Bei einer geringeren Nachsteuerpflicht ergibt sich folgendes: Es entsteht sowohl eine Mehr- als auch eine Minderbelastung des deutschen Konzerns. Bei einer von 0 % ansteigenden Ausschüttung entsteht zuerst eine Mehrbelastung der deutschen Steuerbelastungseinheit, die ihr Maximum stets bei A_1 hat. Wird A_1 überschritten, verringert sich die Mehrbelastung bis auf 0 %.

Bei einer Nachsteuerpflicht von 50 % jeder Ausschüttung ist A_2 diejenige Ausschüttung, bei der die Belastung der beiden Steuerbelastungseinheiten übereinstimmt, bei einer Nachsteuerpflicht von 75 % jeder Ausschüttung ist es A_3 . Werden die Ausschüttungshöhen überschritten, bei denen die miteinander zu vergleichenden Steuerlasten in ihrer Höhe übereinstimmen, entsteht eine ständig steigende Minderbelastung des deutschen Konzerns. Dabei ist zu beachten:

Je höher der nachsteuerpflichtige Anteil der Ausschüttung ist, um so umfangreicher ist der Ausschüttungsbereich, in dem der deutsche Konzern höhere Steuerlasten zu tragen hat als der amerikanische, dementsprechend ist der Bereich um so kleiner, in dem die deutsche Steuerbelastungseinheit eine geringere Steuerlast zu tragen hat. Tabelle 11 veranschaulicht diese Aussagen.

Tabelle 11: Ertragsteuerlasten und Belastungsdifferenzen im Nachsteuerbereich 2

A	EGB des US-Konzerns	EGB des deutschen Konzerns		Mehr-(+) u. Minderbelastung (./.) gegenüber dem US-Konz.	
		NStP=75 i.v.H.A	NStP=50 i.v.H.A	Sp.3././2	Sp.4././2
i.v.H. G_K	i.v.H. G_B	i.v.H. G_B	i.v.H. G_B	i.v.H. G_B	i.v.H. G_B
1	2	3	4	5	6
0,00	57,37	57,37	57,37	0,00	0,00
50,00	48,24	53,46	49,54	+ 5,22	+ 1,30
59,21	46,55	52,73	48,10	+ 6,18	+ 1,55
66,36	46,98	52,17	46,98	+ 5,19	0,00
76,56	48,00	51,38	45,38	+ 3,38	././2,62
90,00	49,99	50,32	43,28	+ 0,33	././6,71
91,32	50,22	50,22	43,07	0,00	././7,15
100,00	51,87	49,54	41,71	././2,33	././10,16

Quelle: Tabelle 15 im Anhang. - Dort aufgeführte IM-Beträge sind hier zum Teil in Prozentsätzen angegeben.

Nachsteuerbereich 3: 41,67 v.H. A $\geq$ NStP $\geq$ 0 v.H. A

Bei einer 41,67 %igen Nachsteuerpflicht entspricht die Belastung des deutschen Konzerns bis A_1 derjenigen des US-Konzerns, bei höheren Ausschüttungen entsteht eine steigende Mehrbelastung der amerikanischen Steuerbelastungseinheit, die bei einer 100 %igen Ausschüttung 12,77 % ausmacht. Bei einer Nachsteuerpflicht, die unter 41,67 % der jeweiligen Dividende liegt, entsteht stets eine Minderbelastung des deutschen Konzerns, die mit zunehmender Ausschüttung ansteigt, dies besonders stark von A_1 ab. Werden 100 % des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns ausgeschüttet und entfällt die gesamte Nachsteuer, entsteht eine Mehrbelastung des US-Konzerns von 25,82 %.

C. Belastungsdifferenzen bei einem mehrjährigen Betrachtungszeitraum (Fall 3)

Um die Wirklichkeitsnähe des Modells zu vergrößern, wird von einem mehrjährigen Betrachtungszeitraum ausgegangen. Damit entsteht die Notwendigkeit, vor allem zu untersuchen, wie sich der "carry-over process" auf die Ertragsteuerlast des US-Konzerns auswirkt und somit gleichzeitig auf den Belastungsunterschied gegenüber den deutschen Steuerbelastungseinheiten.

Zuerst wird aufgezeigt, in welcher Höhe "excess tax" und "excess limitation" anfallen, wenn die Ausschüttung und die Reinvestitionsquote variiert werden. Anschließend wird geprüft, wie die Aussichten in der Praxis beschaffen sind, aus dem "carry-over process" Nutzen zu ziehen. Schließlich werden die ertragsteuerlichen Folgen für das Modell dargestellt.

I. Anfall von "Excess Tax" und "Excess Limitation" bei Variation der Ausschüttung und Reinvestitionsquote

Aus Kurvendiagramm 1 lassen sich folgende Aussagen ableiten:

- (1) Gleich wie hoch die Reinvestitionsquote ist, bei einer ansteigenden Ausschüttung von 0 bis zu 100 % ergibt sich zuerst "excess tax". Sie nimmt bis zu einem Maximum jeweils zu und verringert sich dann bis auf 0 %. Anschließend entsteht eine ständig wachsende "excess limitation".
- (2) Bei der optimalen Ausschüttungshöhe für die jeweilige Reinvestitionsquote fällt weder "excess tax" noch "excess limitation" an.
- (3) Je höher die Reinvestitionsquote ist, um so umfangreicher ist der Ausschüttungsbereich, in dem "excess tax" und um so kleiner derjenige, in dem "excess limitation" anfallen.
- (4) Mit steigender Reinvestitionsquote wächst bei entsprechenden Ausschüttungen die "excess tax" und sinkt die "excess limitation".

II. Der "Carry-Over Process" in der Praxis und seine ertragsteuerlichen Folgen

Folgende Gesichtspunkte sprechen dafür, daß in der Praxis die US-Muttergesellschaft oft erhebliche Vorteile aus dem "carry-over process" ziehen wird.

(1) Aus Kurvendiagramm 1 geht hervor, sowohl "excess tax" als auch "excess limitation" entstehen bei solchen Ausschüttungen, die für US-Tochtergesellschaften praxisnah sind, wie es auch die Angaben über die Dividenden der Ford-Werke AG und der Adam Opel AG bestätigen. Dadurch wird eine Verrechnung innerhalb mehrerer Jahre oft schon in solchen Fällen möglich sein, in denen die "per-country limitation" zur Anwendung kommt. Die Länge des Zeitraumes, in dem "excess tax" US-Körperschaftsteuer kürzt, begünstigt außerdem eine Verrechnung.

(2) US-Muttergesellschaften mit Tochtergesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland sind oft auch noch an Unternehmen in anderen Staaten beteiligt, so daß ihnen Einkünfte aus verschiedenen Ländern zufließen. In solchen Fällen werden sich die Muttergesellschaften häufig für die "over-all limitation" entscheiden. Mit ihr wachsen die Möglichkeiten, die aus der Beziehung zur Tochtergesellschaft in der Bundesrepublik entstandene "excess tax" und "excess limitation" auszunutzen¹⁾.

(3) Wie bereits erläutert, bestimmt das Ausschüttungsdatum nicht nur die zeitliche Anrechnungsmöglichkeit des "foreign tax credit", sondern beeinflusst auch noch die Höhe der Steuergutschrift selbst. Die hier im Blickfeld stehenden US-Muttergesellschaften besitzen in der Regel Mehrheits-

1) So schreibt O. Kahl (Dividendenplanung amerikanischer Muttergesellschaften, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 9. Jg. (1963), S. 171), der in seinem Aufsatz die "over-all limitation" nicht berücksichtigt: "Tatsache ist jedoch, daß durch die Steuerplanung der amerikanischen Muttergesellschaft das Bild der steuerlichen Belastung sich bei Anwendung der over-all limitation günstiger gestaltet als hier darstellt, allerdings zu Lasten des U.S.-Fiskus."

beteiligungen, so daß sie über den hiermit verbundenen Einfluß den Ausschüttungszeitpunkt so wählen können, daß die "excess tax" möglichst hoch ist und in solchen Jahren anfällt, die eine vollständige Verrechnung ermöglichen.

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang die Feststellung Kraushaars, daß aus der Praxis Fälle bekannt sind, in denen die zeitlichen Manipulationsmöglichkeiten "im Rahmen der Steuerplanung amerikanischer Muttergesellschaften eine ausschlaggebende Rolle spielen"¹⁾.

Welche ertragsteuerlichen Folgen ergeben sich aus diesen Aussagen?

Durch den "carry-over process" kann US-Körperschaftsteuer verringert oder ganz ausgeschaltet werden. Da nur von einer Ausschüttung von über 59,21 % US-Körperschaftsteuer anfällt, wirkt sich der "carry-over process" nur in den Ausschüttungsphasen (2) und (3) auf die Ertragsteuerlast aus.

Bei einjähriger Betrachtungsweise und unter Ausschluß des "carry-over process" liegen die niedrigsten Steuerlasten, die der US-Konzern bei einer Ausschüttung der Tochtergesellschaft von 59,21 % bis 100 % erreichen kann, auf dem Kurvenabschnitt CH (Kurvendiagramm 1) bzw. auf dem Kurvenabschnitt BE (Kurvendiagramm 2). Die entsprechenden Steuerlasten bewegen sich zwischen 46,55 % und 51,87 %, so daß also mit ansteigender Ausschüttung die jeweils niedrigstmögliche Steuerlast zunimmt.

Bei einer mehrjährigen Betrachtungsweise und unter den Annahmen, ein Kapitalertragsteuer-Zuschlag fällt nicht an, es ist genügend "excess tax" vorhanden, um US-Körperschaftsteuer zu vermeiden, liegen in den Ausschüttungsphasen (2) und (3) die niedrigsten Steuerlasten, die zu erreichen sind, auf dem Kurvenabschnitt CC₁ (Kurvendiagramm 1) bzw. BH (Kurvendiagramm 2). Das bedeutet, daß bei einer von 59,21 % bis 100 % zunehmenden Ausschüttung die Belastung von 46,55 % bis 39,1 % absinkt. Fällt ein Kapitalertragsteuer-Zuschlag an, erhöhen sich die niedrigsten Belastungen, die zu erreichen sind, entsprechend.

1) Vgl. R. Kraushaar, a.a.O., S. 84.

Wird von den niedrigstmöglichen Belastungskurven ACC₁ (Kurvendiagramm 1) und ABH (Kurvendiagramm 2) ausgegangen, lassen sich die folgenden Aussagen treffen.

(1) Wird die Belastung der deutschen Steuerbelastungseinheiten mit 57,37 % angesetzt (Fall 1), entsteht eine mit zunehmender Ausschüttung ansteigende Minderbelastung des US-Konzerns, die bei der 100 %igen Ausschüttung des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns ihr Maximum von 18,27 % erreicht.

(2) Wird Nachsteuerwegfall unterstellt (Fall 2), ist der deutsche Konzern immer dann höher belastet, wenn die Nachsteuerpflicht so hoch ist, daß Belastungen im Nachsteuerbereich 1 und 2 verwirklicht werden. Je höher die Nachsteuerpflicht und die Ausschüttung dabei sind, um so größer ist die Mehrbelastung des deutschen Konzerns. Erst wenn die Nachsteuerpflicht kleiner als 41,67 % der jeweiligen Ausschüttung ist, entstehen Minderbelastungen der deutschen Steuerbelastungseinheit, die sich mit Abnahme der Nachsteuerpflicht und Zunahme der Ausschüttung vergrößern.

(3) Wird angenommen, die Einzelkapitalgesellschaft schützt ihren Gewinn aus (Fall 2), verringert sich ihre Minderbelastung gegenüber dem US-Konzern von der 59,21 %igen Ausschüttung ab, und zwar in Höhe der US-Körperschaftsteuer, die mit "excess tax" verrechnet werden kann.

Zusammengefaßt kann festgestellt werden: Bei mehrjähriger Betrachtungsweise und unter Einbeziehung des "carry-over process", der "over-all limitation" sowie der Manipulationsmöglichkeiten hinsichtlich des Ausschüttungszeitpunktes werden US-Konzerne in der Regel in der Lage sein, die Steuerlasten einzelner Jahre nicht unerheblich zu drücken, wodurch die durchschnittliche Steuerlast eines mehrjährigen Zeitraumes sinkt.

VIERTES KAPITEL: AUSSCHÜTTUNGS- UND ZUFÜHRUNGSPOLITIK DER
FORD-WERKE AG UND DER ADAM OPEL AG IN
DEN JAHREN 1958 BIS 1966

Welche Ausschüttungen haben die US-Tochtergesellschaften in dem Betrachtungszeitraum¹⁾ vorgenommen? Können die Ergebnisse der Modellanalyse, nach denen sich hohe Dividenden als steuerlich günstig herausgestellt haben, durch die Praxis bestätigt werden? Ist der bei hohen Ausschüttungen eintretende Kapitalentzug durch Zuführungen ausgeglichen worden, so daß insgesamt das "Schütt'-aus-hol'-zurück-Verfahren" angewandt worden ist²⁾?

Bei dem Urteil über die Höhe der Ausschüttungsbeträge ist die Tatsache besonders bedeutsam: Der in den Handelsbilanzen der beiden US-Tochtergesellschaften ausgewiesene Jahresüberschuß stimmt größtenteils mit dem "wirklich erwirtschafteten Gewinn" überein, auf die Bildung stiller Reserven ist also grundsätzlich verzichtet worden, so daß sich auch Jahresüberschuß und Steuerbilanzgewinn weitgehend entsprechen³⁾.

-
- 1) 1958 ist deshalb als erstes Jahr des Betrachtungszeitraums gewählt worden, weil in ihm die deutschen KSt-Sätze geändert wurden und es damit für die US-Konzerne erstmals steuerlich reizvoll war, hohe Ausschüttungen vorzunehmen.
 - 2) Die Ausführungen zu diesen Fragen sind das Ergebnis der Auswertung der Zahlen zur Ausschüttungs- und Zuführungspolitik der Ford-Werke AG und der Adam Opel AG für die Jahre 1958 bis 1966, die im Anhang in den Tabellen 16 und 17 wiedergegeben worden sind.
 - 3) Vgl. R. Kraushaar, a.a.O., S. 102. - Bei den Besprechungen der Jahresabschlüsse haben die Vorstände des öfteren auf diese Bilanzierungspraxis hingewiesen, so betonte beispielsweise Vorstandsvorsitzender Stork der Adam Opel AG, als er den Jahresabschluß 1964 erläuterte, der Jahresüberschuß von 420 Mill. DM entspricht dem "wahren Reingewinn", stille Reserven sind nicht gelegt worden, vgl. o.V., Ein Rekordergebnis, in: Der Volkswirt, 19. Jg. (1965), S. 1922. - Diese Bilanzierungspraxis ist in den USA üblich. Dort stimmen grundsätzlich die Handelsbilanz und die mit der Steuererklärung abzugebende Bilanz überein, vgl. L. Leipoldt, a.a.O., S. 57; J. Harden, Kein Versteckspiel mit Gewinnen, in: Der Volkswirt, 19. Jg. (1965), S. 91.

A. Ford-Werke AG

I. Ausschüttungen

In jedem Jahr des Betrachtungszeitraumes - mit Ausnahme von 1958 - wurde der größte Teil des Jahresüberschusses ausgeschüttet. Wenn von 1965 abgesehen wird, lagen die Dividenden jeweils über 80 % des erwirtschafteten Gewinns. 1960 und 1961 wurde nicht nur der gesamte Jahresüberschuß ausgeschüttet, sondern darüber hinaus auch noch aufgelöste freie Rücklagen. Somit wurde der Jahresüberschuß in Höhe von 7,5 Mill. DM aus 1958 noch nachträglich ausgeschüttet, der in diesem Jahr in die freien Rücklagen überführt worden war. Dies war steuerlich am günstigsten, da 1958 noch ein steuerlicher Verlustvortrag bestand¹⁾. Die gesamten Ausschüttungen des Betrachtungszeitraumes betrugen 666 Mill. DM.

II. Zuführungen

Die Zuführungen der Muttergesellschaft sind in Form von langfristigen Darlehen erfolgt. Die Ford Motor Company in Dearborn verzichtete 1964 auf die Rückzahlung eines Darlehens in Höhe von 117,5 Mill. DM und 1965 auf eines in Höhe von 600 Mill. DM²⁾. In beiden Jahren erhöhte sich die Position Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen : 1964 um rund 149 und 1965 um rund 278 Mill. DM³⁾. Die Vermutung, daß es sich hierbei vorwiegend um langfristige Darlehen handelt, wird durch den Geschäftsbericht 1966 bestätigt. Nach dessen Angaben beinhaltet die Position Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen 1966 zu 89 % langfristige Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit bis zu 15 Jahren.

1) Vgl. Geschäftsbericht der Ford-Werke AG 1958, S. 10.

2) Diese Beträge wurden in die gesetzliche Rücklage eingestellt.

3) Die Zunahmen ergeben sich jeweils aus Veränderungen der Position Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen unter Berücksichtigung der Umbuchung der erlassenen Darlehen auf die gesetzliche Rücklage.

Werden den Ausschüttungen in Höhe von 666 Mill. DM die Gesellschaftserzuwendungen in Form der Darlehenserlasse von insgesamt 717,5 Mill. DM gegenübergestellt sowie die langfristigen Darlehen von 300 Mill. DM, so ergibt sich: Die Tochtergesellschaft hat über 150 % der Dividenden zurück- erhalten, und zwar zu über 100 % in Eigenkapitalform.

B. Adam Opel AG

I. Ausschüttungen

Wie bei den Ford-Werken AG ist auch bei der Adam Opel AG in jedem Jahr der größte Teil des Jahresüberschusses an die Muttergesellschaft, die General Motors Company in Detroit, ausgeschüttet worden. Die Dividenden betrugen in dem Betrachtungszeitraum insgesamt 1.472 Mill. DM.

II. Zuführungen

Bei einem weiteren Vergleich der Zahlen der beiden Automobilwerke fällt zweierlei auf: Im Gegensatz zu Ford ist das Grundkapital außer 1966 jährlich erhöht worden, die Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen sind dagegen verhältnismäßig gering. Die Zuführungen sind also überwiegend in Form von Kapitalerhöhungen erfolgt¹⁾.

Während des Betrachtungszeitraumes wurde das Kapital um insgesamt 550 Mill. DM erhöht. Werden die Zuführungen in Form von langfristigen Darlehen schätzungsweise mit 50 Mill. DM angesetzt, ergibt sich bei einer Gegenüberstellung, daß rund 40 % der Dividenden der Tochtergesellschaft wieder zugeführt worden sind, und zwar überwiegend als Eigenkapital.

C. Zusammenfassung

Die eingangs gestellten Fragen können so beantwortet werden: Beide Gesellschaften haben fast ausnahmslos in jedem

1) Der Grund für die unterschiedliche Zuführungspolitik könnte der sein: Die Adam Opel AG ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft, an den Ford-Werken AG sind jedoch noch zu rund 1 % freie Aktionäre beteiligt.

Jahr den größten Teil des erwirtschafteten Jahresüberschusses an ihre Muttergesellschaften ausgeschüttet. Mit Sicherheit hat dabei der Gesichtspunkt der KSt-Ersparnis eine wesentliche Rolle gespielt¹⁾. Die Ford-Tochtergesellschaft erhielt weit über 100 % der Dividenden von ihrer Muttergesellschaft zurück, so daß hier ein besonders zutreffendes Beispiel für die Anwendung des "Schütt-aus-hol'-zurück-Verfahrens" vorliegt. Bei der Adam Opel AG wurde es dagegen nur teilweise angewandt²⁾.

-
- 1) So wurde beispielsweise die KSt-Ersparnis der Ford-Werke AG durch die vorgenommene Gewinnverwendung vom Vorstand mit 34 Mill. DM beziffert, vgl. o. V., Der neue 12 M schlug ein, in: Der Volkswirt, 18. Jg. (1964), S. 415; O. Kahl, a.a.O., S. 170.
 - 2) Ein Grund für die geringeren Zuführungen der General Motors Company kann der gewesen sein, daß diese Gesellschaft in den USA prozentual bedeutend höhere Gewinne ausgeschüttet hat als die Ford Motor Company, vgl. J. Harden, a.a.O., S. 92.

FÜNFTE KAPITEL: DIE NEUREGELUNG DER DIVIDENDENBESTEUERUNG
UND IHRE AUSWIRKUNG AUF DIE ERTRAGSTEUER-
BELASTUNG DES US-KONZERNS

Bisher ist unterstellt worden, daß Zuführungen stets die 25 %ige Kapitalertragsteuer auf entsprechend hohe Dividenden auslösen. Zwei damit zusammenhängende Fragen sollen nun beantwortet werden, die in der Literatur teilweise zu knapp oder überhaupt nicht erörtert worden sind.

(1) Welche Möglichkeiten bestehen für die US-Muttergesellschaft, die bei hohen Ausschüttungen der Tochtergesellschaft eintretende Finanzierungslücke auszugleichen, und zwar so, daß der Kapitalertragsteuer-Zuschlag vermieden oder gering gehalten wird?

(2) Erhöht der Kapitalertragsteuer-Zuschlag, sofern er anfällt, wirklich die Gesamtertragsteuerbelastung des US-Konzerns?

A. Möglichkeiten zur Vermeidung der 25 %igen Kapital-
ertragsteuer

I. Dividenden-, Steuerbilanz- und Zuführungstaktik

a) Zeitliche und betragsmäßige Konzentration der
Zuführungen

Dadurch, daß Dividenden mit Zuführungen nur innerhalb eines Dreijahreszeitraumes verrechnet werden, taucht die Frage auf, wie diese zeitliche Begrenzung ausgenutzt werden kann.

Das folgende Zahlenbeispiel, in dem mehrere Zuführungsgestaltungen mit ihren kapitalertragsteuerlichen Auswirkungen dargestellt werden, beantwortet diese Frage. Es wird von einem zehn Jahre umfassenden Zeitraum ausgegangen. Jährlich erhält die Mutter- von der Tochtergesellschaft eine Ausschüttung von 60 Mill. M. Die Gesamtsumme der Dividenden soll innerhalb der zehn Jahre zurückgeführt werden.

Am ungünstigsten wäre es, in jedem Jahr die erhaltenen Dividenden zu reinvestieren. Dies würde dazu führen, daß

die gesamten Dividenden der 25 %igen Kapitalertragsteuer unterliegen.

Tabelle 12: Einfluß der Zuführungsgestaltung auf die Kapitalertragsteuerlast (Angaben in Mill.DM)

Jahr	Dividen- den	Z u f ü h r u n g s m ö g l i c h k e i t e n											
		1		2		3		4					
		Zufüh- rungen	KapEstpflich- tige Dividen- den	Zufüh- rungen	KapEstpflich- tige Dividen- den	Zufüh- rungen	KapEstpflich- tige Dividen- den	Zufüh- rungen	KapEstpflich- tige Dividen- den	Zufüh- rungen	KapEstpflich- tige Dividen- den	Zufüh- rungen	KapEstpflich- tige Dividen- den
			15%		25%		15%		25%		15%		25%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	60	-	-	60	-	-	60	-	-	60	-	60	-
2	60	200	-	60	200	-	60	300	-	60	-	-	60
3	60	-	-	60	200	-	60	300	-	60	600	-	60
4	60	200	-	60	200	-	60	-	-	60	-	-	60
5	60	-	-	60	-	-	60	-	60	-	-	60	-
6	60	200	-	60	-	60	-	-	60	-	-	60	-
7	60	-	-	60	-	60	-	-	60	-	-	60	-
8	60	-	60	-	-	60	-	-	60	-	-	60	-
9	60	-	60	-	-	60	-	-	60	-	-	60	-
10	60	-	60	-	-	60	-	-	60	-	-	60	-
-	600	600	180	420	600	300	300	600	360	240	600	420	180

Tabelle 12 zeigt vier günstigere Möglichkeiten der Zuführungsgestaltung.

Erste Zuführungsmöglichkeit: In den Jahren zwei, vier und sechs, also in einem zusammenhängenden Zeitraum von fünf Jahren, werden je 200 Mill. DM zurückgeführt. Folge: 420 Mill. DM - 70 % der gesamten Ausschüttungen - unterliegen der 25 %igen und 180 Mill. DM der 15 %igen Kapitalertragsteuer.

Zweite Zuführungsmöglichkeit: Die betragsmäßige Aufteilung der Zuführungen in drei Teile zu je 200 Mill. DM ist geblieben, nur der Zuführungszeitraum ist von fünf auf drei Jahre verkürzt worden. Dadurch werden nur 300 Mill. DM Dividenden - 50 % der Gesamtsumme - dem höheren KapEst-Satz unterworfen.

Dritte Zuführungsmöglichkeit: Zeitlich und betragsmäßig ist eine stärkere Konzentration eingetreten: 300 Mill. DM werden jährlich in einem zweijährigen Zeitraum zugeführt, so daß nur 240 Mill. DM - 40 % der Ausschüttungen - mit 25 % Kapitalertragsteuer belastet werden.

Vierte Zuführungsmöglichkeit: Die gesamten Zuführungen erfolgen im Jahre 3, wodurch nur 180 Mill. DM - 30 % der Dividenden - mit 25 % KapEst besteuert werden.

Aus den Ergebnissen läßt sich die Empfehlung ableiten, die in einem mehrjährigen Planungszeitraum beabsichtigten Zuführungen zeitlich und betragsmäßig zu konzentrieren. Der günstigste Grenzfall wäre, alle Zuführungen in einem Jahr vorzunehmen. Ist das nicht möglich, ist es ratsam, die Zuführungssumme in möglichst wenige Teile aufzuspalten und diese Zuführungen in einem Zeitraum durchzuführen, der aus möglichst wenigen hintereinanderliegenden Jahren besteht.

Sind die Dividenden in ihrer Höhe ungleich, empfiehlt es sich, die Zuführungen in das Jahr hineinzuverlegen, dessen Ausschüttungen zusammen mit denen des Vorjahres und des folgenden Jahres im Vergleich zu der Ausschüttungssumme anderer Dreijahreszeiträume ein Minimum bilden.

b) Zeitliche Verlagerung von Ausschüttungen und Steuerbilanzgewinnen

Je niedriger in den Jahren die Ausschüttungen sind, in denen verrechenbare Zuführungen vorgenommen werden, um so geringer ist der Kapitalertragsteuer-Zuschlag. Deshalb liegt es nahe, in Zuführungsjahren nur geringe Gewinne auszuschütten. Wird dies getan, wird aber die Ersparnis an Kapitalertragsteuer überkompensiert durch die 51 %ige Körperschaftsteuer auf den thesaurierten Gewinn. Um dies zu verhindern, müssen neben den Ausschüttungen auch die Steuerbilanzgewinne niedrig gehalten werden. Einige Maßnahmen dazu wären: der Aufschub einer vorgesehenen Veräußerung eines Wirtschaftsgutes, dessen Verkauf zur Auflösung stiller Reserven geführt hätte; die Inanspruchnahme der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen nach § 7 Abs. 2 EStG; die Vorverlagerung der Anschaffung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, um die Absetzungen beanspruchen zu können.

Auf Grund des Prinzips der Zweischneidigkeit der Bilanz führen Maßnahmen, die den Steuerbilanzgewinn bestimmter Jahre verringern, dazu, daß er in anderen Jahren höher ist. Um in diesen Jahren die erzielte Steuerersparnis an Kapitalertragsteuer durch den höheren KSt-Satz nicht aufzuheben, ist es erforderlich, entsprechend hohe Ausschüttungen vorzunehmen.

Es geht also im Prinzip darum, Ausschüttungen und Teile der Steuerbilanzgewinne aus den Jahren zu verlagern, in denen verrechenbare Zuführungen vorgenommen werden, in solche, in denen dies nicht der Fall ist.

Die Zahlen der Tabelle 13 veranschaulichen den Gedankengang.

Tabelle 13: Einfluß der Verlagerung von Ausschüttungen und Steuerbilanzgewinnen auf die Kapitalertragsteuerlast (Angaben in Mill. DM)

Jahr	Steuerbilanzgewinn	Dividenden	Zuführungen	Kapitalertragsteuer auf Dividenden	
				15 %	25 %
1	2	3	4	5	6
1	120	80	-	80	-
2	80	40	-	-	40
3	100	60	600	-	60
4	80	40	-	-	40
5	120	80	-	80	-
	500	300	600	160	140

Die Dividenden der Jahre zwei und vier sind im Vergleich zu denen der Tabelle 12, Spalte 2, um 20 Mill. DM verringert, die Ausschüttungen der Jahre eins und fünf dagegen um 20 Mill. DM erhöht worden. Mit der Änderung der Dividenden sind auch die Steuerbilanzgewinne entsprechend verringert bzw. erhöht worden. Der Erfolg zeigt sich in Spalte 6: Statt 180 Mill. DM (Tabelle 12, Spalte 14) unterliegen nur 140 Mill. DM der 25 %igen Kapitalertragsteuer, wobei die KapEst-Ersparnis nicht durch höhere Körperschaftsteuer erkaufte worden ist.

c) Steuerung der Dividendenfälligkeit

Meilicke schlägt vor, wohl für Jahre, in denen Zuführungen erfolgen, Dividenden zu beschließen, um den ermäßigten KSt-Satz beanspruchen zu können, die Ausschüttung aber zeitlich zu verzögern, d.h. erst in solchen Jahren vorzunehmen, in denen eine Verrechnung mit Zuführungen nicht möglich ist¹⁾. Auf das Zahlenbeispiel (Tabelle 12) angewandt, würde es bedeuten, daß es empfehlenswert wäre, beispielsweise bei der vierten Zuführungsmöglichkeit die Dividenden der Jahre zwei, drei und vier erst im Jahre fünf oder noch später der Muttergesellschaft zufließen zu las-

1) Vgl. H. Meilicke, Die Besteuerung der von amerikanischen Muttergesellschaften vereinnahmten Dividenden, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 12. Jg. (1966), S. 147.

sen, so daß die gesamten Dividenden nur der 15 %igen Kapitalertragsteuer unterliegen.

Zwei Einwände könnten gegen eine solche Dividendenpolitik vorgebracht werden¹⁾. Der erste richtet sich dagegen, daß der ermäßigte Steuersatz von 15 % auch dann beansprucht werden kann, wenn die Auszahlung der Dividenden an die Muttergesellschaft erst Jahre später, nach denen sie erwirtschaftet worden sind, erfolgt.

Scholtz lehnt in seiner Untersuchung²⁾ diesen Einwand ab. Er schreibt, daß die Steuerermäßigung allenfalls versagt werden kann, "wenn die Auszahlung der Gewinnanteile für so lange Zeit hinausgeschoben wird, daß von einer ernsthaft gewollten Gewinnausschüttung nicht mehr gesprochen werden kann, oder aber von vornherein zu übersehen ist, daß die Gesellschaft zur Auszahlung der Gewinnanteile nie in der Lage sein wird, weil sie als haftendes Kapital notwendig sind"³⁾.

Meilicke pflichtet ihm bei⁴⁾. Beachtenswert ist, daß nicht nur der Gewinnauszahlungszeitpunkt, sondern auch der Gewinnverteilungsbeschluß selbst längere Zeit hinausgeschoben werden kann, ohne daß dadurch gleich der ermäßigte Steuersatz verwirkt wird⁵⁾.

-
- 1) Vgl. H. Debatin, Wertungen und Auslegungen zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 12. Jg. (1966), S. 418.
 - 2) R.-D. Scholtz, Berücksichtigungsfähige Ausschüttungen und Zufließen von Gewinnanteilen, in: Deutsche Steuer-Zeitung, Ausgabe A, 52. Jg. (1964), S. 138ff.
 - 3) ebenda, S. 140.
 - 4) Vgl. H. Meilicke, Jüngste Wechselwirkungen zwischen Steuerrecht und Privatrecht, in: Steuerberater-Jahrbuch 1965/1966, Köln 1966, S. 153f.
 - 5) Meilicke (Jüngste Wechselwirkungen zwischen Steuerrecht und Privatrecht, a.a.O., S. 152) schreibt: "Eine Zeit, innerhalb deren der Gewinnverteilungsbeschluß zu fassen ist, um den steuerbegünstigten Steuersatz zu erlangen, ist nicht vorgesehen. ME kann der Beschluß jederzeit, auch noch nach Rechtskraft der KStVeranlagung, gefaßt werden und führt dann... auf dem Umweg über § 4 Abs. 2 Ziff. 2 StAnpG, - Wegfall eines Tatbestandsmerkmals mit Wirkung für die Vergangenheit - zu einer Ermäßigung der KSt." Vgl. auch R.-D. Scholtz, a.a.O., S. 139 und S. 142.

Der zweite Einwand könnte der sein: Bei der Gegenüberstellung der Zuführungen mit den Dividenden kommt es nicht auf den Auszahlungszeitpunkt der Dividenden an, sondern auf den Termin, zu dem die Dividenden als "bezogen" angesehen werden können, wobei dieser Termin auch vor dem Auszahlungszeitpunkt liegen kann. Dem ist entgegenzuhalten, daß aus Art. VI Abs. 5 des Revisionsabkommens, in dem die Verrechnung von Zuführungen mit Dividenden beschrieben wird, eindeutig hervorgeht, daß auf die g e z a h l t e n Dividenden abzustellen ist, folglich auch auf den Auszahlungszeitpunkt. Wäre dem nicht so, wäre der dort verwendete Ausdruck g e z a h l t e Dividenden unverständlich.

d) Zusammenfassung

Da der Kapitalertragsteuer-Zuschlag sowohl von den Zuführungen als auch von den Dividenden abhängig ist, kann bei beiden Größen angesetzt werden, um ihn möglichst gering zu halten. Zuführungsmäßig ist es ratsam, die geplanten Reinvestitionen zeitlich und betragsmäßig zu konzentrieren, ausschüttungsmäßig ist es empfehlenswert, einmal die Dividenden zusammen mit den Steuerbilanzgewinnen in Verrechnungsjahren niedrig zu halten, zum anderen die Dividendenauszahlungen zeitlich zu verzögern. Durch eine geschickte Kombination dieser Möglichkeiten wird es den US-Konzernen in der Praxis gelingen, oftmals die 25 %ige Kapitalertragsteuer zu vermeiden.

II. Darlehensgewährung auf Grund einer Bürgschaft der Muttergesellschaft

Schließt die US-Muttergesellschaft mit einer Bank einen Bürgschaftsvertrag ab, der dazu führt, daß die Bank der US-Tochtergesellschaft ein Darlehen gewährt, liegt nach einschlägiger Meinung¹⁾ keine verrechenbare Zuführung vor. Erst

1) Vgl. u. a. H. Meilicke, Die Besteuerung der von amerikanischen Muttergesellschaften vereinnahmten Dividenden, a.a.O., S. 147; Erlaß der Finanzverwaltung zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 12. Jg. (1966), S. 218; H. Debatin, Wertungen und Auslegungen zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, a.a.O., S. 417.

wenn die Muttergesellschaft auf Grund des Bürgschaftsvertrages in Anspruch genommen wird, gilt der Tatbestand der Reinvestition als erfüllt¹⁾.

Die US-Konzerne, die in der Bundesrepublik Tochtergesellschaften besitzen, sind in der Regel finanzstark. Ihnen wird es daher fast immer gelingen, Banken über Bürgschaftsverträge zu veranlassen, ihren Tochtergesellschaften Darlehen zu gewähren, so daß diese in der Lage sind, hohe Ausschüttungen vorzunehmen.

Der Fall, daß die Muttergesellschaft von der Bank in Anspruch genommen wird, weil die Tochtergesellschaft ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, wird bei den hier im Blickfeld stehenden Unternehmungen so selten eintreten, daß er nicht als Argument gegen diese Umgehungsmöglichkeit angesehen werden kann.

III. Nichterfüllung der Beteiligungsbedingung

Nimmt die US-Muttergesellschaft Zuführungen an ihre Enkelgesellschaft vor, die diese an ihre Muttergesellschaft nicht weiterleitet, können diese Zuführungen nicht mit Ausschüttungen der Tochtergesellschaft verrechnet werden. Eine dafür notwendige Voraussetzung ist nämlich nicht erfüllt: die unmittelbare Beteiligung der US-Muttergesellschaft an der Gesellschaft, welche die Zuführungen empfängt.²⁾

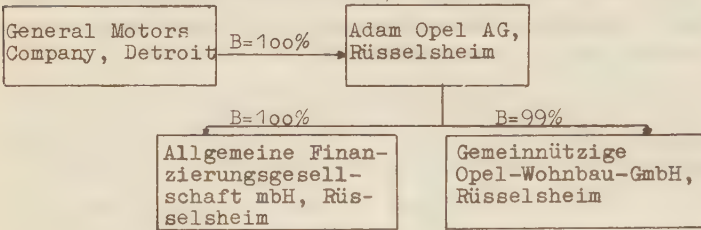
Durch eine solche Transaktion kann die Tochtergesellschaft aber indirekt gestärkt werden. Sie wird dadurch in die Lage versetzt, geplante Zuführungen an ihre Tochtergesellschaft - also an die Enkelgesellschaft der Muttergesellschaft - zu kürzen oder überhaupt nicht vorzunehmen. Die Folge ist, die Tochtergesellschaft behält Mittel zur eigenen Verfügung zurück, auf die sie sonst hätte verzichten müssen.

1) Erlaß der Finanzverwaltung zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, a.a.O., S. 218.

2) Vgl. H. Meilicke, Die Besteuerung der von amerikanischen Muttergesellschaften vereinnahmten Dividenden, a.a.O., S. 147.

Das Beispiel der General Motors Company mag veranschaulichen, daß die Voraussetzungen in der Praxis gegeben sind, die hier aufgezeigte Möglichkeit zu nutzen, Kapitalertragsteuer zu sparen.

Abbildung 3: Verbundene Unternehmen der General Motors Company, Detroit¹⁾



Führt die General Motors Company der Allgemeinen Finanzierungsgesellschaft mbH oder der Gemeinnützigen Opel-Wohnbau-GmbH Vermögenswerte zu, kann die Adam Opel AG auf entsprechende Zuführungen verzichten.

IV. Verdeckte Zuführungen

Sowohl mittelbare als auch unmittelbare Zuführungen können die höhere Kapitalertragsteuer auslösen. Unmittelbar ist eine Zuführung, wenn die Muttergesellschaft sie im eigenen Namen und für eigene Rechnung ausführt, dagegen ist sie mittelbar, wenn sie wohl durch die Muttergesellschaft bewirkt, aber durch einen Dritten vorgenommen wird, der selbst als Zuwendender auftritt²⁾.

Damit eine Zuführung mit Dividenden verrechnet werden kann, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein. Einmal muß die Zuführung bei der Tochtergesellschaft geeignet sein, "wirtschaftlich an die Stelle des ausgeschütteten Gewinns zu treten"³⁾. Dies ist beispielsweise nicht bei Lieferantenkrediten der Fall, die auf Grund branchenüblicher

1) Die Gesellschaften sowie ihre Beziehungen sind aus dem Geschäftsbericht der Adam Opel AG 1966 entnommen worden.

2) H. Debatin, Wertungen und Auslegungen zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, a.a.O., S. 417.

3) Erlaß der Finanzverwaltung zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, a.a.O., S. 218.

Zahlungsbedingungen gewährt werden¹⁾. Zum anderen muß die Zuführung die Finanzkraft der Muttergesellschaft binden²⁾. Oder anders ausgedrückt: Sie muß die finanziellen Dispositionsmöglichkeiten der Muttergesellschaft einschränken³⁾. Dieser Beurteilungsgesichtspunkt läßt schon erkennen, wie schwierig es für die deutsche Finanzverwaltung sein wird, im Einzelfall bei mittelbaren Zuführungen festzustellen, ob der Reinvestitionstatbestand erfüllt ist.

Zur Vereinfachung wird deshalb grundsätzlich immer dann eine mittelbare Zuführung unterstellt, wenn ein Dritter Zuführungen vornimmt, der von der Muttergesellschaft beherrscht wird, "weil es durch das Beherrschungsverhältnis in ihrem Belieben steht, ob sie selbst oder der Dritte die Zuführung bewirkt"⁴⁾. "Ein Beherrschungsverhältnis ist ... in der Regel gegeben, wenn dem herrschenden Unternehmen mehr als 50 v.H. der stimmberechtigten Anteile an dem beherrschten gehören oder wenn das herrschende Unternehmen aus anderen Gründen auf die Geschäftsführung des beherrschten bestimmenden Einfluß nehmen kann"⁵⁾.

In diesem Zusammenhang brauchen die Kriterien nicht vertieft zu werden, die für das Vorliegen einer mittelbaren Zuführung maßgebend sind⁶⁾, da hier die Frage im Vordergrund steht: Welche Möglichkeiten bestehen für die US-Muttergesellschaften, ihren Tochtergesellschaften verdeckte Zuführungen zukommen zu lassen, also solche, die von der Finanzverwaltung nicht oder nur äußerst mühevoll aufgedeckt werden können?

-
- 1) Erlaß der Finanzverwaltung zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, a.a.O., S. 219.
 - 2) H. Debatin, Wertungen und Auslegungen zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, a.a.O., S. 417.
 - 3) ebenda.
 - 4) Erlaß der Finanzverwaltung zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, a.a.O., S. 218.
 - 5) ebenda, S. 218f.
 - 6) Vgl. zu diesem Problemkomplex sowie zu der Frage der Aufdeckung der Zuführungen durch die Finanzverwaltung die ausführliche Betrachtung von K. Boldt, Der Begriff der "Reinvestition" nach dem deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, Diplom-Arbeit am Institut für Betriebswirtschaftliches Steuerwesen der Freien Universität Berlin, Berlin 1968.

Einmal bieten sich hierfür die gegenseitigen Leistungsaustauschverträge an. Sie können entweder direkt zwischen der Mutter- und ihrer Tochtergesellschaft in der Bundesrepublik abgeschlossen werden oder zwischen der Tochtergesellschaft und anderen Gesellschaften, die von der Muttergesellschaft abhängig sind. In fast allen Fällen wird ein Spielraum vorhanden sein, der Tochtergesellschaft Vorteile zukommen zu lassen, ohne daß diese von einem Außenstehenden als zu hoch betrachtet werden können¹⁾. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang der Hinweis in der Konzentrationsenquete, daß Gestionsgebühren in der Praxis festgestellt worden sind, die berechtigte Zweifel erweckten, ob sie nicht zu hoch seien²⁾.

Ein weiterer Weg, Zuführungen verdeckt vorzunehmen, wäre der, normale Geschäftsbeziehungen entsprechend zu nutzen. Ein einfaches Beispiel dafür: Die US-Muttergesellschaft liefert Waren an eine Gesellschaft in Kanada, der sie den Kaufpreis langfristig stundet. Dieser Vorteil wird unter der Bedingung eingeräumt, daß die Tochtergesellschaft der kanadischen Gesellschaft in Italien, die Waren an die US-Tochtergesellschaft in der Bundesrepublik liefert, ebenfalls einen langfristigen Zahlungsaufschub gewährt. Die Folge ist, die US-Tochtergesellschaft behält Mittel zur Verfügung, die es ihr ermöglichen, hohe Ausschüttungen vorzunehmen.

Eine andere Möglichkeit wäre die, der US-Tochtergesellschaft Darlehen durch Gesellschaften zuführen zu lassen, die von der US-Muttergesellschaft wohl beherrscht werden, bei denen die Abhängigkeitsverhältnisse aber nur schwer erkennbar sind, weil sie zum Beispiel nur auf tatsächlichen Gegebenheiten beruhen. So kann ein Beherrschungsverhältnis dadurch gegeben sein, daß die zuführende Gesellschaft gegenüber der US-Muttergesellschaft stark ver-

1) Bei gegenseitigen Austauschverträgen können die Leistungen bzw. Gegenleistungen wohl hoch sein, sie dürfen nur nicht zu hoch sein, vgl. W. Mersmann, a.a.O., S. 156ff.

2) Vgl. Anlagenband zum Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft vom 29.2.1964, in: Bundestags-Drucksache Nr. 2.320, 4. Wahlperiode, S. 67.

schuldet ist oder nur an sie Waren liefert¹⁾. Denkbar wäre auch, die Muttergesellschaft ist nur mit einem geringen Kapitalanteil beteiligt, der aber, weil die übrigen Anteile im Streubesitz sind, mit einem starken Einfluß verbunden ist²⁾.

Festzuhalten bleibt, in der Praxis stehen verschiedene Wege offen, verdeckte Zuführungen so vorzunehmen, daß das "Schütt'-aus-hol'-zurück-Verfahren" angewandt werden kann.

B. Auswirkung des Verrechnungsverfahrens

Unter dem Verrechnungsverfahren wird die Möglichkeit verstanden, die US-Körperschaftsteuer eines bestimmten Jahres um den "foreign tax credit" dieses Jahres zu kürzen sowie überschüssige Steuergutschriften im Wege des "carry-over process" nutzen zu können. Das Verrechnungsverfahren führt dazu, daß der Kapitalertragsteuer-Zuschlag für zurückgeführte Dividenden bei langfristiger Betrachtung nur in wenigen Fällen wirklich die ertragsteuerliche Gesamtbelastung des US-Konzerns erhöht. Kurvendiagramm 3³⁾ veranschaulicht diese Aussage.

Wie im Kurvendiagramm 1 wird der gesamte ausschüttungsreich in drei Phasen eingeteilt.

Ausschüttungsphase (1): $0 \text{ v.H.G}_K \leq A \leq 59,21 \text{ v.H.G}_K$

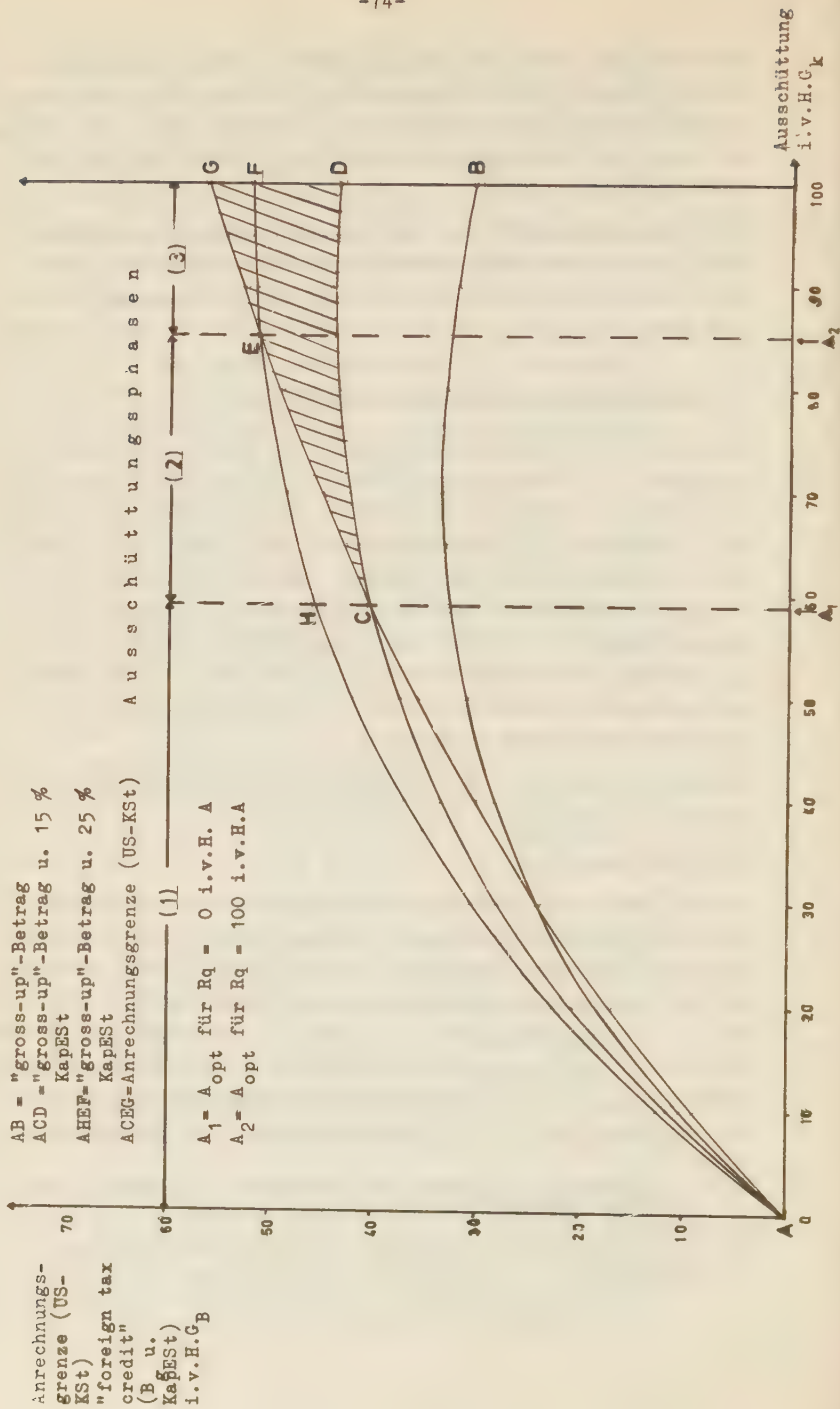
Selbst wenn nur 15 % Kapitalertragsteuer auf die jeweilige Ausschüttung anfällt, übersteigt der "foreign tax credit" die Anrechnungsgrenze, so daß "excess tax" entsteht. Werden Zuführungen vorgenommen, die über die Freigrenze von 7,5 % der jeweiligen Ausschüttung hinausgehen, erhöht sich zwar die an das deutsche Finanzamt zu zahlende Kapitalertragsteuer, aber gleichzeitig vergrößert sich auch die "excess tax", d.h. die Gutschrift, die im Rahmen der

1) A. Baumbach, A. Hueck, Aktiengesetz, 10. Aufl., München und Berlin 1959, S. 30.

2) ebenda.

3) Vgl. Tabelle 18 im Anhang: Zahlenangaben zum Kurvendiagramm 3.

KURVENDIAGRAMM 3: AUSWIRKUNG DES VERRECHNUNGSVERFAHRENS AUF DEN KAPITAL-
ERTRAGSTEUER-ZUSCHLAG



"over-all limitation" bereits im gleichen Jahr oder bei der "per-country limitation" über den "carry-over process" mit US-Körperschaftsteuer anderer Jahre aufgerechnet werden kann.

Ausschüttungsphase (2): $59,21 \text{ v.H.G.}_k < A \leq 85,26 \text{ v.H.G.}_k$

In der Höhe, in der die Anrechnungsgrenze den "foreign tax credit" bei 15 %iger Kapitalertragsteuer übersteigt, muß US-Körperschaftsteuer (schraffierte Fläche) gezahlt werden. Werden Dividenden bis zu einer bestimmten Höhe zurückgeführt, kann der anfallende Kapitalertragsteuer-Zuschlag in dem gleichen Jahr mit der zu zahlenden US-Körperschaftsteuer verrechnet werden. Die maximal reinvestierbare Ausschüttung (A_{mr}), die ohne Erhöhung der gesamten Steuerlast des US-Konzerns vorgenommen werden kann, ist so zu errechnen: Die Differenz zwischen der Anrechnungsgrenze und dem "foreign tax credit" bei nur 15 %igem Kapitalertragsteuer-anfall muß mit zehn multipliziert werden, mit zehn deshalb, weil auf Grund des 10 %igen Kapitalertragsteuer-Zuschlags die reinvestierbaren Ausschüttungen zehnmal so groß sein können wie der Kapitalertragsteuer-Betrag, der sich mit der zu zahlenden US-Körperschaftsteuer deckt.

Formelmäßig kann A_{mr} so ermittelt werden¹⁾:

$$(25) \quad A_{mr} = 10 \left[0,48 \left(A + \frac{A (\text{GewEST} + \text{KSt})}{G_B - \text{KSt} - \text{GewEST}} \right) - 0,15 A - \frac{A (\text{GewEST} + \text{KSt})}{G_B - \text{KSt} - \text{GewEST}} \right]$$

$$(26) \quad A_{mr} = 3,3 A - 5,2 \frac{A (\text{GewEST} + \text{KSt})}{G_B - \text{KSt} - \text{GewEST}}$$

1) H.M. Schneider und P.H. Lengemann (Optimal Dividend Distribution by German Companies to Their U.S. Parent Corporations, in: Management Accounting, Februar 1967, S. 16f.) haben eine ähnliche Formel entwickelt. - Die Abweichungen der nach der Formel errechneten maximal reinvestierbaren Ausschüttungen (A_{mr}) gegenüber den Ergebnissen in der Spalte 7 der Tabelle 18 um einige millionstel Prozentsätze sind durch Auf- und Abrundungen der Zahlen bedingt.

In den Spalten 7 und 8 der Tabelle 18 im Anhang sind für eine Anzahl von Ausschüttungshöhen die maximal reinvestierbaren Ausschüttungen angegeben.

Werden in der Ausschüttungsphase (2) Zuführungen vorgenommen, welche die maximal reinvestierbaren Ausschüttungen übersteigen, entsteht wie in der Ausschüttungsphase (1) "excess tax". Deren maximale Höhe verringert sich mit ansteigender Ausschüttung, da mit ihr die Anrechnungsgrenze wächst.

Ausschüttungsphase (3): $85,26 \text{ v.H.G}_K < A \leq 100 \text{ v.H.G}_K$

In dieser Ausschüttungsphase ist die Anrechnungsgrenze und damit die US-Körperschaftsteuer so hoch, daß die jeweilige Dividende in voller Höhe reinvestiert werden kann, ohne daß sich dadurch die Gesamtsteuerlast des US-Konzerns erhöht. Selbst wenn die gesamten Ausschüttungen zurückgeführt werden, entsteht noch "excess limitation", die zusätzliche kapitalertragsteuererhöhende Zuführungen gestattet, ohne daß eine Mehrbelastung eintritt. Die Formel (26) gilt auch für diese Ausschüttungsphase.

C. Zusammenfassung

Die Frage nach der Wirksamkeit der Neuregelung der Dividendenbesteuerung kann so beantwortet werden:

(1) Dem US-Konzern stehen verschiedene Wege offen, Zuführungen so vorzunehmen, daß der Kapitalertragsteuer-Zuschlag ganz vermieden oder gering gehalten wird. Dieses Ziel wird besonders dann zu erreichen sein, wenn die US-Muttergesellschaft die aufgezeigten Möglichkeiten innerhalb eines mehrjährigen Zeitraumes geschickt miteinander kombiniert. Je größer ein Konzern ist, um so umfangreicher, verwickelter und undurchsichtiger werden seine internationalen Geschäftsbeziehungen sein. Je mehr dies der Fall ist, um so leichter wird es sein, verdeckte Zuführungen vorzunehmen, die nicht von der Finanzverwaltung als solche aufgespürt werden können.

(2) Soweit die höhere Kapitalertragsteuer aber doch entsteht, kann sie in der Regel entweder mit der US-Körperschaftsteuer verrechnet werden, die im gleichen Jahr auf die Ausschüttung der Tochtergesellschaft anfällt, oder aber mit US-Körperschaftsteuer auf ausländische Einkünfte vergangener oder folgender Jahre. Da eine solche Aufrechnung nur selten nicht möglich sein wird, geht die Erhöhung der Kapitalertragsteuer hauptsächlich zu Lasten des US-Fiskus.

(3) Aus allem läßt sich der für das Thema höchst bedeutsame Schluß ziehen, daß trotz der komplizierten Neuregelung der Dividendenbesteuerung bei Belastungsvergleichen zwischen amerikanischen und deutschen Steuerbelastungseinheiten in der Regel nur von einer 15 %igen Kapitalertragsteuer-Belastung der Dividenden ausgegangen werden muß. Die Fälle können als Ausnahme angesehen werden, in denen die zurückgeführten Dividenden der 25 %igen Kapitalertragsteuer unterliegen und der Kapitalertragsteuer-Zuschlag vom US-Konzern wirklich zu tragen ist.

SECHSTES KAPITEL: GESICHTSPUNKTE FÜR DIE AUSWAHL DER FÜR
DIE WETTBEWERBSLAGE AUSSCHLAGGEBENDEN
BELASTUNGSDIFFERENZEN

Bisher ist nur die Skala der möglichen Belastungsdifferenzen erarbeitet worden. Um die Frage nach der ertragsteuerlichen Wettbewerbslage wirklichkeitsnah beantworten zu können, muß weitergegangen werden. Es müssen die Belastungen der drei Steuerbelastungseinheiten ausgewählt werden, die in der Regel in der Praxis entstehen, um jene Belastungsdifferenzen zu erhalten, welche tatsächlich bestimmend für die Wettbewerbslage sind. Werden nämlich gleichwertig Belastungsdifferenzen mit zur Beurteilung herangezogen, die sich mehr oder weniger nur in Ausnahmefällen ergeben, führt das zu einem unrichtigen Ergebnis.

Die folgenden Fragen sind in diesem Zusammenhang zu beantworten:

(1) Auf welche Gewinnverwendung ist bei der deutschen Einzelkapitalgesellschaft abzustellen? Spielen die Belastungen, die bei hoher Ausschüttung anfallen, für die Wettbewerbslage auch die Rolle wie jene, die bei niedriger Ausschüttung oder bei voller Gewinnthesaurierung entstehen?

(2) Welcher Nachsteueranfall kommt der Wirklichkeit am nächsten? Ist den Autoren zuzustimmen, die in ihren Berechnungen unterstellen, die Nachsteuer entfalle zum größten Teil¹⁾, oder jenen, welche die gegenteilige Ansicht vertreten²⁾?

(3) Welches ist die steuerlich günstigste Gewinnverwendung des US-Konzerns, wenn die Muttergesellschaft unterschiedlich hohe Anteile des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns der Tochtergesellschaft für sich beansprucht? Diese Frage ist für den US-Konzern deshalb bedeutsam, weil verschiedene

1) Vgl. u.a. P.G. Baudler, a.a.O., S. 172f.; W. Sommer, a.a.O., S. 582ff.; H.C. Wallich, a.a.O., S. 5.

2) Vgl. u.a. H. Debatin, Die Besteuerung der Ausschüttung deutscher Tochtergesellschaften an ihre amerikanischen Mutterunternehmen, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 6. Jg. (1960), S. 286ff.; H. Hofmann, a.a.O., S. 675.

Möglichkeiten bestehen, bestimmte Gewinnaufteilungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft vorzunehmen. Es kann dabei unterstellt werden, daß jeweils die steuerlich günstigste Gewinnverwendungsmöglichkeit gewählt wird. Wegen des einheitlichen 48 %igen Körperschaftsteuersatzes für ausgeschüttete und thesaurierte Gewinne spielt die für die deutsche Einzelkapitalgesellschaft wichtige Frage, von welchem Verhältnis zwischen ausgeschüttetem und thesauriertem Gewinn auszugehen ist, hier keine Rolle.

A. Gewinnthesaurierung und begrenzte Ausschüttung bei der deutschen Einzelkapitalgesellschaft

Die Selbstfinanzierung spielt für Existenz und Wachstum einer Unternehmung eine überragende Rolle. Je größer sie ist, um so eher wird eine Unternehmung in der Lage sein, Märkte zu halten, auszuweiten und neue zu erobern. So ist auch die Ansicht Debatins verständlich, allein die Steuerlasten zur Prüfung der Wettbewerbslage heranzuziehen, die bei voller Gewinnthesaurierung entstehen¹⁾.

Dem ist grundsätzlich zuzustimmen. Doch ist eine Erweiterung notwendig, nämlich in einem gewissen Umfange auch solche Belastungsunterschiede zu berücksichtigen, die bei Ausschüttungen entstehen. Werden zwei Steuerbelastungseinheiten miteinander verglichen, die gleich hohe Ausschüttungen vornehmen, und verringert sich bei der einen Steuerbelastungseinheit der für die Selbstfinanzierung zurückbleibende Gewinn in einem geringeren Maße als bei der anderen, ist dies ein Gesichtspunkt, der die Wettbewerbslage mitbestimmt und deshalb nicht unbeachtet bleiben darf.

In der Praxis sind zahlreiche Kapitalgesellschaften mehr oder minder gezwungen, Ausschüttungen vorzunehmen, etwa

1) Vgl. H. Debatin, Änderung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, in: Blick durch die Wirtschaft vom 5.9.1964, Nr. 206, S. 5; G. Eichmann und G. Schmelz (a.a.O., S. 150f.) stimmen mit Debatin überein.

um den Kapitalmarkt zu pflegen¹⁾ oder um den Lebensunterhalt der Gesellschafter einer Familienkapitalgesellschaft zu sichern. So haben beispielsweise 1966 von 1.692 erfaßten Aktiengesellschaften - unter Ausschluß von Organgesellschaften und gemeinnützigen Gesellschaften - 1.173 Aktiengesellschaften Dividenden ausgeschüttet und nur 519 nicht²⁾.

Allerdings dürfen Belastungen, die bei Ausschüttungen entstehen, nur insoweit berücksichtigt werden, wie sie in der Praxis auch vorwiegend vorzufinden sind. Das sind solche Belastungen, die mit Ausschüttungen verbunden sind, welche nicht über 25 % bis 30 % des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns hinausgehen. Dies ist erfahrungsgemäß die Ausschüttungsgrenze deutscher Kapitalgesellschaften³⁾. Es kommt nicht oft vor, daß die Dividenden im mittleren oder sogar im oberen Bereich des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns liegen.

Werden nur die Steuerlasten mit Schwergewicht berücksichtigt, die mit praxisnahen Ausschüttungen verbunden sind, muß außerdem beachtet werden: Ihnen ist im Hinblick auf die Wettbewerbslage weniger Bedeutung beizulegen als je einer Belastung, die bei voller Gewinneinbehaltung entsteht, und zwar aus folgendem Grund. Gerade während einer Rezession, in der für die deutschen Einzelkapitalgesellschaften eine möglichst niedrige Steuerbelastung notwendig wäre, wirkt sich der ermäßigte Körperschaftsteuersatz wenig oder überhaupt nicht aus. Zahlreiche Kapitalgesellschaften

1) Vgl. R.-B. Schmidt, Die Gewinnverwendung der Unternehmung, Berlin 1963, S. 199ff.; H. Lipfert, Der Einfluß einer Rezession auf die Finanzierung der Unternehmung, in: Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 1, S. 21.

2) Vgl. O.V., Dividenden der Aktiengesellschaften für 1964, 1965 und 1966, in: Wirtschaft und Statistik, Jg. 1967, S. 526.

3) Vgl. H. Debatin, Die Besteuerung der Ausschüttungen deutscher Tochtergesellschaften an ihre amerikanischen Mutterunternehmen, a.a.O., S. 287; G. Schmelz und G. Eichmann (a.a.O., S. 149, Fußnote 6) im Anschluß an eine Untersuchung von G. Plum, Die Bilanzentwicklung der westdeutschen Aktiengesellschaften 1958, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 30. Jg. (1960), S. 428ff.

werden nämlich in einer Rezession gezwungen sein, ihre Ausschüttungen zu verringern. Je mehr dies aber der Fall ist, um so mehr nähert sich die durchschnittliche Gesamtbelastung der Steuerlast bei voller Gewinnthesaurierung. Je stärker der konjunkturelle Abschwung ist, je länger er anhält, um so mehr Einzelkapitalgesellschaften wird es geben, die überhaupt keine Ausschüttungen vornehmen. Für die Wettbewerbslage dieser Unternehmungen ist es dann bedeutungslos, daß ihre durchschnittliche Ertragsteuerbelastung bei einer Ausschüttung niedriger wäre. Für sie wird im Hinblick auf die amerikanischen Konkurrenten allein entscheidend sein, wie hoch ihre Belastung bei voller Thesaurierung ist.

Zusammengefaßt kann die Frage nach der maßgeblichen Gewinnverwendung der deutschen Einzelkapitalgesellschaft so beantwortet werden: Abzustellen ist vorrangig auf die Steuerlast, die bei voller Gewinnthesaurierung anfällt, in zweiter Linie erst auf jene Steuerlasten, die bei Ausschüttungen im unteren Bereich des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns, etwa bis zu 30 % dieser Bezugsgröße, entstehen¹⁾.

1) Ausschüttungen, die dazu führen, daß sich der zur Verfügung stehende Gewinn der Steuerbelastungseinheit verringert, dürfen nicht mit jenen gleichgesetzt werden, die nur innerhalb eines Konzerns vorgenommen werden. Dies wurde des öfteren bei Vergleichen übersehen, bei denen so argumentiert wurde: Nimmt die deutsche Einzelkapitalgesellschaft eine solch hohe Ausschüttung vor, wie es die amerikanische Tochtergesellschaft an ihre Muttergesellschaft tut, ist sie bedeutend niedriger belastet, so daß von einem ertragsteuerlichen Vorteil des amerikanischen Konzerns keine Rede sein kann.
Vgl. hierzu u.a. H.C. Wallich, a.a.O., S. 5; o.V., US-Firmen genießen keine Vorteile, in: Die Welt vom 5.8.1964, Nr. 180, S. 12.

B. Voller Nachsteueranfall beim deutschen Konzern

Nach dem Gesetzeswortlaut entfällt Nachsteuer auf Schachteldividenden nur insoweit, wie die Obergesellschaft berücksichtigungsfähige Ausschüttungen vornimmt, die nicht der 15 %igen Körperschaftsteuer unterliegen, also Ausschüttungen, die den körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn übersteigen.

Ein Nachsteuerwegfall setzt demnach zweierlei voraus:

(1) Der Handelsbilanzgewinn der Muttergesellschaft muß ihren körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn übersteigen. Ist dies nicht der Fall, entstehen selbst bei der maximal möglichen Höhe an berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen keine Kürzungsbeträge für die Nachsteuer.

(2) Ist der Handelsbilanzgewinn aber größer als der körperschaftsteuerpflichtige Gewinn, ist es notwendig, daß Ausschüttungen beschlossen werden, die über den Steuerbilanzgewinn hinausgehen.

Inwieweit ist in der Praxis damit zu rechnen, daß beide Voraussetzungen erfüllt werden?

Für die Handelsbilanz, deren oberstes Ziel ist, die Gläubiger zu schützen, gibt es grundsätzlich keine Bewertungsuntergrenzen wie für die Steuerbilanz, die den periodengerechten Gewinn ausweisen soll, so daß stille Rücklagen gebildet werden können¹⁾. Dies ist ein Grund, warum in der Regel der in der Handelsbilanz ausgewiesene Gewinn niedriger ist als der in der Steuerbilanz. Ein weiterer Grund ist der: Es gibt eine Reihe von Aufwendungen²⁾, die den Handelsbilanzgewinn, nicht aber den Steuerbilanzgewinn kürzen.

1) Das Prinzip der Bilanzklarheit als Grundsatz ordnungsmäßiger Buchführung, wie es in § 149 AktG formuliert ist, bildet nur eine Bewertungsuntergrenze für willkürlich gebildete stille Rücklagen, vgl. G. Wöhe, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1967, S. 537.

2) § 12 KStG.

Aber auch wenn unterstellt wird, der Handelsbilanzgewinn überragt den körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn, muß hinzukommen, daß das zuständige Gesellschaftsorgan Ausschüttungen beschließt, die den Steuerbilanzgewinn übersteigen. Wie die Praxis zeigt, ist dies ein seltener Fall. Gesichtspunkte der Liquidität, des Kapitalbedarfs und andere Finanzierungsüberlegungen stehen dem entgegen. Der Handelsbilanzgewinn ist schließlich nur ein buchmäßig ausgewiesener Gewinn, der nicht mit liquiden und entbehrbaren Mitteln gleichgesetzt werden kann.

Zusammengefaßt kann festgestellt werden: In der Regel wird die Nachsteuer die Schachteldividenden zu 100 % belasten, so daß Debatin voll zuzustimmen ist, wenn er schreibt, daß die Muttergesellschaften "nur in Randfällen in den Genuß einer Ermäßigung der Nachsteuer"¹⁾ kommen. Solche Randfälle sind etwa bei Holdinggesellschaften gegeben, bei denen die Schachtelgewinne das eigene Einkommen erheblich übersteigen. Von solchen Ausnahmen kann in diesem Zusammenhang abgesehen werden.

C. Steuerlich optimale Gewinnverwendung beim US-Konzern

Wie ausführlich dargelegt worden ist, werden die Zuführungen der Muttergesellschaft an ihre Tochtergesellschaft meistens zu keiner endgültigen Erhöhung der Steuerlast des US-Konzerns führen. Entweder wird der Kapitalertragsteuer-Zuschlag von vornherein vermieden, oder er kürzt in seiner Höhe US-Körperschaftsteuer. Deshalb kann als Regelfall angenommen werden, daß die Belastungskurve ACH (Kurvendiagramm 1) gilt²⁾.

- 1) H. Debatin, Die Besteuerung der Ausschüttungen deutscher Tochtergesellschaften an ihre amerikanischen Mutterunternehmen, a.a.O., S. 287.
- 2) Durch die Ausgabe von Stockdividenden, d.h. durch die Umbuchung von laufenden Gewinnen auf das Grund- bzw. Stammkapitalkonto, verbunden mit einer entsprechenden Ausgabe von zahlungslosen Anteilen an die Muttergesellschaft (vgl. H.E. Büschgen, Wertpapieranalyse, Stuttgart 1966, S. 301), ist es möglich, zu Belastungen zu kommen, die in den Ausschüttungsphasen (2) und (3) unter denen des Kurvenabschnitts CH liegen. In der Bundesrepublik kann nämlich für solche Stockdividenden der ermäßigte KSt-Satz beansprucht werden, vgl. R. Kraushaar, a.a.O., S. 93. Außerdem kann die Mutterge-

Welche steuerlich günstigste Gewinnverwendung ist nun von dieser Kurve abzuleiten, wenn die Muttergesellschaft für eigene Zwecke 0 % bis 100 % des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns für sich beansprucht?

Wünscht die Muttergesellschaft einen Gewinn, der kleiner als 59,21 % ist, wird die Tochtergesellschaft in jedem Fall eine Ausschüttung von 59,21 % (A_1) vornehmen, die Muttergesellschaft wird den nichtbenötigten Gewinn zurückführen, so daß die Steuerlast stets 46,55 % beträgt¹⁾.

Beansprucht die Muttergesellschaft einen Gewinn, der zwischen 59,21 % und 100 % liegt, wird die Tochtergesellschaft den gewünschten Betrag ausschütten, so daß Belastungen entstehen, die auf dem Kurvenabschnitt CH liegen, also sich auf 46,55 % bis 51,87 % belaufen.

Wird von dem für den US-Konzern ungünstigsten Fall ausgegangen, der - wie schon betont - nicht die Regel sein wird, daß nämlich einmal jede Zuführung die höhere Kapitalertragsteuer auslöst, zum anderen anfallende "excess tax" nicht mit US-Körperschaftsteuer verrechenbar ist, dann geben die Kurven ACH, ADH, AEH, AFH und AGH die effektiv zu tragende Gesamtsteuerlast an. Wie sieht unter diesen Umständen die steuerlich optimale Gewinnverwendung aus?

sellschaft ohne weiteres erreichen, daß die Stockdividenden nicht der US-KSt unterliegen, vgl. R. Kraushaar, a.a.O., S. 92f.; W. Friedrich, Die Freiaktie in USA und Deutschland, in: Steuer und Wirtschaft, 33. Jg. (1956), Sp. 313ff.; M.A. Chirelstein, L. Day, E.A. Owens, a.a.O., S. 744ff. Die Folge ist, daß eine Kombination von normaler Ausschüttung und der Ausgabe von Stockdividenden für die US-Tochtergesellschaften in nicht wenigen Fällen steuerlich reizvoll sein kann. Kraushaar (a.a.O., S. 103) vermutet, daß beispielsweise 1963 sowohl die Kodak AG, Stuttgart, als auch die Adam Opel AG, Rüsselsheim, auf solche Weise ihren Gewinn verwandt haben.

- 1) Es ist ratsam, von dieser Gewinnverwendung nur in den Fällen abzuweichen, d.h. genau den von der Muttergesellschaft für sich gewünschten Betrag auszuschütten, wenn die dadurch entstehende Mehrbelastung durch "excess tax", die auf US-KSt anrechenbar ist, überkompensiert wird.

Wird ein Gewinn gewünscht, der unter 59,21 % des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns liegt, ist es am günstigsten, nicht etwa genau den gewünschten Betrag auszuschütten oder etwa A_1 und den überschüssigen Betrag zurückzuführen, sondern eine Ausschüttung vorzunehmen, die in der Ausschüttungsphase (2) liegt und für die gilt, daß sie für den Betrag, der von der Muttergesellschaft nicht benötigt und deshalb zurückgeführt wird, die steuerlich optimale Ausschüttung darstellt.

Ein Beispiel zur Veranschaulichung. Beansprucht die Muttergesellschaft 42.500.118 DM, ist es am vorteilhaftesten, 56.666.824 DM (A_2) auszuschütten und 25 % davon zurückzuführen. Hiermit ist die niedrigstmögliche Steuerlast von 46,89 % verbunden.

Je niedriger der von der Muttergesellschaft gewünschte Gewinn ist, um so höher ist die steuerlich günstigste Ausschüttung und die damit verbundene Reinvestitionsquote. Will die Muttergesellschaft beispielsweise 16.990.697 DM für sich haben, ist es optimal, 67.962.790 DM (A_4) auszuschütten und 75 % dieser Summe zu reinvestieren, beansprucht sie überhaupt nichts vom Gewinn, ist es am vorteilhaftesten, 74.174.109 DM (A_5) auszuschütten und ganz zurückzuführen. Der Grund für diese günstigste Art der Gewinnverwendung liegt im Verrechnungsverfahren begründet.

Wünscht die Muttergesellschaft Gewinne, die von 59,21 % bis 100 % reichen, werden entsprechend hohe Ausschüttungen vorgenommen werden.

Festzuhalten bleibt, gleich wie der Gewinn der Tochtergesellschaft zwischen ihr und der Muttergesellschaft aufgeteilt werden soll, werden auf Grund der steuerlich optimalen Gewinnverwendung Belastungen entstehen, die auf dem Kurvenabschnitt CH liegen, sich also zwischen 46,55 % und 51,87 % bewegen¹⁾.

1) Durch die "over-all limitation" und den "carry-over process" ist es möglich, daß "excess tax", die nicht im Zusammenhang mit den Ausschüttungen aus der Bundesrepublik entstanden ist, zu Belastungen führt, die erheblich niedriger sind als jene, die auf dem Kurvenabschnitt CH liegen. Dadurch kann sich die durchschnittliche Belastung mehrerer Jahre erheblich ermäßigen.

SIEBENTES KAPITEL: DIE WIRKUNG UNTERSCHIEDLICH HOHER ER-
TRAGSTEUERN AUF DAS WACHSTUM DER
UNTERNEHMEN

Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß in der Regel erhebliche ertragsteuerliche Vorteile für US-Konzerne gegenüber deutschen Kapitalgesellschaften bestehen. Wie sich die damit verbundene geringere Selbstfinanzierungsmöglichkeit auf das Wachstum deutscher Unternehmungen auswirkt, hängt vor allem von zweierlei ab: einmal von dem Kapitalbedarf, der erforderlich ist, um die Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen durchführen zu können, die für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind, zum anderen von den Finanzierungsmöglichkeiten, diesen Kapitalbedarf zu decken.

Bei großen Unternehmungen, denen der Zugang zum organisierten Kapitalmarkt offen steht, kann folgende Finanzierungssituation eintreten: Das Grundkapital ist nicht aufstockbar, da sich die Börse in einer Baisseperiode befindet¹⁾. "Die weitverbreitete Meinung, daß niedrige Emissionskurse in solchen Situationen den Anreiz zum Erwerb von Aktien wesentlich erhöhen könnten, hält übrigens einer Nachprüfung nicht stand²⁾." Ein anderer Grund gegen die Ausgabe junger Aktien könnte eine eintretende Kapitalverwässerung sein, also ein zu hohes dividendenpflichtiges Grundkapital im Verhältnis zu den erzielbaren Gewinnen³⁾. Kommt hinzu, daß mittel- und langfristige Kredite nicht gewährt werden, weil der Verschuldungsspielraum - abhängig von der Beleihungsgrenze, dem Verhältnis des Fremdkapitals zum Eigenkapital sowie von den Risiken der Unternehmung⁴⁾ - voll ausgenutzt ist, hängt es allein von der Selbstfinanzierung ab, in welchem Umfange die für das Wachstum geplanten Investitionen getätigt werden können.

1) Vgl. H.J. Abs, Grenzen der Verschuldung, Handelsblatt vom 10./11. Mai 1963, Nr. 89, S. 5.

2) ebenda.

3) Vgl. E. Gutenberg, Über den Einfluß der Gewinnverwendung auf das Wachstum der Unternehmen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 33. Jg. (1963), S. 201.

4) Vgl. H.J. Abs, a.a.O., S. 5.

Häufiger noch als die großen Kapitalgesellschaften sind die kleineren und mittleren Unternehmungen vorwiegend auf die Selbstfinanzierung angewiesen¹⁾. So kamen englische und amerikanische Wissenschaftler zu dem Ergebnis²⁾, daß die Selbstfinanzierung bei kleineren und mittleren Unternehmungen bedeutend mehr als bei großen dazu beiträgt, den Kapitalbedarf zu decken. Dies ist verständlich, da den kleineren und mittleren Gesellschaften in der Regel der Zutritt zur Börse versperrt ist, Eigenkapitalgeber sich nicht immer finden lassen und die Kreditspielräume bald ausgenutzt sind.

Besonders für kleine und mittlere kapitalintensive Unternehmungen, für die ein starkes Wachstum notwendig ist, um möglichst bald eine kostengünstige Betriebsgröße zu erreichen, ist eine ausreichende Selbstfinanzierung oft die Existenzfrage³⁾. "Eines der größeren Risikoelemente für eine kleine Unternehmung ist die Gefahr, in einer Kapitalverknappung gefangen zu werden und darum ein Projekt auf der Schwelle des Erfolges aufgeben zu müssen⁴⁾."

Übersehen werden darf dabei nicht, daß eine niedrigere Ertragsteuerlast nicht nur die Selbstfinanzierungsmöglichkeit verbessert, sondern auch gleichzeitig die Kreditunterlage vergrößert. Sellien weist nach⁵⁾, daß bei einem Eigenkapital von 100, mit dem Vermögenswerte finanziert

1) Vgl. H.J. Abs, a.a.O., S. 5.

2) Vgl. J. Lintner, J.K. Butters, Effects of taxes on concentration, in: Business concentration and price policy (N.B.E.R.), Princeton 1955, S. 239-275; Studies in company finance, ed. by B. Tew and R.F. Henderson, Cambridge 1959 (insbes. Tab. S. 117 sowie S. 42ff., 108ff., 64ff.), zitiert nach H. Hirsch, Die Selbstfinanzierung in der Steuerpolitik, in: Finanzarchiv, Neue Folge, Bd. 25, 1966, S. 438.

3) Vgl. J.K. Butters, J. Lintner, Effect of federal taxes in growing enterprises, Boston 1945, S. 167-187, insbes. S. 182, zitiert nach H. Hirsch, a.a.O., S. 437.

4) Vgl. J. Lintner, J.K. Butters, Effects of taxes on concentration, a.a.O., S. 250, zitiert nach H. Hirsch, a.a.O., S. 439.

5) H. Sellien, Finanzierung, Wiesbaden o.J., S. 83ff.

werden, die zu 75 % als Kreditunterlage dienen können, Fremdkapital in Höhe von 400 aufgenommen werden kann, sofern dieses auch dazu verwandt wird, um beleihbare Vermögenswerte in Höhe von 75 % zu erwerben.

Aber auch wenn unterstellt wird, daß es gelingt, die geringere Selbstfinanzierung gegenüber den US-Konzernen durch die Aufnahme von Eigen- und Fremdkapital auszugleichen, bleiben die deutschen Unternehmungen benachteiligt: Die Aufnahme von Fremdkapital ist mit Zinsen und Rückzahlungsraten verbunden, die besonders bei rückläufigen Gewinnen Liquidität und Rentabilität belasten. Außerdem kann mit Fremdkapital ein Einfluß des Kapitalgebers auf die Geschäftsleitung verbunden sein. Ein erhöhtes Beteiligungskapital ist oft mit dem Zwang gekoppelt, in Zukunft höhere Gewinne auszuschütten¹⁾.

Zusammengefaßt kann festgestellt werden: Je eher eine deutsche Unternehmung darauf angewiesen ist, ihr Wachstum durch zurückbehaltene Gewinne zu finanzieren, um so stärker schwächt die höhere Ertragsteuerlast ihre Wettbewerbslage gegenüber US-Konzernen. Von dieser Gefahr werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmungen, die mit US-Tochtergesellschaften um die Märkte kämpfen, bedroht.

1) Vgl. H.J. Abs, a.a.O., S. 5: "Für die internationale Wettbewerbsposition einer Gesellschaft spielt es eine wesentliche Rolle, ob sie ein im Verhältnis zu ihrer Größe umfangreiches oder kleines Eigenkapital mit Dividende zu bedienen hat. Das Problem wird deutlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß zum Beispiel führende amerikanische Gesellschaften mit einem dividendenpflichtigen Aktienkapital arbeiten, das nur etwa einem Achtel der gesamten ausgewiesenen Eigenmittel entspricht. Sieben Achtel der Eigenmittel bestehen in diesen Fällen aus dividendenfreien Rücklagen."

ACHTES KAPITEL: ZUSAMMENFASSENDES ERGEBNIS DER UNTERSUCHUNG

(1) US-Konzerne üben durch ihre Tochtergesellschaften in der Bundesrepublik einen beträchtlichen wirtschaftlichen Einfluß aus, der ständig zunimmt. Unternehmungen keines anderen Landes besitzen in Deutschland solche Marktanteile wie die amerikanischen. Hieraus ist die Bedeutung der Frage ableitbar, wie die ertragsteuerliche Wettbewerbslage deutscher Unternehmungen gegenüber den amerikanischen Konkurrenten beschaffen ist. Dies erklärt wiederum die zahlreichen Beiträge in Zeitungen, Fachzeitschriften und Büchern, die sich mit dem hier erörterten Problem auseinandersetzen. Allerdings beschränken sich die Untersuchungen - mehr oder weniger in Form von Einzelbeispielen durchgeführt - nur auf einen Ausschüttungsbereich, dessen Grenze die maximale Ausschüttung bildet, obwohl die Dividenden der US-Tochtergesellschaften oft darüber hinausgehen. Ein weiterer Mangel ist der, daß die steuerliche Behandlung der ausgeschütteten Dividenden in den USA bei der Muttergesellschaft meistens zu knapp erörtert wird. Besonders durch die Anhebung der Kapitalertragsteuer für reinvestierte Dividenden ist es aber notwendig geworden, auch die Verrechnungsmöglichkeiten des "foreign tax credit" mit US-Körperschaftsteuer, den "carry-over process" sowie die "over-all limitation" mit in die Betrachtung einzubeziehen.

(2) Die unterschiedlichen Ergebnisse in der Literatur über die Wettbewerbslage hat die Modellanalyse bestätigt, da sich sowohl ertragsteuerliche Vorteile der US-Konzerne als auch solche der deutschen Kapitalgesellschaften ergeben haben. Welche der Belastungsdifferenzen für ein praxisgerechtes Urteil den Ausschlag geben sollen, hängt von der Vorfrage ab, welche Annahmen im Hinblick auf die Wettbewerbslage als maßgebend anzusehen sind.

Die Untersuchung ist zu folgenden Antworten gekommen:

(a) Bei der Einzelkapitalgesellschaft ist in erster Linie auf die volle Gewinnthesaurierung abzustellen. Wohl müssen auch die Steuerlasten berücksichtigt werden, die mit Ausschüttungen verbunden sind, allerdings ist ihnen in ihrer

Bedeutung weniger Gewicht beizulegen. Zudem ist es angebracht, von Ausschüttungen auszugehen, die vorwiegend im unteren Bereich des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns liegen.

(b) Beim deutschen Konzern mit Schachtelprivileg ist von einem vollen Anfall der Nachsteuer auszugehen. Je größer der Wegfall der Nachsteuer ist, der unterstellt wird, um so mehr wird man sich vom Regelfall entfernen.

(c) Bei dem US-Konzern, der verschiedene Möglichkeiten hat, bestimmte Gewinnaufteilungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft durchzuführen, muß von der jeweils steuerlich optimalen Gewinnverwendung ausgegangen werden, d.h. von mittleren bis hohen Ausschüttungen der Tochtergesellschaft, wobei die Beträge, welche die Muttergesellschaft nur aus steuerlichen Gründen erhalten hat, von ihr zurückgeführt werden. - Die Analyse der Jahresabschlüsse der Ford-Werke AG und der Adam Opel AG hat diese im Modell herausgefundene günstigste Gewinnverwendung im Prinzip bestätigt.

(3) Die Erhöhung der Kapitalertragsteuer für reinvestierte Dividenden nach dem Revisionsabkommen erfüllt nicht ihren Zweck, die tatsächliche Steuerlast auf die Gewinne der US-Tochtergesellschaften zu erhöhen. Einmal bestehen Möglichkeiten, den Kapitalertragsteuer-Zuschlag für zurückgeführte Ausschüttungen zu vermeiden. Zum anderen wird es in der Regel möglich sein, die höhere Kapitalertragsteuer, soweit sie doch anfällt, mit US-Körperschaftsteuer zu verrechnen, und zwar insbesondere dann, wenn - wie es der Wirklichkeit entspricht - von einem mehrjährigen Betrachtungszeitraum ausgegangen wird sowie von der "over-all limitation". Es kann deshalb für den US-Konzern die Steuerbelastungskurve unterstellt werden, die auch vor der Dividendenneuregelung gegolten hat.

(4) Konkret lassen sich die folgenden Aussagen treffen. Für die Wettbewerbslage unter dem Gesichtspunkt der Ertragsteuern ist dieser Fall am bedeutsamsten: Die deutsche Einzelkapitalgesellschaft thesauriert zu 100 % den Gewinn, die Schachtelgewinne des deutschen Konzerns unterliegen

voll der Nachsteuer, so daß der körperschaftsteuerpflichtige Gewinn vor Abzug der Gewerbeertragsteuer - der Bezugsgewinn also - mit Steuern in Höhe von 57,37 % belastet wird. Die Steuerlast des US-Konzerns muß dagegen mit 46,55 % bis 51,87 % angesetzt werden. Hieraus ergibt sich eine Mehrbelastung der deutschen Steuerbelastungseinheiten in Höhe von 10,82 % bis 5,5 %, wobei auf Grund der Gewinnverwendungspolitik der US-Konzerne die Mehrbelastung sich eher zu 10,82 % als zu 5,5 % neigen wird.

Wird davon ausgegangen, daß die Einzelkapitalgesellschaft bis zu 30 % ihres körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns ausschüttet, verringert sich ihre Steuerlast bis zu 47,97 %. Werden der US-Tochtergesellschaft ebenfalls Gewinne bis zu dieser Höhe für Dividendenausschüttungen der Muttergesellschaft entzogen, kann jeweils von einer Steuerlast von 46,55 % ausgegangen werden, so daß sich die Mehrbelastung der Einzelkapitalgesellschaft zwischen 10,82 % und 1,42 % bewegt. Erst wenn sie mehr als 34,54 % des Gewinns ausschüttet, wird sie steuerlich besser gestellt.

Selbst wenn angenommen wird, die jeweilige Ausschüttung der Tochtergesellschaft bleibt bis zu 17,55 % nachsteuerfrei, ist die deutsche Steuerbelastungseinheit bei jeder Ausschüttung - mit Ausnahme der von 100 % - höher belastet. Eine teilweise günstigere Belastung gegenüber dem US-Konzern bzw. eine gleiche Belastung stellt sich erst ein, wenn die Schachtelausschüttungen in Höhe von 17,55 % bis 58,33 % nachsteuerfrei bleiben, eine niedrigere Belastung im gesamten Ausschüttungsbereich ergibt sich erst bei einer noch höheren Nachsteuerfreiheit.

Das Ergebnis der Untersuchung kann so zusammengefaßt werden: Auch nach der Neuregelung der Dividendenbesteuerung sind amerikanische Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik ertragsteuerlich nicht unerheblich bevorzugt. Unter Bedingungen, die für die Wettbewerbslage als ausschlaggebend zu betrachten sind, werden die Gewinne der US-Tochtergesellschaften in der Regel mit rund 5 % bis rund 11 % weniger mit Ertragsteuern belastet. - Bedeutsam daran ist,

daß es sich nicht um eine einmalige, sondern um eine jährlich wiederholbare Ersparnismöglichkeit handelt. Sie wird von den US-Konzernen seit Jahren, seit 1958 nämlich, genutzt. Wenn der daraus entstandene Mehrgewinn beispielsweise für die Adam Opel AG im Zeitraum von 1958 bis 1967 mit 150 Mill. M angesetzt wird, ist diese Zahl eher zu niedrig als zu hoch gegriffen¹⁾.

(5) Die ertragsteuerlichen Vorteile der US-Konzerne wirken sich gegenüber deutschen Kapitalgesellschaften um so nachteiliger aus, je mehr diese auf Selbstfinanzierung angewiesen sind. Dies wird besonders dann stark der Fall sein, wenn die deutschen Kapitalgesellschaften kapitalintensiv und klein bis mittelgroß sind.

(6) Wie aus der Anfrage im Bundestag hervorgegangen ist, besteht das Problem der ertragsteuerlichen Wettbewerbslage nicht nur gegenüber amerikanischen Kapitalgesellschaften, sondern auch gegenüber anderen ausländischen Unternehmungen, insbesondere gegenüber Tochtergesellschaften in der Bundesrepublik, deren Muttergesellschaften in Holland, Schweiz und Liechtenstein, Großbritannien und Frankreich ihren Sitz haben²⁾.

Wird die Wettbewerbslage der deutschen Kapitalgesellschaften gegenüber diesen ausländischen Tochtergesellschaften untersucht, kann die vorliegende Arbeit von der Methode und vom Inhalt her nützlich sein.

Methodisch ist es empfehlenswert, sich nicht darauf zu beschränken, einige Beispiele durchzurechnen, sondern - wie es hier getan worden ist - eine systematische Modellanalyse durchzuführen, um zuerst einmal die Skala der möglichen Belastungsdifferenzen zu erhalten. Bei einer solchen Modellanalyse ist die Besteuerung der ausgeschütteten Dividenden bei der Muttergesellschaft im Ausland möglichst wirklichkeitsnah zu untersuchen, da Mutter- und Tochter-

1) Vgl. K. Blauhorn, a.a.O., S. 100. Er schätzt die Steuersparnis für die Adam Opel AG bedeutend höher ein.

2) O.V., Die Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals, a.a.O., S. 21f.

gesellschaft als Steuerbelastungseinheit aufzufassen sind. Die Erarbeitung der möglichen Belastungsunterschiede stellt nur den ersten Schritt dar, um zu einem praxisgerechten Urteil über die Wettbewerbslage unter dem Gesichtspunkt der Ertragsteuern zu kommen. Hinzukommen muß die Auswahl der Belastungsunterschiede, die sich unter Bedingungen ergeben, die für die Wettbewerbslage als maßgebend anzusehen sind.

Soweit es sich um die deutschen Kapitalgesellschaften handelt, können die Gesichtspunkte, die für sie als bestimmend für die Wettbewerbslage erarbeitet worden sind, übernommen werden. Außerdem kann vom Inhalt alles weitere verwandt werden, soweit es sich auf die deutschen Kapitalgesellschaften bezieht.

Es empfiehlt sich, mit Kurvendiagrammen zu arbeiten, die nicht nur die Gesamtsteuerlasten der Steuerbelastungseinheiten darstellen, sondern auch ihre Zusammensetzung aus den einzelnen Steuerarten sowie die Abhängigkeit der einzelnen Steuerarten von den verschiedenen Einflußfaktoren. Je komplizierter die Beziehungen sind, um so mehr werden die Kurvendiagramme nicht nur ein Mittel der Veranschaulichung sein, sondern auch einen Weg darstellen, zumindestens leichter als mit Zahlentabellen allein zu Einsichten zu kommen.

NEUNTES KAPITEL: ÄNDERUNGSVORSCHLAG FÜR DIE
DIVIDENDENBESTEUERUNG

Die Neuregelung der Dividendenbesteuerung - wie sie im Revisionsabkommen von 1965 niedergelegt worden ist - führt in der Regel nicht dazu, daß die ertragsteuerlichen Vorteile der US-Konzerne gegenüber deutschen Kapitalgesellschaften verringert werden.

Der folgende Vorschlag könnte eine Möglichkeit darstellen, die unterschiedliche ertragsteuerliche Wettbewerbslage aneinander anzupassen: Die Kapitalertragsteuer für ausgeschüttete Dividenden wird auf 15 % begrenzt, dafür wird aber die US-Tochtergesellschaft für zurückgeführte Dividenden mit 21 % Nachsteuer belastet¹⁾. Damit wäre die Steuerbelastung der US-Tochtergesellschaft, sofern ihr die Dividenden wieder zur Verfügung gestellt werden, ebenso hoch wie die einer deutschen Einzelkapitalgesellschaft bzw. wie die eines deutschen Konzerns mit Schachtelprivileg, wenn sie den Gewinn zurückbehalten.

Damit die Nachsteuer nicht durch das Verrechnungsverfahren in den USA mit US-Körperschaftsteuer aufgerechnet werden kann, wodurch sich die Nachsteuerwirkung ganz oder teilweise aufheben würde, sollte die Nachsteuer nicht in den "foreign tax credit" einbezogen werden. Für den US-Fiskus hätte diese Regelung den Vorteil, daß die deutschen Steuerbeträge, welche die US-Körperschaftsteuer kürzen, kleiner als zur Zeit wären.

Für die Feststellung, in welchen Fällen eine Dividende als zurückgeführt angesehen werden muß, könnte an die Regelung angeknüpft werden, die für die Erhebung der 25 %igen Kapitalertragsteuer gilt.

Allerdings sollten einige Änderungen vorgenommen werden. Es empfiehlt sich, den dreijährigen Verrechnungszeitraum auszudehnen, etwa auf fünf Jahre, damit es schwieriger wird, die Nachsteuer durch eine geschickte Zuführungs-

1) Eine ähnliche Lösung deutet R. Kraushaar (a.a.O., S.186) an.

taktik zu umgehen. Außerdem sollte der Vorschlag von Boldt¹⁾ aufgegriffen werden, eine Regelung zu übernehmen, die im Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Französischen Republik in Artikel 14, Abs. 3 niedergelegt worden ist²⁾. Nach ihr ist es die Aufgabe des Wohnsitzstaates des Dividendenempfängers - im vorliegenden Fall wären es die USA - zu prüfen, ob die Voraussetzungen vorliegen, nur 15 % Kapitalertragsteuer zu erheben. Dadurch wäre es für die US-Muttergesellschaft bedeutend schwieriger, das "Schütt'-aus-hol'-zurück-Verfahren" zu praktizieren, ohne daß Nachsteuer anfällt.

1) Vgl. K. Boldt, a.a.O., S. 58.

2) Vgl. Sammlung der eidgenössischen Gesetze (Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen), Bern 1968, Band 1967, S. 1090.

Anhang

1. Die Ermittlung der Zahlen der Tabelle 3 (Angaben in DM)

(1) Berechnung des "foreign tax credit" für die Dividende des Jahres 1960 in Höhe von 10.000

Der "foreign tax credit" ("f.t.c.") setzt sich aus dem "direct foreign tax credit" ("d.f.t.c.") und dem "indirect foreign tax credit" ("i.f.t.c.") zusammen.

$$\text{KSt} = 0,15 \times 10.000 + 0,51 (90.000 - 10.000) = 42.300$$

$$\text{"d.f.t.c."} = 0,15 \times 10.000 = 1.500$$

$$\text{"i.f.t.c."} = \frac{10.000 (42.300 + 10.000)}{100.000 - (42.300 + 10.000)} = 10.964$$

$$\text{"f.t.c."} = 12.464$$

=====

(2) Berechnung der "per-country limitation" für den "foreign tax credit" des Jahres 1960

Die Steuerbemessungsgrundlage setzt sich zusammen aus der Ausschüttung (10.000) sowie aus dem "gross-up"-Betrag (10.964). Auf die Summe (20.964) entfällt eine US-KSt von $10.062 = 0,48 \times 20.964$, die gleichzeitig die Anrechnungsgrenze darstellt.

(3) Berechnung des "foreign tax credit" für die Dividende des Jahres 1961 in Höhe von 60.000

$$\text{KSt} = 0,15 \times 60.000 + 0,51 (90.000 - 60.000) = 24.300$$

$$\text{"d.f.t.c."} = 0,15 \times 60.000 = 9.000$$

$$\text{"i.f.t.c."} = \frac{60.000 (24.300 + 10.000)}{100.000 - (24.300 + 10.000)} = 31.324$$

$$\text{"f.t.c."} = 40.324$$

=====

(4) Berechnung der "per-country limitation" für den "foreign tax credit" des Jahres 1961

Die Steuerbemessungsgrundlage setzt sich zusammen aus der Ausschüttung (60.000) sowie aus dem "gross-up"-Betrag (31.324). Auf die Summe (91.324) entfällt eine US-KSt von $43.836 (0,48 \times 91.324)$, die gleichzeitig die Anrechnungsgrenze darstellt.

(5) Berechnung der "per-country limitation" für die Dividendensumme der Jahre 1960 und 1961 in Höhe von 70.000

Die Steuerbemessungsgrundlage setzt sich zusammen aus der Ausschüttung (70.000) sowie aus den beiden "gross-up"-Beträgen (10.964, 31.324). Auf die Summe entfällt eine US-KSt von 53.898 ($0,48 \times 112.288$), die gleichzeitig die Anrechnungsgrenze darstellt.

2. Die Ermittlung der Zahlen der Tabelle 6 (Angaben in
1000 DM)

(1) Berechnung des "foreign tax credit" für die Ausschüttung der Dividende von 500 in 1964 oder in den ersten 60 Tagen des Jahres 1965

$$\text{"f.t.c."} = 75 + \frac{500 \times (330 + 100)}{1.100 - 330 - 100} = 395$$

(2) Berechnung des "foreign tax credit" für die Ausschüttung der Dividende von 500 im Zeitraum vom 2.3.1965 bis 1.3.1966

Es wird von der US-Finanzverwaltung unterstellt, daß die Dividenden in Höhe von 294 aus dem Gewinn des Jahres 1965 stammen und der Rest von 206 aus dem des Jahres 1964 herrührt, so daß es notwendig ist, den "indirect foreign tax credit" beider Jahre zu ermitteln.

$$\text{"i.f.t.c."}_{64} = \frac{206 \times (330 + 100)}{1.100 - 330 - 100} = 132$$

$$\text{"i.f.t.c."}_{65} = \frac{294 \times (306 + 60)}{660 - 306 - 60} = 366$$

Der "foreign tax credit" setzt sich also zusammen aus dem "indirect foreign tax credit" in Höhe von 498 und dem "direct foreign tax credit" in Höhe von 75, so daß eine Gutschrift von insgesamt 573 entsteht.

2. Tabelle 14: Zahlenangaben zum Kurvendigramm 1

Ausübung	Belastung des deutschen Konzerns und der Einzelkapitalgesellschaft	Belastung des US-Konzerns			Belastungsdifferenzen (Sp.2 +/- Sp.6) bei R_q in v.H. A		
		Deutsche Steuern (KSt, GewEst, KapEst) bei R_q in v.H. A	US-KSt vor Abzug des "foreign tax credit" (Anrechnungsgrenze)	US-KSt-Rest "excess tax" (./.) bei R_q in v.H. A	Gesamtbelastung des US-Konzerns (Sp.3+5) bei R_q in v.H. A		
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	in v.H. G _B
in v.H. G _k	2	3	4	5	6	7	8
1	o	57.370.000	-	-	57.370.000	o	o
2	26.100.000 30,00	a) 51.889.000 b) 52.541.500 c) 53.104.000 d) 53.846.500 e) 54.499.000	24.080.268	a) ./.. 3.901.956 b) ./.. 4.554.456 c) ./.. 5.206.956 d) ./.. 5.859.456 e) ./.. 6.511.956	a) 51.889.000 b) 52.541.500 c) 53.104.000 d) 53.846.500 e) 54.499.000	a) + 5.481.000 b) + 4.828.500 c) + 4.176.000 d) + 3.523.500 e) + 2.871.000	a) + 5,48 b) + 4,83 c) + 4,18 d) + 3,52 e) + 2,87
3	43.500.000 50,00	a) 48.235.000 b) 49.322.500 c) 50.410.000 d) 51.497.500 e) 52.585.000	35.820.896	a) ./.. 1.830.970 b) ./.. 2.918.470 c) ./.. 4.005.970 d) ./.. 5.093.470 e) ./.. 6.180.970	a) 48.235.000 b) 49.322.500 c) 50.410.000 d) 51.497.500 e) 52.585.000	a) + 9.135.000 b) + 8.047.500 c) + 6.960.000 d) + 5.872.500 e) + 4.785.000	a) + 9,14 b) + 8,05 c) + 6,96 d) + 5,87 e) + 4,79
4	51.515.563 59,21 (A _{opt} bei $R_q=0$ i.v.H.A)	a) 46.551.731 b) 47.839.621 c) 49.127.510 d) 50.415.399 e) 51.703.288	40.420.476	a) ./.. 1.288.511 b) ./.. 2.576.400 c) ./.. 3.864.289 d) ./.. 5.152.178 e) ./.. 6.440.067	a) 46.551.731 b) 47.839.621 c) 49.127.510 d) 50.415.399 e) 51.703.288	a) + 10.818.269 b) + 9.530.379 c) + 8.242.490 d) + 6.954.001 e) + 5.666.712	a) + 10,82 b) + 9,53 c) + 8,24 d) + 6,95 e) + 5,67
5	56.666.824 65,13 (A _{opt} bei $R_q=25$ i.v.H.A)	a) 45.469.967 b) 46.886.637 c) 48.303.308 d) 49.719.978 e) 51.136.649	43.154.135	a) + 1.416.488 b) ./.. 182 c) ./.. 1.416.853 d) ./.. 2.833.523 e) ./.. 4.250.194	a) 46.886.455 b) 46.886.637 c) 48.303.308 d) 49.719.978 e) 51.136.649	a) + 10.483.545 b) + 10.483.363 c) + 9.066.592 d) + 7.650.022 e) + 6.233.351	a) + 10,48 b) + 10,48 c) + 9,07 d) + 7,65 e) + 6,23
6	62.140.814 71,43 (A _{opt} bei $R_q=50$ i.v.H.A)	a) 44.320.429 b) 45.873.949 c) 47.427.470 d) 48.980.990 e) 50.534.511	45.888.110	a) + 3.107.572 b) + 1.554.052 c) + 1.552.531 d) ./.. 1.552.990 e) ./.. 3.106.510	a) 47.428.001 b) 47.428.001 c) 47.428.001 d) 48.980.990 e) 50.534.511	a) + 9.941.999 b) + 9.941.999 c) + 9.941.999 d) + 8.309.010 e) + 6.835.489	a) + 9,94 b) + 9,94 c) + 9,94 d) + 8,31 e) + 6,84

Fortsetzung der Tabelle 14

Ausschüttung	Belastung des deutschen Konzerns und der Einzelkapitalgesellschaft		Belastung des US-Konzerns				Belastungsdifferenzen (Sp. 2 + Sp. 6) bei R_q in v.H. A	
	DM	in v.H. G_k	Deutsche Steuern (KSt, GewSt, KapSt) bei R_q in v.H. A	US-KSt vor Abzug des "foreign tax credit" (Anrechnungsgrenze)	US-KSt-Rest "excess tax" (./.) bei R_q in v.H. A	Gesamtbelastung des US-Konzerns (Sp. 3+5) bei R_q in v.H. A		
	DM		a) 0 b) 25 c) 50 d) 75 e) 100	DM	a) 0 b) 25 c) 50 d) 75 e) 100	DM	a) 0 b) 25 c) 50 d) 75 e) 100	
in v.H. G_k	DM	2	DM	DM	DM	DM	DM	In v.H. G_B
1			3	4	5	6	7	8
7	66.607.200 76,56	57.370.000	a) 43.362.488 b) 45.047.668 c) 46.712.848 d) 48.378.028 e) 50.043.208	47.998.997	a) + 4.617.207 b) + 2.952.027 c) + 1.286.847 d) ./. 378.253 e) ./. 2.043.513	a) 47.999.695 b) 47.999.695 c) 47.999.695 d) 48.378.028 e) 50.043.208	a) + 9.370.305 b) + 9.370.305 c) + 9.370.305 d) + 8.991.972 e) + 7.326.792	a) + 9,37 b) + 9,37 c) + 9,37 d) + 8,99 e) + 7,33
8	67.962.790 78,12 (A_{opt} bei $R_q=75$ i.v.H.A)	57.370.000	a) 43.097.815 b) 44.796.884 c) 46.495.954 d) 48.195.024 e) 49.894.094	48.619.658	a) + 5.097.075 b) + 3.388.006 c) + 1.698.956 d) ./. 134 e) ./. 1.699.204	a) 48.194.890 b) 48.194.890 c) 48.194.890 d) 48.195.024 e) 48.894.094	a) + 9.175.110 b) + 9.175.110 c) + 9.175.110 d) + 9.174.976 e) + 7.475.906	a) + 9,18 b) + 9,18 c) + 9,18 d) + 9,17 e) + 7,48
9	69.600.000 80,00	57.370.000	a) 42.754.000 b) 44.494.000 c) 46.234.000 d) 47.974.000 e) 49.714.000	49.357.326	a) + 5.689.563 b) + 3.949.563 c) + 2.209.563 d) + 469.563 e) ./. 1.270.437	a) 48.443.563 b) 48.443.563 c) 48.443.563 d) 48.443.563 e) 49.714.000	a) + 8.926.437 b) + 8.926.437 c) + 8.926.437 d) + 8.926.437 e) + 7.656.000	a) + 8,95 b) + 8,95 c) + 8,95 d) + 8,95 e) + 7,66

Ausschüttung	Belastung des deutschen Konzerns und der Einzelkapitalgesellschaft	Belastung des US-Konzerns			Belastungsdifferenzen (Sp.2 -/. Sp.6) bei R _q in v.H. A		
		Deutsche Steuern (KSt, GewEst, KapEst) bei R _q in v.H. A	US-KSt vor Abzug des "foreign tax credit" (Anrechnungsgrenze)	US-KSt-Rest "(+)" "excess tax" (./) bei R _q in v.H. A	Gesamtbelastung des US-Konzerns (Sp.3+5) bei R _q in v.H. A	bei R _q in v.H. A	
		a) 0 b) 25 c) 50 d) 75 e) 100	a) 0 b) 25 c) 50 d) 75 e) 100	a) 0 b) 25 c) 50 d) 75 e) 100	a) 0 b) 25 c) 50 d) 75 e) 100	a) 25 b) 50 c) 75 d) 100	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
in v.H. G _K	2	3	4	5	6	7	
10	74.174,109 85,26 (A _{opt} bei R=100 i.v.H.A) R _q	57.370.000	41.793.437 43.647.790 45.502.143 47.356.496 49.210.948	51.351.791	7.416.886 5.562.533 3.708.180 1.853.827 ./.	a) + 8.159,677 b) + 8.159,677 c) + 8.159,677 d) + 8.159,677 e) + 8.159,152	a) + 8,16 b) + 8,16 c) + 8,16 d) + 8,16 e) + 8,16
11	78.300.000 90,00	57.370.000	40.927.000 42.884.500 44.842.000 46.799.500 48.757.000	53.071.253	9.061.142 7.103.642 5.146.142 3.188.642 1.231.142	a) + 7.381,858 b) + 7.381,858 c) + 7.381,858 d) + 7.381,858 e) + 7.381,858	a) + 7,38 b) + 7,38 c) + 7,38 d) + 7,38 e) + 7,38
12	87.000.000 100,00	57.370.000	39.100.000 41.275.000 43.450.000 45.625.000 47.800.000	56.470.588	12.773.529 10.598.529 8.423.529 6.248.529 4.073.529	a) + 5.496,471 b) + 5.496,471 c) + 5.496,471 d) + 5.496,471 e) + 5.496,471	a) + 5,50 b) + 5,50 c) + 5,50 d) + 5,50 e) + 5,50

4. Die Ermittlung der Zahlen der Tabelle 14 (Angaben in M)

Im folgenden wird im einzelnen dargelegt, wie die Zahlen der Zeile 5 errechnet worden sind. Die Erläuterungen sind als Beispiel für die Ermittlung der übrigen Zahlen der Tabelle 14 gedacht.

(1) Spalte 2: Die Ermittlung der Steuerlast des deutschen Konzerns und der deutschen Einzelkapitalgesellschaft

Die Ertragsteuerlast der Einzelkapitalgesellschaft wird mit Formel (10), die des deutschen Konzerns mit Formel (13) ermittelt. Sie beträgt in beiden Fällen 57.370.000.

(2) Spalte 3: Die Ermittlung der Belastung des US-Konzerns mit deutschen Steuern (KSt, GewEST, KapEST)

(a) Die Errechnung der KSt und GewEST

Wird in Formel (10) der Bezugsgewinn in Höhe von 100.000.000 und die Ausschüttung in Höhe von 56.666.824 (65,13 v.H.G._K) eingesetzt, ergibt das:

$$\text{EGB}_a = 0,57 \times 100.000.000 - 0,36 \times 56.666.824 = 36.969.943.$$

(b) Die Errechnung der Kapitalertragsteuer

Sie ist für die verschiedenen Reinvestitionsquoten mit folgender Formel errechenbar, wobei A_r als Abkürzung für zurückgeführte Ausschüttungen benutzt wird:

$$\text{KapEST} = 0,15 (A - A_r) + 0,25 A_r$$

$$R_q = 0 \%$$

$$\text{KapEST} = 0,15 \times 56.666.824 = 8.500.024$$

$$R_q = 25 \%$$

$$\begin{aligned} \text{KapEST} &= 0,15 (56.666.824 - 14.166.706) \\ &+ 0,25 \times 14.166.706 = 9.916.694 \end{aligned}$$

$$R_q = 50 \%$$

$$\begin{aligned} \text{KapEST} &= 0,15 (56.666.824 - 28.333.412) \\ &+ 0,25 \times 28.333.412 = 11.333.365 \end{aligned}$$

$$R_q = 75 \%$$

$$\begin{aligned} \text{KapEST} &= 0,15 (56.666.824 - 42.500.118) \\ &+ 0,25 \times 42.500.118 = 12.750.035 \end{aligned}$$

$$R_q = 100 \%$$

$$\text{KapEST} = 0,25 \times 56.666.824 = 14.166.706.$$

(c) Die Errechnung der Summe der deutschen Steuern

(EGB = KSt + GewEst + KapEst)

Rq = 0 %

EGB = 36.969.943 + 8.500.024 = 45.469.967

Rq = 25 %

EGB = 36.969.943 + 9.916.694 = 46.886.637

Rq = 50 %

EGB = 36.969.943 + 11.333.365 = 48.303.308

Rq = 75 %

EGB = 36.969.943 + 12.750.035 = 49.719.978

Rq = 100 %

EGB = 36.969.943 + 14.166.706 = 51.136.649

(3) Spalte 4: Die Ermittlung der US-KSt vor Abzug des "foreign tax credit"

Hierzu dient folgende Formel, die einen Teil der Formel (22) darstellt:

$$KSt_U = 0,48 \left(A + \frac{A (GewEst + KSt)}{G_B - GewEst - KSt} \right)$$

$$KSt_U = 0,48 \left(56.666.824 + \frac{56.666.824 (13.000.000 + 23.969.943)}{100.000.000 - 13.000.000 - 23.969.943} \right)$$

$$KSt_U = 0,48 (56.666.824 + 33.237.623)$$

$$KSt_U = 43.154.135.$$

(4) Spalte 5: Ermittlung der zu zahlenden US-KSt, der "excess limitation" (+) bzw. des Überschusses des "foreign tax credit" über die US-KSt, der "excess tax" (./.)

(a) Die Ermittlung des "foreign tax credit" für die verschiedenen Reinvestitionsquoten

$$\begin{aligned} \text{"foreign tax credit"} &= \text{"direct foreign tax credit"} + \text{"indirect foreign tax credit"} \\ &\quad (\text{KapEst}) \quad \quad \quad (\text{"gross-up"-Betrag}) \end{aligned}$$

Rq = 0 %

"f.t.c." = 33.237.623 + 8.500.024 = 41.737.647

Rq = 25 %

"f.t.c." = 33.237.623 + 9.916.694 = 43.154.317

Rq = 50 %

"f.t.c." = 33.237.623 + 11.333.365 = 44.570.988

Rq = 75 %

"f.t.c." = 33.237.623 + 12.750.035 = 45.987.658

Rq = 100 %

"f.t.c." = 33.237.623 + 14.166.706 = 47.404.329

(b) Abzug des "foreign tax credit" von der US-KSt

Rq = 0 %

US-KSt - "f.t.c." = 43.154.135 - 41.737.647 = + 1.416.488

Rq = 25 %

US-KSt - "f.t.c." = 43.154.135 - 43.154.317 = ./ . 182

Rq = 50 %

US-KSt - "f.t.c." = 43.154.135 - 44.570.988 = ./ . 1.416.853

Rq = 75 %

US-KSt - "f.t.c." = 43.154.135 - 45.987.658 = ./ . 2.833.523

Rq = 100 %

US-KSt - "f.t.c." = 43.154.135 - 47.404.329 = ./ . 4.250.194

Für Rq = 25 % liegt bei A = 56.666.824 das Belastungsminimum. Wie schon ausgeführt, entsteht bei dieser Ausschüttungshöhe weder eine "excess tax" noch eine "excess limitation". Daß bei allen optimalen Ausschüttungshöhen trotzdem eine "excess tax" entsteht bzw. eine "excess limitation" in Höhe von ein paar zehntausendstel Prozenten, liegt an der Auf- und Abrundung der Zahlen.

(5) Spalte 6: Die Ermittlung der Gesamtbelastung des US-Konzerns

Für Rq = 0 % kommt zu den deutschen Steuern der Teil der US-KSt in Höhe von 1.416.488 hinzu, der nicht mit dem "foreign tax credit" verrechnet werden konnte. Bei den übrigen vier Reinvestitionsquoten entspricht die Gesamtsteuerlast der Belastung mit deutschen Steuern.

Somit ergeben sich nachfolgende Gesamtsteuerlasten.

Rq = 0 %

EGB = 45.469.967 + 1.416.488 = 46.886.488

Rq = 25 %

EGB = 46.886.637

Rq = 50 %

EGB = 48.303.308

Rq = 75 %

EGB = 49.719.978

$$R_q = 100 \%$$

$$EGB = 51.136.649$$

Die Gesamtsteuerlast des US-Konzerns kann auch direkt mit der Formel (23) ermittelt werden.

(6) Spalte 7 und 8: Die Ermittlung der Belastungsdifferenzen

Von der Belastung der deutschen Steuerbelastungseinheiten in Höhe von 57.370.000 (Spalte 2) werden die fünf verschiedenen Steuerlasten des US-Konzerns (Spalte 6) abgezogen.

$$R_q = 0 \%$$

$$BD = 57.370.000 - 46.886.455 = 10.483.545$$

$$R_q = 25 \%$$

$$BD = 57.370.000 - 46.886.637 = 10.483.363$$

$$R_q = 50 \%$$

$$BD = 57.370.000 - 48.303.308 = 9.066.692$$

$$R_q = 75 \%$$

$$BD = 57.370.000 - 49.719.978 = 7.650.022$$

$$R_q = 100 \%$$

$$BD = 57.370.000 - 51.136.649 = 6.233.351$$

Werden die M-Beträge mit 100 multipliziert und durch den Bezugsgewinn von 100.000.000 dividiert, ergeben sich die Prozentsätze (Spalte 8).

5. Die Ermittlung der optimalen Ausschüttungshöhen

Die Ausschüttung, bei der die steuerliche Belastung des US-Konzerns ihr Minimum erreicht, hängt von der Höhe der Reinvestitionsquote ab. Die optimale Ausschüttung liegt jeweils dort, wo die US-KSt vor Abzug des "foreign tax credit" gleich dem "foreign tax credit" ist. Wird diese Ausschüttungshöhe überschritten, tritt zu der Belastung mit deutschen Steuern US-KSt hinzu, wodurch ein Ansteigen der Gesamtsteuerlast bewirkt wird.

Mit folgendem Ansatz läßt sich für jede Reinvestitionsquote die optimale Ausschüttung errechnen:

$$0,48 \left[A + \frac{A (KSt + GewEST)}{G_B - KSt - GewEST} \right] = \underbrace{KapEST}_{\text{"direct foreign tax credit"}} + \underbrace{\frac{A (KSt + GewEST)}{G_B - KSt - GewEST}}_{\text{"indirect foreign tax credit"}}$$

$$\underbrace{\hspace{10em}}_{\text{"US-KSt vor Abzug des \"foreign tax credit\"}} \quad \underbrace{\hspace{10em}}_{\text{"foreign tax credit"}}$$

Für die Reinvestitionsquote von 0 % wird im folgenden beispielhaft gezeigt, wie die optimale Ausschüttung ermittelt worden ist. Für die übrigen Reinvestitionsquoten sind Ansatz und Rechengang gleich. Es besteht nur der Unterschied, daß die Kapitalertragsteuer - der "direct foreign tax credit" - verschieden hoch ist. Während sie bei $R_q = 0\%$ von der jeweiligen Dividende 15 % ausmacht, beträgt sie 17,5 % davon bei $R_q = 25\%$, 20 % bei $R_q = 50\%$, 22,5 % bei $R_q = 75\%$ und 25 % bei $R_q = 100\%$.

Der Ansatz für A_{opt} bei $R_q = 0\%$ ist der folgende, wobei B_g die Abkürzung für den "gross-up"-Betrag darstellt.

$$(1) \quad 0,48 (A + B_g) = 0,15 A + B_g$$

(2) $0,33 \text{ A} = 0,52 \text{ B}_g$

$$(3) \quad A = \frac{0,52}{0,33} B_g$$

$$(4) \quad A = \frac{0,52}{0,33} \times \frac{A (13.000.000 + KSt)}{100.000.000 - 13.000.000 - KSt}$$

Nach Formel (2) lässt sich die Körperschaftsteuer er-
rechnen:

$$KSt = 44.370.000 - 0.36 A.$$

Daraus folgt:

$$(5) A = \frac{0,52}{0,33} \times \frac{A (57.370.000 - 0,36 A)}{42.630.000 + 0,36 A}$$

$$(6) \quad 1 = \frac{0,52}{0,33} \times \frac{57.370.000 - 0,36 \text{ A}}{42.630.000 + 0,36 \text{ A}}$$

$$(7) \quad 42.630.000 + 0,36 A = 90.397.909 - 0,567.252 A$$

$$(8) A = \frac{47.767.909}{0,927252}$$

(9) $A = 51.515.563.$

Die optimalen Ausschüttungen für alle im Modell durchgespielten Reinvestitionsquoten sind in der folgenden Zusammenstellung enthalten:

Rq in v.H. A	A _{opt} in DM	A _{opt} in v.H. G _k
0	51.515.563	59,21
25	56.666.824	65,13
50	62.140.814	71,43
75	67.962.790	78,12
100	74.174.109	85,26

6. Tabelle 15: Zahlenangaben zum Kurvendigramm 2

Ausschüttung	EGB der Einzelkapitalgesellschaft	EGB des US-Konzerns	EGB des deutschen Konzerns		Belastungsdifferenzen					
			DM	NSTP 75 I.v.H.A	DM	NSTP 50 I.v.H.A	Mehrbelastung (+) und Minderbelastung (-) gegenüber dem US-Konzern			
							Sp.2 DM	Sp.3 I.v.H.0B	Sp.4 DM	Sp.5 DM
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1) 0	57.370.000	57.370.000	57.370.000	57.370.000	0	0	0	0	0	0
2) 8.700.000 10,00	54.283.000	55.543.000	56.587.000	55.804.000	./ 1.305.000	./ 1,31	+ 1.044.000	+ 1,04	+ 261.000	+ 0,26
3) 26.100.000 30,00	47.974.000	51.889.000	55.021.000	52.672.000	./ 3.915.000	./ 3,92	+ 3.132.000	+ 3,13	+ 783.000	+ 0,78
4) 43.500.000 50,00	41.710.000	48.235.000	53.455.000	49.540.000	./ 6.525.000	./ 6,53	+ 5.220.000	+ 5,22	+ 1.305.000	+ 1,31
5) 51.515.563 59,21 (A ₁)	38.824.397	46.551.731	52.733.599	48.097.199	./ 7.727.334	./ 7,73	+ 6.181.868	+ 6,18	+ 1.545.468	+ 1,55
6) 57.735.041 66,36 (A ₂)	36.585.386	46.977.693	52.173.846	46.977.693	./ 10.392.307	./ 10,39	+ 5.196.153	+ 5,20	0	0
7) 66.607.200 76,56 (A _m)	33.391.408	47.999.695	51.375.352	45.380.704	./ 14.668.287	./ 14,61	+ 3.375.657	+ 3,38	./ 2.618.991	./ 2,62
8) 69.600.000 80,00	32.314.000	48.443.563	51.106.000	44.842.000	./ 16.129.563	./ 16,13	+ 2.662.437	+ 2,66	./ 3.601.563	./ 3,60
9) 78.300.000 90,00	29.182.000	49.988.142	50.323.000	43.276.000	./ 20.806.142	./ 20,81	+ 334.858	+ 0,33	./ 6.712.142	./ 6,71
10) 79.452.435 91,32 (A ₃)	28.767.123	50.219.281	50.219.281	43.068.562	./ 21.452.158	./ 21,45	0	0	./ 7.150.719	./ 7,15
11) 87.000.000 100,00	26.050.000	51.873.529	49.540.000	41.710.000	./ 25.823.529	./ 25,82	./ 2.333.529	./ 2,33	./ 10.163.520	./ 10,16

7. Tabelle 16: Zahlen zur Ausschüttungs- und Zuführungspolitik der Ford-Werke AG in den Jahren 1958 bis 1966¹⁾

Jahre	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
1. Grundkapital	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0
2. Rücklagen ²⁾	33,3	34,9	22,3	12,0	12,0	12,0	137,5	795,5	806,5
3. Rücklagenveränderung	+ 7,5	+ 1,6	- 12,6	- 10,3	-	-	+125,5	+658,0	+11,0
4. In der Bilanz ausgewiesener Gewinn	-	19,2	60,0	91,2	103,2	94,8	32,4	84,0	181,2
5. Jahresüberschuß ³⁾	+ 7,5	20,8	47,4	80,9	103,2	94,8	40,4	142,0	192,2
6. Ausschüttung in v.H. des Grundkapitals	-	19,2	60,0	91,2	103,2	94,8	32,4	84,0	181,2
in v.H. des Jahresüberschusses	-	92,3	126,6	112,7	100,0	100,0	80,2	59,2	94,3
7. Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen ⁴⁾	0,3	11,5	130,9	141,5	526,0	643,7	674,9	352,6	338,6

Quelle: Geschäftsberichte der Ford-Werke AG 1958 bis 1966

- 1) Soweit nichts anderes vermerkt worden ist, beziehen sich die Angaben auf Mill. DM.
- 2) Ohne Rücklage für Lastenausgleichs-Vermögensabgabe.
- 3) Einschließlich der Entnahmen aus der Rücklage für Lastenausgleichs-Vermögensabgabe.

4) Diese Bilanzposition ist nur 1965 so benannt worden, 1958 bis einschließlich 1964 dagegen "Verbindlichkeiten gegenüber Ford-Gesellschaften" und 1966 "Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen".

8. Tabelle 17: Zahlen zur Ausschüttungs- und Zuführungspolitik der Adam Opel AG in den Jahren 1958 bis 1966¹⁾

Jahre	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
1. Grundkapital	200,0	240,0	340,0	440,0	500,0	520,0	590,0	750,0	750,0
2. Rücklagen	32,1	36,2	46,8	56,8	62,8	64,8	71,8	87,8	87,8
3. Rücklagenveränderung	+ 2,8	+ 4,1	+ 10,6	+ 10,0	+ 6,0	+ 2,0	+ 7,0	+ 16,0	-
4. In der Bilanz ausgewiesener Gewinn	248,4	321,6	315,4	234,3	200,5	270,9	547,0	294,7	270,5
5. Jahresüberschuß	151,4	202,2	203,8	128,8	107,3	137,4	420,1	183,7	110,8
6. Gewinnvortrag aus Vorjahren	97,0	119,4	111,6	105,5	93,2	133,5	126,9	111,0	159,7
7. Ausschüttung in v.H. des Grundkapitals	125,0	200,0	200,0	135,0	65,0	137,0	420,0	135,0	55,0
in v.H. des Jahresüberschusses	62,5	83,3	58,8	30,7	13,0	26,3	71,2	18,3	7,3
8. Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	82,6	98,9	98,1	104,8	60,6	99,7	99,9	73,5	49,6
	0,5	0,8	0,9	10,7	0,5	0,7	2,4	5,0	16,1

Quelle: Geschäftsberichte der Adam Opel AG 1958 bis 1966

1) Soweit nichts anderes vermerkt worden ist, beziehen sich die Angaben auf Mill. DM.

2) Diese Bilanzposition wird 1966 als "Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen" bezeichnet.

9. Tabelle 18: Zahlenangaben zum Kurvendigramm 2

Ausschüttung in v.H. q_k	Anrechnungs- grenze (US-KSt)		"foreign tax credit"		"excess tax" (+), "excess limitation"		Mögliche Reinvestition der Dividende ohne Erhöhung der gesamten Steuerlast	
	DM	DM	"gross-up"-Betrag u. 15 % KapEst	DM	"gross-up"-Betrag u. 25 % KapEst	Sp.3 ./. Sp.2	Sp.4 ./. Sp.2	DM
1	1	2	3	4	5	6	7	1 v.H. A
1) 0	0	0	0	0	0	0	0	0
2) 8.700.000 10,00	9.125.475	11.616.407	12.486.407	12.486.407	+ 2.490.932	+ 3.360.932	652.500	7,50
3) 17.400.000 20,00	17.081.851	20.797.189	22.537.189	22.537.189	+ 3.715.338	+ 5.455.338	1.305.000	7,50
4) 26.100.000 30,00	24.080.268	27.982.224	30.592.224	30.592.224	+ 3.901.956	+ 6.511.956	1.957.500	7,50
5) 34.800.000 40,00	30.283.912	33.511.483	36.991.483	36.991.483	+ 3.227.571	+ 6.707.571	2.610.000	7,50
6) 43.500.000 50,00	35.820.896	37.651.866	42.001.866	42.001.866	+ 1.830.970	+ 6.180.970	3.262.500	7,50
7) 51.515.563 59,21	40.420.476	40.421.097	45.572.654	45.572.654	+	621	3.863.667	7,50
8) 56.550.000 65,00	43.093.923	41.711.506	47.366.506	47.366.506	./. 1.382.417	+ 4.272.583	13.824.170	24,44
9) 60.900.000 70,00	45.283.019	42.574.623	48.664.623	48.664.623	./. 2.708.396	+ 3.381.604	27.083.960	44,47
10) 66.607.200 76,56	47.998.997	43.381.790	50.042.510	50.042.510	./. 4.617.207	+ 2.043.513	46.172.070	69,31
11) 69.600.000 80,00	49.357.326	43.667.763	50.627.763	50.627.763	./. 5.689.563	+ 1.270.437	56.895.630	81,74
12) 74.174.109 85,26	51.351.791	43.934.905	51.352.316	51.352.316	./. 7.416.886	+	74.168.860	99,99
13) 78.300.000 90,00	53.071.253	44.010.111	51.840.111	51.840.111	./. 9.061.142	./. 1.231.142	90.611.420	115,72
14) 82.650.000 95,00	54.807.692	43.930.192	52.195.192	52.195.192	./. 10.877.500	./. 2.612.500	108.775.000	131,60
15) 87.000.000 100,00	56.470.588	43.697.059	52.397.059	52.397.059	./. 12.773.529	./. 4.073.529	127.735.290	146,80

Literaturverzeichnis

I. Bücher, Kommentare, Gesetzessammlungen

- Baumbach, A., Hueck, A.: Aktiengesetz, 10. Aufl., München, Berlin 1959.
- Binder, R.: Die Belastung durch die persönliche Einkommensteuer in Deutschland, England und den USA, Kiel 1950.
- Blauhorn, K.: Ausverkauf in Germany?, München 1966.
- Blauhorn, K.: Jetzt kauft uns Amerika, München 1968.
- Blümich, W., Klein, O., Steinbring, W., Stutz, H.: Körperschaftsteuergesetz, 4. Aufl., Berlin, Frankfurt a.M. 1965.
- Bühler, O.: Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, 3. Aufl., Berlin, Frankfurt a.M. 1956.
- Bühler, O.: Prinzipien des internationalen Steuerrechts, München, Berlin 1964.
- Büschgen, H.E.: Wertpapieranalyse, Stuttgart 1966.
- Chirelstein, M.A., Day, L., Owens, E.A.: Taxation in the United States, World Tax Series, Harvard Law School, Chicago 1963.
- Deutsche Steuergesetze, Textsammlung Beck, 19. Aufl., München o.J.
- Eßer, J., Merten, I.: Steuern in den USA, Bonn 1956.
- Eßer, J., Sturm, H.C.M.: Die heutige Steuerbelastung der gewerblichen Wirtschaft, Bonn o.J.
- Eßer, J., Sturm, H.C.M.: Die Steuerbelastung der gewerblichen Wirtschaft, Bonn 1962.
- Federal Tax Handbook 1967, Englewood Cliffs, N.J. 1966.
- Friedel, L.: Der Einfluß der Besteuerung auf den internationalen Kapitalverkehr, Diss. Frankfurt a.M. 1960.
- Gates, R., Linden, F.: Costs and Competition: American Experience Abroad, New York 1961.
- Gibbons, W.J.: Tax Factors in Basing International Business Abroad; a Study of the Law of the United States of Selected Foreign Countries, Cambridge (USA) 1957.

- Gumpel, H.J., Boettcher, C.: Taxation in the Federal Republic of Germany, Chicago 1963.
- Hartmann, H.: Amerikanische Firmen in Deutschland, Köln und Opladen 1963.
- Heining, A.: Besteuerung der Ausländer, Köln 1956.
- Hellmann, R.: Amerika auf dem Europamarkt, Baden-Baden 1966.
- Hohensee, G.: Die Besteuerung international verflochtener Gesellschaften, Köln 1961.
- Internal Revenue Code of 1954, Washington 1961.
- Jacob, H.: Preispolitik, Wiesbaden 1963.
- Kern, W.: Die Gewinnverlagerung als Problem unternehmerischer Entscheidungen, Diss. Frankfurt a.M. 1964.
- Kobler, M.: Der Begriff der Steuerbelastung und die Methoden ihrer Messung, Diss. Zürich 1954.
- Korn, R., Dietz, G.: Doppelbesteuerung - Sammlung der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland bestehenden Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung, München, Berlin o.J.
- Kraushaar, R.: Die steuerlichen Vorteile ausländischer Kapitalgesellschaften gegenüber inländischen bei Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des gespaltenen Körperschaftsteuersatzes, Diss. Mannheim 1966.
- Leipoldt, L.: Die Gewinnverwendung bei der Körperschaftsteuer in Deutschland, den USA und Großbritannien, Stuttgart 1963.
- Mersmann, W.: Die Ertragsbesteuerung inländischer Betriebsstätten und Tochtergesellschaften ausländischer Kapitalgesellschaften, Heidelberg 1966.
- Muldau, B.: US-Investitionen in der EWG, Hamburg 1966.
- Owens, E.A.: The Foreign Tax Credit, Cambridge (USA) 1961.
- Price Waterhouse & Co: Information Guide for those doing Business in Germany, New York 1963.
- Rittershausen, H.: Industrielle Finanzierungen, Wiesbaden 1964.
- Sammlung der eidgenössischen Gesetze (Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen), Bd. 1967, Bern 1968.

- Schmid, A.: Die internationale Steuerflucht; Möglichkeiten und Bekämpfungsmethoden, Diss. St. Gallen 1961.
- Schmidt, R.-B.: Die Gewinnverwendung der Unternehmung, Berlin 1963.
- Schmitz, R.C.A.: Kommentar zum Internationalen Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1957.
- Schörner, H.: Zur Frage der Besteuerung ausländischer Konzerne im Inland (Bundesrepublik), Diss. Köln 1960.
- Schubert, H.-T.: Deutsch-amerikanisches Doppelbesteuerungsabkommen, Düsseldorf 1967.
- Schulte, M.-D.: Der Einfluß unterschiedlicher Steuersysteme auf den Wettbewerb innerhalb eines gemeinsamen Marktes, Diss. München 1961.
- Sellien, H.: Finanzierung, Wiesbaden o.J.
- Standke, K.-H.: Amerikanische Investitionspolitik in der EWG, Berlin, Köln, Frankfurt a.M. 1965.
- Stiefel, E.C., Walter, O.L.: Internationale Steuern - Vereinigte Staaten von Amerika, Berlin, Frankfurt a.M. 1957.
- The Advisory Commission on the Intergovernmental Relations: Tax Overlapping in the United States 1964, Washington 1964.
- Tretner, C.-H.: Wettbewerbsneutrale Gewinnbesteuerung, Köln und Opladen 1963.
- Vogel, H.: Zur steuerlichen Behandlung zwischenstaatlicher Kapitalinvestitionen unter besonderer Berücksichtigung des Außensteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1964.
- Wöhe, G.: Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, Berlin, Frankfurt a.M. 1963.
- Wöhe, G.: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7. Aufl., Berlin, Frankfurt a.M. 1967.
- Wöhe, G.: Methodologische Grundprobleme der Betriebswirtschaftslehre, Meisenheim 1959.

II. Aufsätze

- Abs, H.J.: Grenzen der Verschuldung, in: Handelsblatt vom 10./11. Mai 1963, Nr. 89, S. 5.

- Baudler, P.G.: Die Besteuerung von amerikanischen Tochtergesellschaften in der Bundesrepublik, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 6. Jg. (1960), S. 171ff.
- Baum, P.: Elektronik, Autos und Benzin, in: Der Arbeitgeber, 18. Jg. (1966), S. 64of.
- Becker, H.: Das Verständigungsprotokoll (Memorandum of Understanding) zum Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 12. Jg. (1966), S. 229f.
- Becker, H.: Das neue Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA, in: Steuer und Wirtschaft, 43. Jg. (1966), Sp. 45ff.
- Bellstedt, C.: "Reinvestitionen" nach dem neuen deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 12. Jg. (1966), S. 363f.
- Brenger, H.: Unterschiede in der Steuerbelastung inländischer und ausländischer Muttergesellschaften, in: Die Aktiengesellschaft, 3. Jg. (1958), S. 263ff.
- Dahlheimer, K.: Schachtelbeteiligung bei der Körperschaftsteuer und bei der Vermögensteuer, Neue Wirtschaftsbrieft - Sonderdienst Nr. 8, 4. Aufl., Herne, Berlin 1964.
- Debatin, H.: Änderung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, in: Blick durch die Wirtschaft vom 5. September 1964, Nr. 206, S. 5.
- Debatin, H.: Wertungen und Auslegungen zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 12. Jg. (1966), S. 413ff.
- Debatin, H.: Die Besteuerung der Ausschüttung deutscher Tochtergesellschaften an ihre amerikanischen Mutterunternehmen, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 6. Jg. (1960), S. 286ff.
- Debatin, H.: Die Wettbewerbsstellung der amerikanischen Konzerne in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 10. Jg. (1964), S. 284ff. Zitiert als: Wettbewerbsstellung der amerikanischen Konzerne.
- Debatin, H.: Die Auswirkungen der Revision des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens auf die innerstaatliche Besteuerung, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 11. Jg. (1965), S. 425ff.

- Debatin, H.: Die Reform des Steuerrechts der USA (Teil I), in: Der Betrieb, 16. Jg. (1963), S. 76ff.
- Debatin, H.: Die Reform des Steuerrechts der USA (Teil II), in: Der Betrieb, 16. Jg. (1963), S. 110ff.
- Debatin, H.: Die Revision des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens (Teil I), in: Der Betrieb, 18. Jg. (1965), S. 1714ff.
- Debatin, H.: Die Revision des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens (Teil II), in: Der Betrieb, 18. Jg. (1965), S. 1754ff.
- Diamond, W.H.: Living within IRS rules on foreign income sanctuaries, in: Business Abroad, 17. Oktober 1966, S. 13ff.
- Falkenroth, G.: Zur Gewinnsteuer-Belastung der Kapitalgesellschaft, in: Die Aktiengesellschaft, 10. Jg. (1965), S. 125ff.
- Fettl, J.: Kapital, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Hrsg. F. Seischab und K. Schwantag, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 2959ff.
- Franck, C.: US-Direktinvestitionen in der EWG, in: Wirtschaftsdienst, 46. Jg. (1966), S. 386ff.
- Friedrich, W.: Die Freiaktie in USA und Deutschland, in: Steuer und Wirtschaft, 33. Jg. (1956), Sp. 311ff.
- Gottberg, G. v.: Vergleich der Einkommensteuerbelastung in den USA und in der Bundesrepublik, in: Die Wirtschaftsprüfung, 19. Jg. (1966), S. 126ff.
- Gregoire, A.: Das amerikanische Gesellschaftsrecht, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 8 USA Gruppe 3, S. 15ff.
- Grund, W.: Zur Revision des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, in: Rechts- und Wirtschafts-praxis, 14 Steuer-R, (D) Doppelbesteuerung, III 4 b, S. 37ff.
- Gumpel, H.J.: Revision of the Tax Convention Between the United States and the Federal Republic of Germany, in: Taxes - The Tax Magazine, Juni 1966, S. 383ff.
- Gumpel, H.J.: Die US-Steuerreform von 1964, in: Steuer und Wirtschaft, 41. Jg. (1964), Sp. 437ff.
- Gutenberg, E.: Über den Einfluß der Gewinnverwendung auf das Wachstum der Unternehmen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 33. Jg. (1963), S. 193ff.

- Gutenberg, E.: Zum "Methodenstreit", in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 5. Jg. (1953), S. 327ff.
- Harden, J.: Kein Versteckspiel mit Gewinnen, in: Der Volkswirt, 19. Jg. (1965), S. 91f.
- Harden, J.: Was zahlen die Amerikaner an Steuern?, in: Der Volkswirt, 17. Jg. (1963), S. 584ff.
- Hartmann, H.: Das "Gespenst" der US-Investitionen, in: Wirtschaftsdienst, 45. Jg. (1965), S. 569ff.
- Hefermehl, W.: Wettbewerbsrecht, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 12, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 49ff.
- Hellmann, R.: US-Investitionen im Meinungsstreit, in: Der Volkswirt, 20. Jg. (1966), S. 688f.
- Hellmann, R.: Europa investiert lieber selbst, in: Die Welt vom 19. April 1966, Nr. 90, S. 18.
- Henzler, R.: Der Zustrom fremden Kapitals nach Europa, besonders in die Bundesrepublik, in: Der Betrieb, 20. Jg. (1967), S. 1097f.
- Hirsch, H.: Die Selbstfinanzierung in der Steuerpolitik, in: Finanzarchiv, Neue Folge, Bd. 25, 1966, S. 416ff.
- Hoefs, R.A., Bunge, G.H.: How to minimize the tax impact on foreign operations under the 1962 Act, in: Journal of Taxation, Dezember 1963, S. 346ff.
- Hofmann, H.: Die steuerlich bedingte Wettbewerbssituation von US-Konzernen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Der Betrieb, 18. Jg. (1965), S. 673ff.
- Jahn, H.: Die Anrechnung ausländischer Steuern in den USA, in: Der Betrieb, 16. Jg. (1963), S. 1371f.
- Jeske, J.: Europa lockt - Die amerikanischen Kapitalbeteiligungen in Deutschland - eine Bestandsaufnahme, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. April 1965, Nr. 85, S. 5.
- Jungblut, M.: Ausverkauf des Mittelstands, in: Die Zeit vom 8. Juli 1966, Nr. 28, S. 36.
- Jüsgen, W.: Zur Besteuerung der von amerikanischen Muttergesellschaften vereinnahmten Dividenden, in: Finanz-Rundschau, 22. Jg. (1967), S. 197ff.
- Kahl, O.: Corporate tax planning for dividend income from Germany, in: Journal of Taxation, Juni 1963, S. 375ff.

- Kahl, O.: Dividendenplanung amerikanischer Muttergesellschaften, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 9. Jg. (1963), S. 170f.
- Kalish, R.H.: Tax Considerations in Organizing for Business Abroad, in: Taxes - The Tax Magazine, Februar 1966, S. 71ff.
- Karsten, J.-F.: Germany: planning to reduce tax impact on U.S. business there, in: The Journal of Taxation, August 1966, S. 98ff.
- Kohler, W.: Die Freiaktie, ihre wirtschaftliche Funktion und steuerliche Behandlung nach dem Bundesrecht der USA, in: Steuer und Wirtschaft, 32. Jg. (1955), Sp. 617ff.
- Kosiol, E.: Modellanalyse als Grundlage unternehmerischer Entscheidungen, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 13. Jg. (1961), S. 318ff.
- Leipoldt, G.: Berücksichtigung der Gewinnverwendung bei der Besteuerung von Körperschaften in den USA, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 8 USA Gruppe 2, S. 81ff.
- Lipfert, H.: Der Einfluß einer Rezession auf die Finanzierung der Unternehmung, in: Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 1, S. 9ff.
- Lynch, J.A.: Determination of Earnings and Profits of a Controlled Foreign Corporation, in: Taxes - The Tax Magazine, April 1967, S. 263ff.
- McGhee, G.C.: "Damit keine Mißverständnisse entstehen...", in: Der Arbeitgeber, 18. Jg. (1966), S. 634ff.
- Meilicke, H.: Die Besteuerung der von amerikanischen Muttergesellschaften vereinnahmten Dividenden, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 12. Jg. (1966), S. 145ff.
- Meilicke, H.: Rechtliche Beurteilung des Verständigungsmemorandums zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 12. Jg. (1966), S. 231ff.
- Meilicke, H.: Jüngste Wechselwirkungen zwischen Steuerrecht und Privatrecht, in: Steuerberater-Jahrbuch 1965/1966, Köln 1966, S. 141ff.
- Menck, T.: Die Revision des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, in: Die Aktiengesellschaft, 11. Jg. (1966), S. 48ff.

- Mennel, A.: Internationaler Vergleich der Besteuerung verflochtener Gesellschaften, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 12. Jg. (1966), S. 289ff.
- Mennel, A.: Internationaler Vergleich der Ertragsteuer- und Umsatzsteuerbelastung von Konzernen, in: Der Betrieb, 16. Jg. (1963), S. 1225ff.
- Mennel, A.: Die Problematik internationaler Steuerbelastungsvergleiche, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 10 International Gruppe 2, S. 81ff.
- Meyer-Larsen, W.: Die Hintertür wird enger, in: Der Volkswirt, 18. Jg. (1964), S. 2152f.
- Metcalf, R.W., Fritzmeier, J.R.: Taxation Of Interstate Income: A Call To Action, in: The Journal of Accountancy, August 1965, S. 41ff.
- Miles, J.M.: Foreign Taxes And U.S. Tax Implications, in: The Journal of Accountancy, Mai 1966, S. 46ff.
- Münzner, H., Brezing, K.: Zur steuerlichen Behandlung von internationalen Gewinnverlagerungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft im Verhältnis Deutschland - USA, in: Rechts- und Wirtschaftspraxis, 14 Steuer-R, (D) Doppelbesteuerung II 7, S. 37ff.
- Neinhaus, B.: Die Berechnung des notwendigen Gesamteinkommens bei Körperschaften, in: Der Betrieb, 15. Jg. (1962), S. 777f.
- Neinhaus, B.: Die Feststellung der möglichen Gewinnausschüttung bei Körperschaften, in: Der Betrieb, 15. Jg. (1962), S. 745f.
- Neinhaus, B.: Die Feststellung der möglichen Gewinnausschüttung bei Körperschaften, in: Der Betrieb, 12. Jg. (1959), S. 769ff.
- Nerretter, W.: Amerikanisches Kapital in Europa, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 2 Umschau und Vorschau, S. 153ff.
- Newmark, R.H.: "Gross-Up" of Foreign Dividends, in: Management Accounting, Januar 1966, S. 47ff.
- O'Connor, W.F.: Tax Considerations in International Operations, in: Financial Executive, Juni 1967, S. 36ff.
- Otte, H.-H.: Die Möglichkeiten von Dividendenausschüttungen unter Berücksichtigung des gespaltenen Körperschaftsteuersatzes, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 14. Jg. (1962), S. 301ff.

- O.V.: US-Firmen genießen keine Vorteile - Ford-Köln nimmt Stellung zur Diskussion über die Besteuerung, in: Die Welt vom 5.8.1964, Nr. 180, S. 12.
- O.V.: US-Firmen genießen weiter Steuervorteile gegenüber deutschen Konkurrenten, in: Die Welt vom 29. Juli 1964, Nr. 174, S. 11.
- O.V.: Adam Opel AG - Großangriff auf allen Fronten, in: Der Volkswirt, 18. Jg. (1964), S. 1627ff.
- O.V.: Adam Opel AG - Ein Rekordergebnis, in: Der Volkswirt, 19. Jg. (1965), S. 1922ff.
- O.V.: Adam Opel AG - Ein Jahr der Umstellung, in: Der Volkswirt, 20. Jg. (1966), S. 772ff.
- O.V.: Adam Opel AG - Kein "Rekord"-Jahr, in: Der Volkswirt, 21. Jg. (1967), S. 1382ff.
- O.V.: Ford-Werke AG - Der neue 12 M schlug ein, in: Der Volkswirt, 18. Jg. (1964), S. 414ff.
- O.V.: Ford-Werke AG - Vorstoß mit neuem Sechszylinder, in: Der Volkswirt, 19. Jg. (1965), S. 465f.
- O.V.: Ford-Werke AG - Umsatz überschritt 3 Milliarden M, in: Der Volkswirt, 20. Jg. (1966), S. 1173ff.
- O.V.: Ford-Werke AG - Markteinbußen im Export, in: Der Volkswirt, 21. Jg. (1967), S. 1384ff.
- O.V.: Die Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 18. Jg. (1966), Nr. 11, S. 15ff.
- O.V.: Dividenden der Aktiengesellschaften für 1964, 1965 und 1966, in: Wirtschaft und Statistik, Jg. 1967, S. 526f.
- Plum, G.: Die Bilanzentwicklung der westdeutschen Aktiengesellschaften 1958, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 30. Jg. (1960), S. 428ff.
- Pougin, E.: Möglichkeiten und Grenzen der Ermittlung eines betriebswirtschaftlichen Gewinns aus dem Steueraufwand, in: Die Wirtschaftsprüfung, 19. Jg. (1966), S. 513ff.
- Rädler, A.J.: Wichtige Änderungen im Außensteuerrecht der USA im Jahre 1960, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 8 USA. Gruppe 2, S. 63ff.
- Rado, A.R.: Besteuerung ausländischer Unternehmen in den USA, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 8 USA Gruppe 2, S. 95ff.

- Rado, A.R., Killius, J.: Neuerungen im amerikanischen Steuerrecht und deren Auswirkungen auf das deutsch-amerikanische Doppelbesteuerungsabkommen, in: Die Aktiengesellschaft, 12. Jg. (1967), S. 65ff.
- Röpke, W.: Wettbewerb, (II) Ideengeschichte und ordnungspolitische Stellung, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 12, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 29ff.
- Rose, G.: Gegenwartsprobleme bei der Besteuerung von Kapitalgesellschaften, in: Steuerberater-Jahrbuch 1965/1966, Köln 1966, S. 245ff.
- Rothkopf, A.J.: Current Developments in the Field of International Tax Affairs, in: Taxes - The Tax Magazine, Februar 1966, S. 87ff.
- Sandig, C.: Betriebswirtschaftliche Methodenprobleme, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Hrsg. F. Seischab und K. Schwantag, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 3961ff.
- Schmelz, G., Eichmann, G.: Genießen US-Muttergesellschaften deutscher Tochter-Gesellschaften Wettbewerbsvorteile auf Grund steuerlicher Vorschriften?, in: Die Wirtschaftsprüfung, 14. Jg. (1961), S. 148ff.
- Schmidt, E.: Noch keine volle Parität, in: Der Volkswirt, 20. Jg. (1966), S. 311ff.
- Schneider, H.M., Lengemann, P.H.: Optimal Dividend Distribution by German Companies to Their U.S. Parent Corporations, in: Management Accounting, Februar 1967, S. 13ff.
- Scholtz, R.-D.: Berücksichtigungsfähige Ausschüttungen und Zufließen von Gewinnanteilen, in: Deutsche Steuer-Zeitung, Ausgabe A, 52. Jg. (1964), S. 138ff.
- Schubert, H.-T.: Dividendenbesteuerung nach dem deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, in: Die Wirtschaftsprüfung, 19. Jg. (1966), S. 354ff.
- Sitrick, J.: The Effectively Connected Concept in the Foreign Investors Tax Act of 1966, in: Taxes - The Tax Magazine, Januar 1967, S. 2ff.
- Sommer, W.: Genießen US-Muttergesellschaften in bezug auf die ausgeschütteten Gewinne ihrer deutschen Tochtergesellschaften Steuervorteile?, in: Die Wirtschaftsprüfung, 13. Jg. (1960), S. 581ff.
- Standke, K.-H.: Die Amerikaner in Europa, in: Der Arbeitgeber, 18. Jg. (1966), S. 636ff.

- Stehle, H.: Vergleich der Einkommensteuer-Belastung in den USA und in der Bundesrepublik, in: Die Wirtschaftsprüfung, 18. Jg. (1965), S. 342ff.
- Stehle, H.: Die Möglichkeiten von Dividendenausschüttungen unter Berücksichtigung von Körperschaftsteuerzahlung und Rücklagenbildung, in: Die Wirtschaftsprüfung, 16. Jg. (1963), S. 57ff.
- Stehle, H.: Zum Vergleich der Einkommensteuerbelastung in den USA und in der Bundesrepublik, in: Die Wirtschaftsprüfung, 19. Jg. (1966), S. 130f.
- Strobl, J.: Zur Auslegung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens durch amerikanische Stellen, insbesondere die Anrechnung der deutschen Gewerbesteuer auf die US-Steuerschuld, in: Steuer und Wirtschaft, 37. Jg. (1960), Sp. 273ff.
- Strobl, J., Stiefel, E.C.: Zur Auslegung der Art. III und IV im deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, in: Steuer und Wirtschaft, 41. Jg. (1964), Sp. 643ff.
- Surrey, S.S.: The United States Tax System and International Tax Relationships, in: Taxes - The Tax Magazine, Januar 1965, S. 6ff.
- Ullmann, L.S.: U.S. Taxation Of Foreign - Source Corporate Income, in: Bulletin For International Fiscal Documentation, Oktober 1964, S. 401ff.
- Vogel, H.: Zur Anwendung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens in der Bundesrepublik Deutschland, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 6. Jg. (1960), S. 141ff.
- Wallich, H.C.: Die Frage der Startbedingungen - Haben amerikanische Unternehmen in Deutschland Steuervorteile?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Februar 1963, Nr. 46, S. 5.
- Walter, O.L.: Durchführung des Revisionsprotokolls zum deutsch-amerikanischen DBA, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 8 USA Gruppe 2, S. 145f.
- Walter, O.L.: Die direkten Steuern der USA, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 8 USA Gruppe 2, S. 23ff.
- Walter O.L.: Überblick über die amerikanische Steuerreform 1962, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 2 Umschau und Vorschau, S. 89ff.
- Walter O.L.: Doppelbesteuerung USA - Deutschland, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 8 USA Gruppe 2, S. 45ff.

Walter O.L.: Die Steuernovelle von 1964 der USA, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 8 USA Gruppe 2, S. 87ff.

Weber, E.: Das Protokoll vom 17. September 1965 zur Änderung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, in: Internationale Wirtschaftsbriefe, Fach 8 USA Gruppe 2, S. 115ff.

Wender, I.T.: Tax Planning for International Operations under the Revenue Act of 1962 - A Case Study, in: Taxes - The Tax Magazine, Dezember 1963, S. 835ff.

III. Sonstige Quellen

Adam Opel AG: Geschäftsberichte der Jahre 1958 bis 1966.

Boldt, K.: Der Begriff der "Reinvestition" nach dem deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, Diplomarbeit am Institut für Betriebswirtschaftliches Steuerwesen der Freien Universität Berlin, Berlin 1968.

Debatin, H.: Brief aus dem Bundesfinanzministerium vom 27. Mai 1966.

Deutscher Bundestag: Bundestagsdrucksache Nr. 448, 3. Wahlperiode, Niederschrift über die 33. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 20.6.1958, S. 2.

Deutscher Bundestag: Anlagenband zum Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft vom 29.2.1964, Bundestagsdrucksache Nr. 2.320, 4. Wahlperiode, S. 67.

Erlaß der Finanzverwaltung zum revidierten deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 12. Jg. (1966), S. 218ff.

Ford-Werke AG: Geschäftsberichte der Jahre 1958 bis 1966.

Kalish, R.H., O'Connor, W.F.: United States Tax Guide For Foreign Investors (Peat, Marwick, Mitchell & Co.), New York o.J.

Meilicke, H.: Brief aus Bonn vom 2. August 1968.

O'Connor, W.F.: Brief aus New York vom 18. Juni 1968.

Abkürzungsverzeichnis

A	Ausschüttung
a	absolut
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
A _m	maximale Ausschüttung
a.M.	am Main
am	amerikanisch
A _M	Ausschüttung der Muttergesellschaft
A _{mr}	maximal reinvestierbare Ausschüttung ohne Erhöhung der Gesamtertragsteuerlast
A _{opt}	steuerlich optimale Ausschüttung
A _r	zurückgeführte bzw. reinvestierte Ausschüttung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
B	Beteiligung
Bd.	Band
BD	Belastungsdifferenz
B _g	"gross-up"-Betrag
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
d	deutsch
"d.f.t.c."	"direct foreign tax credit"
d.h.	das heißt
Diss.	Dissertation
DM	Deutsche Mark
EGB	ertragsteuerliche Gesamtbelastung
EGB _a	ertragsteuerliche Gesamtbelastung in abso- luten Ziffern
EGB _B	ertragsteuerliche Gesamtbelastung der deut- schen Steuerbelastungseinheiten
EGB _D	ertragsteuerliche Gesamtbelastung des deutschen Konzerns
EGB _p	ertragsteuerliche Gesamtbelastung in pro- zentualen Ziffern

EGB _U	ertragsteuerliche Gesamtbelastung des US-Konzerns
EKapG	Einzelkapitalgesellschaft
ESTG	Einkommensteuergesetz
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f., ff.	folgende
"f.t.c."	"foreign tax credit"
G _B	Bezugsgewinn
GewE	Gewerbeertrag
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GewEST	Gewerbeertragsteuer
G _k	körperschaftsteuerpflichtiger Gewinn
G _{kM}	körperschaftsteuerpflichtiger Gewinn der Muttergesellschaft
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
h	Hebesatz
Hrsg.	Herausgeber
i.	in
"i.f.t.c."	"indirect foreign tax credit"
I.R.C.	Internal Revenue Code
i.v.H.	in vom Hundert
IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe
Jg.	Jahrgang
KapEST	Kapitalertragsteuer
KapEST _Z	Kapitalertragsteuer-Zuschlag
KapG	Kapitalgesellschaft
KSt	Körperschaftsteuer
KSt _B	Körperschaftsteuer der Bundesrepublik, Deutschland
KSt _{B-E}	Körperschaftsteuer der Bundesrepublik Deutschland, die bei der Einzelkapitalge- sellschaft anfällt
KSt _{B-T}	Körperschaftsteuer der Bundesrepublik Deutschland, die bei der Tochtergesellschaft des deutschen und amerikanischen Konzerns anfällt
KSt _U	Körperschaftsteuer der Vereinigten Staaten von Amerika
Konz.	Konzern

KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStDV	Durchführungsverordnung zum Körperschaft- steuergesetz
M	Muttergesellschaft
m	Steuermeßzahl
ME	meines Erachtens
Mill.	Millionen
Mrd.	Milliarde
Nr.	Nummer
NSt	Nachsteuer
NStP	Nachsteuerpflicht
"o.-a. l."	"over-all limitation"
o.J.	ohne Jahresangabe
o.V.	ohne Verfasser
p	prozentual
"p.-c. l."	"per-country limitation"
rd.	rund
Rq	Reinvestitionsquote
S.	Seite
Sp.	Spalte
StAnpG	Steueranpassungsgesetz
T	Tochtergesellschaft
u.	und
u.a.	unter anderem
US-KSt	Körperschaftsteuer der Vereinigten Staaten von Amerika
usw.	und so weiter
USA, US	Vereinigte Staaten von Amerika
vgl.	vergleiche
v.H.	vom Hundert
Ziff.	Ziffer

LEBENS LAUF

Am 2. August 1940 wurde ich als Sohn des Kaufmanns Kurt Schreblowski und seiner Ehefrau Ursula in Tilsit geboren.

Von Ostern 1947 ab besuchte ich vier Jahre die Volksschule in Glücksburg, danach neun Jahre das Goethe-Gymnasium in Flensburg. Dort bestand ich am 10. März 1960 die Reifeprüfung.

Nach Ableistung meiner einjährigen Wehrpflicht in Flensburg-Weiche begann ich im Sommersemester 1961 mit dem Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. Nach drei Semestern ging ich für ein Semester als Austauschstudent nach Berlin an die Freie Universität. Anschließend kehrte ich in die Hansestadt zurück, wo ich nach weiteren fünf Semestern im Oktober 1965 die Diplomprüfung für Kaufleute bestand.

Während des Studiums war ich in der Praxis tätig bei der Commerzbank AG, Filiale Flensburg, sowie in der Hauptverwaltung der Nordwestdeutschen Treuhand AG, Flensburg.

Im Januar 1966 ging ich an die Freie Universität Berlin, wo ich bei Herrn Professor Dr. Langen mit meiner Promotion begann. Während ich an meiner Dissertation schrieb, arbeitete ich in der Revisions- und Treuhandgesellschaft m.b.H., Kiel.

